

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

Nr. 27 – 6. Juli 2018

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Katar als NATO-Mitglied?
Ein 200 Kilometer langer Kanal soll die Halbinsel von Saudi-Arabien trennen **2**

Deutschland

Patt in Mitteldeutschland
Bunte Regierungsbündnisse nach anstehenden Landtagswahlen erwartet **3**

Hintergrund

Morden mit Rizin
Was passiert wäre, wenn die Sicherheitskräfte Hammami nicht gestoppt hätten **4**

Preußen / Berlin

Künstleridyll in Existenznöten
Weiterbetrieb von Schloss Wiepersdorf in Gefahr **5**

Ausland

Auf dem Weg zur Allmacht
Türken in Deutschland unterstützen Erdogan **6**

Kultur

Abschiebung gefordert
Kassel hadert mit documenta-Erbe **9**

Geschichte

Die »Puppenmutter der Nation«
Käthe Kruse **10**



Die Änderungen am Grenzregime halten sich in Grenzen: Der deutsch-österreichische Übergang Walsertal

MANUEL RUOFF:

Sieg Merkels

Der sachliche Streitpunkt zwischen CDU und CSU ist beziehungsweise war die Frage: Sollen wir Ausländer, die in einem anderen EU-Land als Asylsucher registriert sind, hereinlassen, um sie anschließend in das entsprechende EU-Land rückzuführen, oder sollen wir sie gar nicht erst hereinlassen? Die zweite Methode hätte den Vorteil, dass wir nicht vom Wohlwollen der entsprechenden EU-Partnerländer abhängig wären, aber auf die erste hat sich die Union faktisch geeinigt.

De jure sollen die Asylsucher zwar nicht deutschen Boden betreten, da die für sie nun geplanten Transitzentren auf extraterritorialem Boden errichtet werden sollen, aber faktisch gehen sie damit in die Obhut der Bundesrepublik über. Seitens der SPD gibt es bereits Signale, dass diese Zentren aus humanitären Gründen nicht eingezäunt werden dürften, und die Frage ihrer Bewachung ist auch nicht geklärt. Wir werden also zusätzliche Immigranten bekommen, deren einziges Spezifikum darin besteht, dass sie kurzfristig an der Grenze untergebracht sind.

Der entscheidende Punkt ist, dass mit der Aufnahme in diese Zentren die Gelegenheit zur Zurückweisung faktisch verpasst ist. Unverhohlen sagt Merkel: „Wir werden genau das jetzt tun: einmal in Deutschland Transitzentren einrichten. Und von dort aus in Absprache mit anderen, insbesondere mit den Ländern, aus denen Asylbewerber kommen, und in denen sie schon registriert sind, Rücküberführungen vornehmen.“ Dass die Länder, aus denen die meisten Asylbewerber kommen, an derartigen Absprachen nicht interessiert sind, dürfte sich inzwischen herumgesprochen haben.

Formal ist für diesen Fall zwar vorgesehen, dass dann eine „Zurückweisung an der deutsch-österreichischen Grenze“ erfolgt, aber dieses ausdrücklich „auf Grundlage einer Vereinbarung mit der Republik Österreich“. Doch gibt es keinen vernünftigen Grund, warum Österreich eine derartige Vereinbarung mit seinem bundesdeutschen Nachbarn eingehen sollte, wo doch seine Nachbarn Tschechische Republik, Ungarn und vor allem Italien mehr als deutlich gemacht haben, dass sie an einer Rücknahme von bei ihnen registrierten Asylsuchern nicht interessiert sind. Österreich würde sich mit einer derartigen Vereinbarung die gegenwärtigen Probleme der Bundesrepublik freiwillig zu eigen machen. Das kann keiner von der Alpenrepublik erwarten. So werden die Transitzentren im Ergebnis wohl nichts anderes sein als Ankerzentren an der Grenze zu Österreich.

Die Schlacht ist geschlagen

Einigung zwischen Merkel und Seehofer über die Immigrationspolitik

Die Schlacht ist geschlagen, der Kampf beendet. In letzter Minute – aktuell könnte man in der bei Politikern beliebten Fußball-Sprache sagen, in der Nachspielzeit – haben sich Kanzlerin Angela Merkel und Innenminister Horst Seehofer über die Immigrationspolitik geeinigt.

Und mit ihnen CDU und CSU, denen die beiden Kontrahenten vorsitzen. Es ist ein Friede geschlossen, der allerdings die Zustimmung der SPD braucht, die sicher noch ein Haar in der Suppe finden wird.

Wer sich in der Sache durchgesetzt hat, wird in dem verzweifelten Versuch von CDU-Granden sichtbar, das Ergebnis als etwas hinzustellen, was die CDU ohnehin die ganze Zeit gewollt hätte. Gemessen an dem Getöse, das der Einigung vorausgegangen ist, erscheint ihr Inhalt in überraschender Normalität. So können Leute

ohne Einreiseberechtigung an der Grenze abgewiesen werden – was denn sonst? Damit wird geltendes EU-Recht vollzogen, gemäß dem ein Bewerber sein Asylverfahren nur in dem für ihn zuständigen Land und nicht in einem seiner Wahl betreiben kann.

Zum Vollzug dieser Regel werden an den Grenzen Transitzentren eingerichtet, die jedenfalls in ihrer Wirkung ein extraterritoriales Gebiet darstellen, das heißt, dass ihr Betreten nicht als Einreise gilt, die man nur mit erheblichem zeitlichen, juristischen und verwaltungstechnischen Aufwand rückgängig machen kann. Ein dritter Punkt regelt die Fälle, in denen ein zuständiges Land sich der Rücknahme eines Migranten widersetzt. Solche Situa-

tionen werden durch ein eigenes Abkommen mit Österreich bereinigt.

Von Vorbehalten aus den Reihen des Koalitionspartners SPD abgesehen, bildet Österreich in dem Konzept noch eine gewisse Unsicherheit. Merkel hat stets betont, eine Regelung dürfe nicht „zu Lasten Dritter“ getroffen werden, aber genau das droht hier.

In einer gemeinsamen Erklärung des österreichischen Bundeskanzlers Sebastian Kurz, seines Vize Heinz-Christian Strache und des Innenministers Herbert Kickl heißt es: „Sollte diese Einigung so zur deutschen Regierungsposition werden, sehen wir uns dazu veranlasst, Handlungen zu setzen, um Nachteile für Österreich und seine Bevölkerung abzuwenden.“

Der Friede braucht noch die Zustimmung der SPD

Zwei, die im Abseits stehen

Bundestrainer und Bundeskanzlerin haben vieles gemeinsam – WM-Aus als Symbol der Krise in Deutschland

Das frühe Aus der deutschen Nationalmannschaft bei der Fußball-Weltmeisterschaft in Russland kann man mit der politischen Situation des Landes vergleichen. Es passt zur angespannten Stimmung, die seit 2015 in Deutschland herrscht, in der Angela Merkel die „Flüchtlingskanzlerin“ wurde. Die Massen von Asylsuchern im eigenen Land haben Abstiegssängste und andere Ängste beflügelt. Auch die Bilder von Özil und Gündogan mit „ihrem Präsidenten“ Erdogan passen zu dieser angespannten Stimmung und brachten die unvollendete Integration auch von angeblichen Vorzeigegästen wieder an die Oberfläche.

Nach diesen Bildern begann die Niederlagenserie der deutschen Mannschaft, die sich nach einer zuvor zwei Jahre andauernden Siegeserie dann bei der WM fortgesetzt hat. Özil und Khedira liefen anstatt nach vorne nur noch quer zum Tor. Ihr Streik auf dem Spielfeld wirkte ansteckend auf die Mannschaft. Anstatt Freunde spielten Fremde auf dem Platz.

Im Land gab es 2018 erstmals in der deutschen Fußballgeschichte keine Identifikation der Nation mit der Nationalmannschaft. Daran waren allerdings nicht nur Özil und Gündogan Schuld. Angesichts von Mordserien von jungen Asylbewerbern an Kindern fällt es vielen Menschen immer schwerer,

sich mit einem Land zu identifizieren, das so etwas ermöglicht hat.

Die verlorene WM ist in gewisser Weise ein Spiegelbild, wie es im Land läuft. Jogi Löw erinnert an die Große Koalition. Er wollte wie diese mit derselben Mannschaft

Löw und Merkel hören die Pfiffe nicht

und demselben Programm wie 2014 Weltmeister werden – und ist gescheitert. Auch er tut sich schwer mit Typen, die nicht ins System passen. Spieler wie Sané, Götze, Kruse oder Wagner hat er erst gar nicht mitgenommen, dafür

aber Nieten wie Özil, Gündogan, Khedira oder Müller, die schon seit Jahren ihrer Form hinterherliefen. Merkel hat die einzigen Politiker vertrieben, die noch ein Ohr am Volk haben: Merz, Bosbach – und jetzt um ein Haar auch Seehofer.

Die Bundeskanzlerin und der Bundestrainer haben vieles gemeinsam, nicht nur, dass beide fast ebenso lang im Amt sind – Löw hat sogar angekündigt, Bundestrainer bleiben zu wollen. Beide sind dafür bekannt, auch unter Stress ihre Beherrschung nicht zu verlieren. Beide gelten als stur, Fehler einzugestehen fällt beiden nicht leicht. Beiden gelingt ein Neuanfang oder ein Kurswechsel schwer. Beide sind nun angezählt. „Wir schaffen

das“ kann es für keinen der beiden mehr geben. Merkel hat sich mit den Asylsuchern übernommen, ohne es sich und ihrer Partei einzugestehen, für Löw war die WM in Russland eine Nummer zu groß.

Ein „Weiter so“ kann es jetzt weder im Fußball noch in der Politik geben, sonst stellen sich beide ins Abseits oder müssen sogar vom Platz. Löw und Merkel haben schwere Fehler gemacht, beide sind nicht alternativlos. Beide haben die Zeichen der Zeit nicht verstanden. Merkel das historische schlechte Wahlergebnis von 2017 und Löw die Pfiffe der Zuschauer. In seinem Scheitern sehen viele auch das Omen für ein Scheitern der Kanzlerin.

Bodo Bost



MELDUNGEN

Mercosur kommt nicht in Gang

Brüssel – Die Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und den südamerikanischen Staaten vom Gemeinsamen Markt des Südens (Mercosur) über den Abschluss eines Freihandelsabkommens stocken wieder nach sechs Dialogrunden in diesem Jahr. Derzeit hat der Mercosur lediglich vier Vollmitglieder: Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay. In der EU warnen unter anderem die französischen und österreichischen Bauernvertreter davor, den Druck auf die Landwirte durch Billigimporte aus Südamerika weiter zu erhöhen. Gegen die Interessen der französischen Bauern wagt Präsident Emmanuel Macron nichts zu unternehmen. Die Gewerkschaftsbewegungen beider Blöcke sowie Politiker und Analysten wenden sich dagegen, eines der größten Freihandelsabkommen der Welt abzuschließen, ohne die Folgen speziell für die weniger entwickelten Länder auf beiden Seiten des Atlantiks abzuschätzen. Sie fordern einen gemischten Begleitausschuss für den Bereich „Soziales und Arbeit“, um in der Endphase der Verhandlungen die Beteiligung der Gesellschaft zu ermöglichen. Völlig zwecklos erscheint daher zurzeit auch der Appell der deutschen Industrie an die Berliner Bundesregierung, auf einen raschen Abschluss mit dem Mercosur zu drängen. *D. Jestrzemska*

Orthodoxe in USA rebellieren

Boston, New York – Laienvertreter der als Erzdiözese Amerika zum Ökumenischen Patriarchat von Konstantinopel gehörenden griechisch-orthodoxen Auslandskirche in den Vereinigten Staaten haben eine Unabhängigkeit von ihrer bisherigen Mutterkirche gefordert. Die US-Tochterkirche ist schon seit Langem bei Weitem größer und mit Abstand reicher als die historische Residualkirche in der heutigen Türkei. Bei der Vergabe von Ehrendoktoraten in der kirchlichen Universität vom Heiligen Kreuz in Boston forderten Vertreter der sogenannten Archonten – der selbstbewusste Name basiert auf einem Herrschaftstitel im alten Griechenland – wahlweise eine Loslösung vom Patriarchat in Istanbul oder aber dessen Übersiedlung nach New York. Wie Efstathios Valiotis, ein Wortführer der Bewegung, verkündete, wolle man sich „als mächtige orthodoxe Kirche nicht von einer kleinen Gruppe Restchristen am Bosphorus“ regieren lassen. Als der von Istanbul ernannte amerikanische Erzbischof später von einer Dienstreise nach Griechenland in die USA zurückkehrte, wies er die Forderung der Laienorganisation vehement zurück: Man werde auch weiterhin Teil des Patriarchats bleiben. Bei einer inneramerikanischen Kirchenspaltung hätte er jedoch nicht die besten Karten: Während das Ökumenische Patriarchat allenfalls eine kleine Stellschraube der USA im Nahen Osten bildet, stellen seine bisherigen Untertanen in den Vereinigten Staaten eine wichtige Wähler- und Wahlspendengruppe dar, die über eine nicht zu unterschätzende politische und damit auch juristische Macht verfügt. Zur Erzdiözese Amerika zählen die Nachfahren von Mitgliedern aller griechischen Nationalkirchen, aber auch von Anhängern verschiedener orthodoxer Kirchen Ägyptens und der Levante sowie einzelne Gruppen von Albanern und Ukrainern. *T.W.W.*

Neue machtpolitische Spielchen im Nahen Osten – Saudi-Arabien will sich von Halbinsel Katar abtrennen

Die Kluft zwischen dem Iran und seinen arabischen Nachbarn wird von einem einzigen Land überbrückt: Katar. Das Emirat strebt die Nato-Mitgliedschaft an, während Saudi-Arabien mit Israels Hilfe Atombomben bauen will.

Katar begibt sich in eine Außenseiterrolle unter seinen arabischen Nachbarn und auch gegenüber den USA, die in Saudi-Arabien ihren stärksten und wichtigsten Verbündeten in dieser Region haben. Umso mehr muss erstaunen, dass Katar mit dem Gedanken spielt, der NATO beizutreten.

In diesem Sinne zitierte „The Business Times“ den katarischen Vizepremier und Verteidigungsminister, Khalid bin Mohammad al-Attiyah. „Diese Zusammenarbeit entwickelt sich von Tag zu Tag und kann zur Stationierung einer Abteilung oder eines Sonderzentrums der NATO auf dem Territorium von Katar führen“, so der Minister. Im Falle, dass die NATO einer Erweiterung erwäge, strebe Katar sogar die volle Mitgliedschaft an.

Dass der ganze Vorgang nichts mit einer mathematischen Gleichung gemein hat, zeigt auch der gleichzeitige Plan der Katar, in Russland das weithin begehrte Luftabwehrsystem „S-400“ zu erwerben, das zum Verdross der USA auch schon der NATO-Partner Türkei gekauft hat. Der Wunsch Katars, die „S-400“ zu erwerben, hat bereits zu einer diplomatischen Demarche der Saudis in Paris geführt.

König Salman bin Abd al-Aziz as Saud hat kürzlich den französischen Premier Emmanuel Macron, auf die Katarer Druck auszuüben, damit diese vom Kauf der russischen Luftabwehr absähen. Käme es dazu, so Salman weiter, „wäre das Königreich bereit, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um dieses Verteidigungssystem auch durch militärische Aktionen zu verhindern“. Die Saudis legen damit dieselbe Rücksichtslosigkeit an den Tag wie die Israelis auch wegen der „S-400“ den Syrern gegenüber.

Dass sich der saudische König an Frankreich wendet, kommt



Einsatz in der Wüste: Saudi-Arabien als auch das potenzielle NATO-Mitglied Katar liebäugeln mit Russlands Luftabwehr „S-400“

nicht von ungefähr. Die beiden Länder verbindet eine enge militärische Zusammenarbeit. Nachdem Saudi-Arabien mit dem Krieg, den es im benachbarten Jemen führt, nicht recht weiterkam, hat Paris französische Spezialeinheiten in den Jemen geschickt, die für die Saudis die Kastanien aus dem Feuer holen sollen. Dies berichtete der „Figaro“ unter Berufung auf zwei verschiedene Quellen.

Die französischen Elitesoldaten kommen aus ihrer Basis in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Das Verteidigungsministerium in Paris schweigt zu dem Vorgang, wie immer, wenn es sich um Operationen von Spezialeinheiten handelt.

Während aber Saudi-Arabien dem Nachbarn Katar mit militärischer Pression droht, falls dieser die russischen „S-400“ kaufen sollte, kauft Riad selbst ebendieses System von Moskau. Der saudische Botschafter in Moskau, Raid bin Khalid Khirimli, bestätigte: „Wir erwarten einen positiven Verlauf der Verhandlungen zu

dieser Vereinbarung. Die Fachleute müssen ihre Gespräche abschließen. Bis es soweit ist, können wir kein Datum für den Abschluss der Verhandlungen nennen, doch sie verlaufen sehr erfolgreich.“ Dem Vernehmen nach geht es nur noch um technische Einzelheiten, im Grundsatz scheint man sich einig zu sein.

Gleichzeitig hält Saudi-Arabien seine Dauerpropaganda gegen den Iran aufrecht, wonach dieser nach Atomwaffen strebe. Doch damit nicht genug. Im Bewusstsein der bedingungslosen Rückendeckung, die das Land durch die USA genießt, hat Riad Kontakte mit Israel aufgenommen, um von dort technische Kenntnisse für den Bau eigener Atomwaffen zu erwerben. Informationen darüber wurden durch den strategischen Unternehmensberater und Analysten der israelischen Nuklearpolitik beim Unternehmen „Israel Homeland Security“ (i-HLS), Amit Dor-On, bekannt.

Die wahrscheinliche Förderung eines Atomwaffenprogramms der Saudis durch Israel sei ein letzter

Hinweis auf die geopolitische Annäherung von Riad und Tel Aviv. Darüber hinaus erklärte der saudische Kronprinz und faktische Machthaber, Mohammad bin Salman, dem US-Sender CBS: „Saudi-Arabien strebt nicht nach Atombomben, aber wenn der Iran eine Atombombe entwickelt, werden wir diesem Beispiel zweifellos so bald wie möglich folgen.“ Was die Vorwürfe an Teheran als notwendigen Vorwand unverzichtbar macht.

Auch der israelische Botschafter in Ägypten, David Govin, bestätigt diese Entwicklung: „Wir beobachten eine Veränderung bei den arabischen Staaten bezüglich des Umgangs mit Israel. Saudi-Arabien wird nicht länger als Feind wahrgenommen, sondern als Partner für eine neue und bessere Realität in der Region. Dass der saudische Kronprinz die ägyptische und israelische Vision von Stabilität und wirtschaftlicher Entwicklung teilt, ist ein wichtiger Meilenstein.“

Tatsächlich geht es den Saudis aber nicht um wichtige Meilen-

steine, sondern darum, eine politische Koalition gegen den Iran zu schmieden.

So schließen also die arabischen Golfstaaten mit Ausnahme Katars mit Israel zusammen, um gegen den Iran Front zu machen. Dabei haben sie die Rückendeckung aus den USA. Doch ausgerechnet Katar will Mitglied der NATO werden. Diese hat neue Mitglieder bislang nur mit weniger Schwierigkeiten aufgenommen.

Was aber Katar angeht, so ist das Land eine Halbinsel mit einer 60 Kilometer langen Grenze zu Saudi-Arabien. Diese aber wollen die Saudis zu einer Insel machen. Man hat in Riad beschlossen, an der 60 Kilometer langen gemeinsamen Grenze einen 200 Meter breiten und zehn bis 15 Meter tiefen Kanal zu bauen, der den ungeliebten Nachbarn vom asiatischen Festland weitgehend abschneiden würde.

Für Katar wäre dies sicher unbequem, aber es käme so dem gegenüberliegenden Iran jedenfalls politisch noch näher.

Florian Stumfall

Es wird eng auf dem Kontinent

Die Bevölkerung Europas wächst nur noch durch Immigration stark an – Deutschland fällt etwas aus der Reihe

Seit 1973 überwiegen in Deutschland die Todesfälle die Zahl der Geburten. Seit 2015 ist dies auch in der gesamten Europäischen Union der Fall, obwohl es noch einige Länder wie Frankreich oder Irland mit Geburtenüberschüssen gibt. Die Bevölkerung der EU wächst nur noch dank Immigration. In manchen Staaten wie Österreich seit 1990 sogar um 15 Prozent.

Die politische „Wende“ in Osteuropa hat innerhalb von 25 Jahren die demografischen Verhältnisse auf dem alten Kontinent maßgeblich verändert. Die Geburtenraten haben sich in Ost- und Westeuropa weitgehend auf niedrigem Niveau angeglichen. Während die Bevölkerung in Westeuropa durch Immigration deutlich wächst, sinken die Einwohnerzahlen in Osteuropa dramatisch.

Für die neue Ausgabe des „European Demographic Data Sheet“ analysierten Wissenschaftler der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) und des Wiener Wittgenstein Center die Bevölkerungsentwicklung in Europa zwischen 1990 und 2017. Die aus Geburten und Todesfällen resultierende Geburtenrate be-

stimmt immer weniger die Bevölkerungsentwicklung, dagegen hat das demografische Gewicht der aus Ab- und Zuwanderung zusammengesetzten Migration deutlich zugenommen.

Die beiden Extrempole in Europa sind dabei Irland mit einem natürlichen Bevölkerungswachstum von 36 Prozent und Bosnien-Herzegowina mit einem migrations- und kriegsverursachten Bevölkerungsrückgang von 22 Prozent. Das Land mit dem zweithöchsten Bevölkerungsanstieg, die Schweiz mit einem Plus von 26 Prozent, verdankt dies vor allem seiner hohen Immigration, eine Folge der hohen Wirtschaftskraft der Alpenrepublik.

Norwegen, das mit plus 24 Prozent den dritten Platz einnimmt, verdankt sein Bevölkerungswachstum ungefähr zu gleichen Teilen der Immigration wie der natürlichen Bevölkerungsentwicklung. Spanien, vierter Platz mit plus 20 Prozent, verdankt dieses Wachstum fast ausschließlich der Immigration.

Nur Frankreich mit plus 18 Prozent konnte seine Bevölkerung noch zu größeren Teilen aus der natürlichen Geburtenrate ver-

mehren als durch Immigration. Alle weiteren Länder mit positiven Bevölkerungsentwicklungen wie Schweden mit plus 17 Prozent oder Österreich liegen im westeuropäischen Mittelfeld. Sie verdanken ihren Bevölkerungsan-



Massenandrang in Städten: Straßenszene in London Bild: pa

stieg fast ausschließlich der Immigration.

Etwas aus der Reihe schlägt Deutschland: Einerseits ist es das Land Westeuropas mit dem deutlichsten natürlichen Bevölkerungsrückgang – minus vier Pro-

zent – andererseits fällt der migrationsbedingte Zuwachs – plus neun Prozent – geringer aus als in anderen westeuropäischen Staaten, weil in demselben Zeitraum auch viele Deutsche ihrem Land den Rücken gekehrt haben. Insgesamt ergibt sich trotz Spitzenplatz in der Aufnahme von Ausländern für Deutschland nur ein Bevölkerungsanstieg von insgesamt vier Prozent.

Länder wie Bulgarien, Lettland, Litauen, Moldawien, Bosnien-Herzegowina und das Kosovo verzeichnen seit 1990 Rückgänge von über 20 Prozent der Bevölkerung. Gleichzeitig wachsen in einigen dieser Länder, vor allem in Bosnien und im Kosovo, die muslimischen Bevölkerungsanteile rasant an. Zuwächse wurden demgegenüber nur in Slowenien, der Slowakei und Tschechien registriert. Sie betragen jeweils drei Prozent.

Wanderungsbedingte Anstiege gab es in Russland, Ungarn und Serbien, weil diese Ländern einen großen Teil ihrer Minderheiten in anderen Ländern nach Hause geholt haben. Allerdings wurden diese Bevölkerungsanstiege durch Rückgänge bei der

natürlichen Bevölkerungsentwicklung wieder wettgemacht. Neben dem Wirtschaftswachstum sind es die Wanderbewegungen, die den Kontinent in zwei Teile teilen.

Die Europäische Union wuchs seit Schaffung der Wirtschaftsgemeinschaft im Jahr 1957, sie erreichte 2008 die 500-Millionen-Marke und soll jetzt bei 513 Millionen liegen. Dieser Anstieg war in erster Linie Folge der Aufnahme von 22 neuen Mitgliedern. Von 172 Millionen Einwohnern im Jahr 1972 hat sich die EU-Bevölkerung bis 2013 verdreifacht.

Aufgrund weiter steigender Zuwanderung wird die EU-Bevölkerung weiter wachsen. Einen Bruch wird freilich der Brexit mit sich bringen: Im März 2019 wird die EU-Bevölkerung schlagartig um 13 Prozent von 515 auf 448 Millionen sinken. Dann bleibt die 500-Millionen-Marke bis weit über das Jahr 2050 hinaus außer Reichweite, selbst wenn der gesamte Balkan Aufnahme in die EU finde. Mit der Aufnahme dieser bislang ärmsten Staaten Europas wird sich auch das Risiko weiterer Nachahmer des Brexit vergrößern. *Bodo Bost*

Patt in Mitteldeutschland

Starke AfD sorgt für Spannung bei anstehenden Landtagswahlen – Bunte Regierungsbündnisse erwartet

In gut einem Jahr finden in drei mitteldeutschen Bundesländern Landtagswahlen statt. Die AfD ist dort mittlerweile so stark, dass eine traditionelle Regierungsbildung fast unmöglich erscheint. Dies verleitet die Herrschenden zu grenzwertigen Methoden.

In Thüringen regiert der einzige linke Ministerpräsident, Bodo Ramelow, mit knapper Mehrheit. Doch die Zeichen stehen schlecht. Sollte Ramelow einen Blick auf die politischen Meinungsumfragen werfen, dürfte ihm angst und bange werden. Seine Koalition mit Grünen und SPD hätte nach der jüngsten Insa-Umfrage nur noch 42 Prozent der Stimmen und damit rund vier Punkte weniger als bei der Landtagswahl von 2014.

Dabei liegt die Linke noch leicht über ihrem Ergebnis von 24 Prozent. Doch das Erstarren der AfD, die derzeit rund 18 Prozent wählen würden, sowie die eklatante Schwäche der SPD könnten Thüringen nahezu unregierbar machen. Eine Mehrheit von mehr als 50 Prozent der Stimmen würden lediglich die CDU und die Linkspartei zusammenbekommen. Doch dieses Bündnis ist schwer vorstellbar.

Um seine Regierung im Amt zu halten, müsste Ramelow die FDP hinzugewinnen, sofern diese in den Landtag einzieht. Allerdings gilt auch dieses Modell als unwahrscheinlich. Ebenso ist ein Zusammenschluss von CDU, SPD, Grüne und FDP kaum wahrscheinlich. Und so könnte es passieren, dass Ramelows Regierung erst einmal geschäftsführend im Amt bleibt. Denn ein Ministerpräsident kann erst dann abgewählt werden, wenn ein anderer Kandidat eine parlamentarische Mehrheit bekommt.

Ramelow schafft daher schon mal Fakten und möchte einen Doppelhaushalt für die Jahre 2019 und 2020 verabschieden lassen. Die Entscheidung, mit einer alten Mehrheit einen Haushalt zu beschließen, über den eigentlich ein neuer Landtag abstimmen müsste, sei „aus staatspolitischer



AfD-Herren in Champagnerlaune: Die Freude nach der Bundestagswahl könnte sich bald bei den Landtagswahlen wiederholen

Verantwortung“ geboren, erklärte der Regierungschef gegenüber der Tageszeitung „Die Welt“.

Die Pläne der rot-rot-grünen Mehrheit stoßen auf Widerstand bei der Opposition. Ramelows Vorhaben „wäre ein Bruch mit der aus gutem Grund gelebten Praxis der parlamentarischen Demokratie und verstößt mit großer Wahrscheinlichkeit auch gegen die Verfassung“, kritisiert CDU-Fraktionschef Mike Mohring. Es sei „skandalös, dass der Landtag einen Haushalt beschließen soll, der nicht etwa Legislaturperioden übergreift, sondern gar nicht mehr für die laufende Legislaturperiode gilt“.

Doch die Person Mohring zeigt, in welchem Dilemma sich auch die Union befindet. In Thüringen liegt sie in den Umfragen stabil auf Platz eins, in Sachsen führt sie derzeit vor der AfD, und in Brandenburg liegen CDU, SPD und AfD nahezu gleichauf. Ein Bündnis mit der Rechtsparterie würde der CDU zumindest in Thüringen

und in Sachsen eine parlamentarische Mehrheit sichern, in Brandenburg würde derzeit nicht viel dazu fehlen.

Mohring hat sich nach dem AfD-Landtagseinzug 2014 moderat über die Konkurrenz geäußert und Koalitionen irgendwann einmal in Aussicht gestellt. Doch aus dem Konrad-Adenauer-Haus wurde er zurückgepfiffen. Seitdem hält er sich an die offizielle Parteilinie. Zugute kommt ihm die Tatsache, dass an der Spitze der Landes-AfD Björn Höcke steht, den selbst in seiner eigenen Partei viele lieber nicht in Regierungsverantwortung sehen würden. „Mit einem Extremisten wie ihm kann es keine Gespräche über eine gemeinsame Koalition geben“, sagte Mohring.

Anders ist die Lage im Land Brandenburg. Auch dort versucht Ministerpräsident Dietmar Woidke, mit einem Doppelhaushalt seine Macht zu sichern. Doch hier gibt sich die CDU deutlich konservativer. „Wenn ich mit allen

Parteien ins Gespräch komme, dann macht es sich relativ schlecht, wenn ich gleichzeitig etwas ausschließe“, erklärte der Landesvorsitzende Ingo Senftleben. Die Brandenburger CDU sei bereit, die politische Farbenlehre zu erweitern und über Grenzen hinauszudenken.

Allerdings stört sich Senftleben auch am AfD-Frontmann Andreas Kalbitz, dem er „eine Nähe zu rechtsextremen Organisationen“ bescheinigt. Sollte sich die AfD dazu entschließen, eine personelle Neuerung anzustreben, könnte die Sache bereits ganz anders aussehen, lässt sich der CDU-Politiker alle Optionen offen.

Den Auftakt wird im kommenden Spätsommer Sachsen machen. Und diese Wahl hat es in sich, überholte doch die AfD bei der Bundestagswahl dort die CDU. Nach dem Austritt der populären und in Sachsen beliebten Vorsitzenden Frauke Petry schwächelt der AfD-Verband zwar etwas, liegt aber in Umfra-

gen immer noch konstant bei über 20 Prozent. Die anstehende Landtagswahl, so der AfD-Bundesvorsitzende Jörg Meuthen, werde den endgültigen „Untergang der Altparteien“ einleiten. Mit „30 Prozent plus x“ will die AfD zur stärksten Partei aufsteigen und erstmals in einem Bundesland den Posten des Ministerpräsidenten beanspruchen.

Ein Problem gibt es allerdings. Nachdem Petry und ein Großteil der Spitzenfunktionäre das Weite suchten, rückten politische Neulinge um den Ex-Grünen Jörg Urban an die Spitze der Partei. So wird innerhalb der AfD spekuliert, der Bundesvorstand könne eine externe Lösung für die sächsische Spitzenkandidatur in Erwägung ziehen. Dabei werden auch die Namen der beiden Bundesparteiheads Meuthen und Alexander Gauland genannt. Ersterer hält dies „für ziemlich gewagte Spekulationen“. Gauland sagt, „dass in der Politik viel passieren kann“. *Peter Entinger*

MELDUNGEN

Wippe steht auf der Kippe

Berlin – Der Haushaltsausschuss des Bundestags hat entschieden, das Geld für den Bau des Denkmals für Freiheit und Einheit nicht vor der Sommerpause freizugeben. Damit verzögert sich der Baubeginn des im Volksmund „Einheitswippe“ genannten Denkmals, das in Erinnerung an die friedliche Revolution von 1989/90 auf der Berliner Schlossfreiheit errichtet werden soll, noch weiter. Im Jahr 2007 vom Bundestag beschlossen, sollte es bereits 2013 auf dem Sockel des abgerissenen Kaiser-Wilhelm-Denkmal errichtet werden. Immer wieder führten Denkmalschützer und Gegner des neuen Projekts Gründe vor, die bewegliche Wippe zu verhindern. Die jetzige Ablehnung der Gelder geht auf die SPD zurück. Sie begründete es damit, dass rechtliche Fragen zum Grundstück noch nicht geklärt seien. Sollte der Denkmalbau noch weiter hinausgeschoben werden, würden die Kosten weiter in die Höhe schießen, was das Ende des Projekts bedeuten könnte. Ursprünglich mit zehn Millionen Euro kalkuliert, rechnet man inzwischen mit 17 Millionen Euro. *tws*

Abschaffung des »Soli« gefordert

Berlin – Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier hat sich für die Abschaffung des steuerlichen Solidaritätszuschlags ausgesprochen. In einem öffentlichen Fachgespräch des Finanzausschusses des Bundestages erklärte Papier, der Solidaritätszuschlag sei mit dem Ende des Solidarpakts II verfassungsrechtlich nicht mehr zu rechtfertigen. „Aus Gründen der rechtsstaatlich gebotenen Rechtsklarheit und Rechtssicherheit sollte der Gesetzgeber selbst den Eintritt eines verfassungswidrigen Zustands vermeiden und das Gesetz mit Wirkung zum 1. Januar 2020 aufheben“, so der Berliner Staatsrechtswissenschaftler. *tws*

Schlummerndes Hilfs-Potenzial

Von der Notlösung zu einer Lösung von Nöten – Bonner Raiffeisenkongress pries die moderne Idee des Genossenschaftsgründers

Die Genossenschaftsidee soll weiterhin eine Zukunft haben. Das hat man beim Evangelischen Raiffeisenkongress in Bonn beschworen, der im Juni anlässlich des 200. Geburtstags von Friedrich Wilhelm Raiffeisen in diesem Jahr erstmals ausgetragen wurde und auf dem man sich mit der Aktualität des Kooperativwesens in Deutschland und der „Einen Welt“ befasste.

Das Genossenschaftswesen – einst von Raiffeisen als Notlösung unter armen und auf sich gestellten Landbewohnern im Westerwald entwickelt – hat mit dem Prinzip von Teilhabe und Teilnahme weltweit Schule gemacht. Deshalb lautete der Titel des ersten Raiffeisenkongresses: „Teilhabe und Teilnahme – Zukunftspotenziale der Genossenschaftsidee“.

In fünf Themensträngen diskutieren mehr als 50 Fachleute aus Wissenschaft und Praxis, aus Genossenschaftsverbänden und Genossenschaften, aus Diakonie, Entwicklungsarbeit, Finanzwirtschaft und Kirchenorganisation sowie aus Ökonomie und Theologie über die Zukunft dieser großartigen Genossenschaftsidee, deren Potenzial noch längst nicht ausgeschöpft sind. Zugleich er-

innerte der Kongress an den christlich geprägten Raiffeisen, ohne dessen Frömmigkeit sein ökonomisches wie soziales Engagement kaum zu verstehen ist. Sein Glaube war Grundlage für sein ökonomisches und soziales Engagement.

Der von seiner christlichen Motivation angetriebene Genossenschaftsgründer Raiffeisen (1818–1888, siehe PAZ vom 30. März) sei mit seiner Idee der Hilfe zur Selbsthilfe nicht nur der Kirche, sondern auch der sozialen Arbeit praktisch und konzeptionell weit voraus gewesen, sagte der Präsident der rheinischen Kirche Manfred Rekowski. Auch heute noch stünden Genossenschaften oft für innovative Projekte.

Am deutlichsten wurde die positive Rolle der Genossenschaftsidee zuletzt bei der Bankenkrise, als die Genossenschaftsbanken zu den wenigen Banken gehörten, die nicht mit öffentlichen Mitteln gerettet werden mussten. Heute gehören die Genossenschaftsbanken wegen ihrer Kundennähe oft zu denjenigen, die entgegen dem Trend kaum Filialen schließen.

Die Staatssekretärin im rheinland-pfälzischen Wirtschaftsministerium, Daniela Schmitt (FDP),

sagte auf dem Kongress, Raiffeisens Wertesystem sei heute genauso passend wie vor 150 Jahren. Ein Vertreter von der SPD war nicht zu der Tagung erschienen, die SPD wurde seinerzeit von Raiffeisen als „Umsturzpartei“ tituliert. Diesem Namen wer-

den Genossenschaften, Konsum- und Kreditgenossenschaften brachte er gar in Zusammenhang mit Kapitalismus, lediglich den Produktgenossenschaften, die es in England in nennenswerter Zahl bereits gab, konnte er positive Aspekte abgewinnen.



Hellsichtiger als Karl Marx: Friedrich Wilhelm Raiffeisen

den die Sozialdemokraten zumindest in Rheinland-Pfalz auch heute noch gerecht, denn die SPD-führte Landesregierung hat Karl Marx ein eigenes Gedenkjahr gewidmet, aber Raiffeisen, dessen Wirken viel nachhaltiger war, nicht. Marx hielt nicht viel von

Raiffeisen wollte bewusst eine Alternative zur liberalen Wirtschaftsordnung aufbauen. Er sah in der Landbevölkerung die Basis der Gesellschaft und des Vaterlandes, als Bürgermeister war er von der Pflicht des Staates, den Armen zu helfen, überzeugt. Er

musste jedoch erkennen, dass die Nächstenliebe allein nicht ausreicht als Basis einer Genossenschaft, von daher ging er zur Solidarität über.

Als Bürgermeister in verschiedenen Gemeinden im Westerwald hatte Raiffeisen Genossenschaften gegründet, um der an Armut leidenden Bevölkerung die Möglichkeit zur wirtschaftlichen Selbsthilfe zu geben. Der Kölner Soziologe Frank Schulz-Nieswandt warnte davor, den Begriff Genossenschaft zu eng zu definieren. Auch Basisgemeinden, Nachbarschaftshilfen oder sogar Vereine können dazu gehören. Für ihn war auch die Urgemeinde der Kirche eine Genossenschaft, bis ins 2. Jahrhundert sei auch die Mahlgemeinschaft der Urkirche ein Sättigungsmahl gewesen, heute habe vielerorts der Konsum den Gottesdienst ersetzt.

Anders als der Marxismus, der heute irrelevant geworden ist, bietet die Genossenschaftsidee auch jetzt noch vor allem in der sogenannten „Einen Welt“, wo es eine Milliarde Genossenschaftler gibt, eine Antwort auf die Nöte der Gegenwart. In Ländern wie Kenia sind drei Viertel aller Arbeitsplätze in der Genossenschaftswirt-

schaft. In Ruanda, so der Pfarrer Pascal Batarigaya, leisteten Genossenschaften einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag zur Überwindung der Folgen des Völkermordes von 1996. Dank genossenschaftlicher Strukturen stieg der Anteil von Mikrokrediten in der „Einen Welt“ auf 300 Millionen Euro an. Dadurch leisten Genossenschaften einen wesentlichen Teil zur Überwindung der Armut weltweit und zur Einhaltung der Ziele der Agenda 2030.

Der Kongress war weit mehr als eine Rückschau, er hat das Vermächtnis von Raiffeisen weiter nach vorne gedacht und für innovatives genossenschaftliches Handeln geworben. Das dürfte auch bei den nächsten Kirchentagen deutlich werden. Dabei sollte sich auch die katholische Kirche auf ihr genossenschaftliches Erbe besinnen, immerhin waren es große katholische Sozialreformer, wie Kaplan Georg Friedrich Dasbach (1846–1907) in Trier oder die Jesuiten um Theodor Amstad, S.J. (1851–1938) in Brasilien, bei denen Raiffeisens Ideen als erste auf fruchtbaren Boden fielen, noch bevor die Protestanten auf den Sozialreformer in ihren Reihen aufmerksam wurden. *Bodo Bost*

Zeitzeugen



Francesco Gullino – Der in Italien geborene dänische Staatsbürger beging laut der britischen Zeitung „The Times“ aller Wahrscheinlichkeit nach das tödliche Attentat auf Georgi Markow. Der Antiquitätenhändler arbeitete unter dem Decknamen „Agent Picadilly“ für den bulgarischen Geheimdienst DS. Nachgewiesen werden konnte ihm der Mord nie, weil der DS-General Wladimir Todorow 1989 sämtliche Akten zum Fall Markow vernichtet hat.

Milton Leitenberg – Für den renommierten Bioterrorismus-Experten vom Center for International and Security Studies (CISSM) der University of Maryland in College Park ist Rizin „eines der bedeutungslosesten“ Mittel überhaupt, wenn es um Anschläge gegen größere Gruppen von Menschen gehe.



Shannon Guess Richardson – Durch ihre Nebenrollen in den Fernsehserien „Vampire Diaries“ und „The Walking Dead“ erlangte die texanische Schauspielerin einige Bekanntheit. Weil sie mit Rizin präparierte Drohbrieffe an US-Präsident Barack Obama und andere Politiker der Vereinigten Staaten geschickt hatte, wurde die fanatische Befürworterin des privaten Besitzes von Schusswaffen im Juli 2014 zu 18 Jahren Haft verurteilt.

Walter Ramm – Nach Aussage des früheren Leiters der Westberliner Außenstelle des Ostbüros der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) seien zwischen Ende der 1950er und Mitte der 1960er Jahre mehrere Mitarbeiter der Niederlassung oder sowjetischen Geheimdiensten vergiftet worden – und zwar mit Rizin. Konkrete Beweise hierfür existieren allerdings nicht.



Ulrich Elling – Der Forschungsgruppenleiter am Institut für Molekulare Biotechnologie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (IMBA) fand bereits 2011 heraus, worauf die tödliche Wirkung von Rizin beruht. Damit schuf er die theoretische Grundlage für die Entwicklung eines Gegengiftes, die aber angeblich noch nicht beendet ist. Stattdessen entdeckten seine Kollegen 2017 zwei weitere prinzipielle Wege, um Rizin in menschlichen Zellen zu neutralisieren.

Wie groß war die Gefahr?

Was passiert wäre, wenn die Sicherheitskräfte Hammami nicht gestoppt hätten

Glaukt man den Verlautbarungen des Generalbundesanwaltes Peter Frank und des Verfassungsschutzpräsidenten Hans-Georg Maaßen, ist es den deutschen Sicherheitskräften durch die Verhaftung des tunesischen „Flüchtlings“ Sief Allah Hammami gelungen, einen folgenschweren Anschlag mit dem Biokampfstoff Rizin zu verhindern. Doch wären Terrorakte solcher Art überhaupt möglich?

Rizin wird aus den Samenkörnern des Wunderbaums (*Ricinus communis*) gewonnen und ist hochgiftig. Gelangt das aus insgesamt 576 Aminosäuren bestehende Protein in den menschlichen Organismus, kann es innerhalb von 36 bis 72 Stunden zum Absterben der Zellen und Verklumpen der roten Blutkörperchen führen. Die tödliche Dosis soll dabei im Milliardstelgrammbereich liegen. Aufgrund dieser enormen Toxizität und des Fehlens von Gegenmitteln zählt Rizin zu den potenziellen biologischen Kampfstoffen. Deshalb gilt seine Herstel-

lung und Weiterverbreitung als Verstoß gegen das deutsche Kriegswaffenkontrollgesetz sowie die internationale Bio- und Toxinwaffenkonvention.

Entscheidend für die Wirkung ist allerdings, auf welchem Wege das giftige Eiweiß in den Körper gelangt. Das Berühren dürfte nur wenig gefährlich sein, weil das Rizin die fettreiche Hautbarriere kaum zu überwinden vermag. Anders sieht es beim Verschlucken aus. Das kann schon zum Exitus führen. Dabei ist dann zwischen der Aufnahme von sehr kompliziert herzustellendem chemisch reinen Rizin und amateurhaft gewonnenen Auszügen sowie dem Kauen von Samenkörnern zu unterscheiden. So berichten Fachmagazine von Fällen, in denen Menschen den Verzehr von bis zu 60 Samen des Wunderbaums überlebt haben. Laut einer Publikation der US-amerikanischen

Toxikologen Challoner und McCarron, die 424 Rizin-Vergiftungen durch orale Aufnahme untersuchten, endeten nur 8,4 Prozent davon tödlich.

Sehr viel gefährlicher wird es, wenn Rizin durch eine Injektion oder Wunde in die Blutbahn gelangt. Dies erklärt, warum Hammami das Gift offensichtlich nicht über das Trinkwasser oder auf ähnlichem Wege verbreiten wollte, sondern auch an Sprengsätzen bastelte, die laut der Generalbundesanwaltschaft 250 Metallkugeln enthalten sollten. Denn dringen Objekte mit Anhaftungen von Rizin in den Körper von Menschen ein, kann das unter Umständen deren schnellen Tod zur Folge haben. Unter Umständen, denn Rizin ist wie jede andere Eiweißverbindung hitzeempfindlich und denaturiert bei Temperaturen über 60 Grad, wodurch es seine toxische Wirkung verliert – an-

sonsten wäre das aus den Wunderbaum-Samen gepresste und hernach kräftig durchwärmte Rizinusöl ja ebenfalls giftig. Das heißt, dass eine Detonation durch die damit verbundene Hitzeentwicklung das Rizin in einer Bombe unschädlich machen würde.

Vor diesem Hintergrund wirkt Hammamis Plan deutlich weniger bedrohlich, als es auf den ersten Blick scheint und die Medien suggerieren. Rizin eignet sich nicht als Terrorwaffe gegen größere Menschengruppen, sondern nur für gezielte Attentate auf Einzelpersonen. Und das steht auch genau so im Handbuch des Heimatschutzministeriums der Vereinigten Staaten (Homeland Security), das den Sicherheitsorganen hierzulande bekannt sein dürfte. Aber die propagandistisch hochgespielte Verhinderung eines angeblich spektakulären Anschlages taugt eben bestens dazu, vom multiplen Behördenversagen auf anderen Feldern der Terrorabwehr abzulenken.

Wolfgang Kaufmann

Rizin ist nur sehr schwer als Waffe zu verwenden



Aus seinen Samenkörnern wird Rizin gewonnen: Wunderbaum oder Rizinus (*Ricinus communis*)

Bild: Colourbox

Versuche gab es viele

Wer nicht so alles versucht hat, Rizin als Waffe zu missbrauchen

Im Gegensatz zum sogenannten Regenschirmattentat auf Georgi Markow (siehe Kasten) misslangen zahlreiche andere Mordversuche mit Rizin. So überlebte der enttarnte CIA-Maulwurf im KGB Boris Sielicki-Korczak 1981 die Injektion einer Kugel voller Rizin.

Ebenso scheiterten sämtliche Bemühungen der US-Ärztin Deborah Green, ihren Ehemann Michael Farrar 1995 mithilfe von rizinvergifteten Lebensmitteln zu beseitigen. Gleichermaßen ohne Erfolg blieb die Seniorin Betty Miller aus Shelburne (Vermont). Die 70-Jährige wollte Suizid begehen und sammelte daher die Wunderbaumsamen auf dem Gelände des Wake-Robin-Altenheimes. Dann testete sie das nach einer Anleitung aus dem Internet hieraus gewonnene Rizin an ihren arglosen Mitbewohnern, die aber

nur leichte Symptome entwickelten. Weil das FBI der Frau Ende 2017 auf die Schliche kam, drohen dieser nun fünf Jahre Haft.

Auch radikale Moslems und Rechtsextreme planten, das tödliche Gift einzusetzen. So gibt es ernstzunehmende Hinweise dar-

Fast alle Untaten überlebten die Opfer

auf, dass die Terrororganisation al-Kaida 2001 und 2011 in Afghanistan beziehungsweise dem Jemen versucht hat, Rizin herzustellen.

Außerdem bereitete die regierungsfeindliche US-amerikanische Croupierung Minnesota Patriots Council 1991 einen Anschlag mit Rizin vor, bei dem mehrere Polizi-

sten sowie Bundesagenten getötet werden sollten. Deswegen wurden Douglas Baker, Leroy Charles Wheeler, John Oelrich und Dennis Brett Henderson 1995/96 zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Hierüber erfuhr die Öffentlichkeit nur relativ wenig.

Hingegen sehr öffentlichkeitswirksam waren die mit Rizin kontaminierten Drohbrieffe an US-Präsident Barack Obama, US-Senator Roger Wicker und den New Yorker Bürgermeister Michael Bloomberg, die im April/Mai 2013 abgefangen werden konnten, bevor sie in die Hände ihrer jeweiligen Adressanten gelangten. Als Absenderin ermittelte das FBI Shannon Guess Richardson. Die US-amerikanische Schauspielerin wollte mit ihrer Tät prominenten Befürworter von härteren Waffengesetzen einschüchtern. W.K.

Der erste und wohl auch einzige Erfolg

Der erste und wohl auch einzige erfolgreiche Einsatz von Rizin im Rahmen eines Attentates erfolgte am 7. September 1978. Opfer des Anschlages war der bulgarische Dramaturg, Journalist und Dissident Georgi Markow, der sich 1969 in den Westen abgesetzt hatte. Er stand auf der persönlichen „Abschussliste“ von Todor Schiwkow, dem diktatorisch herrschenden Partei- und Staatsschef Bulgariens. Das resultierte insbesondere aus Markows allwöchentlichen Sendungen auf BBC, Deutscher Welle und Radio Free Europe, in denen er die Politik und Person Schiwkows kritisierte oder verspottete.

Allerdings verfügte der bulgarische Geheimdienst Darschawna Sigurnost (DS) nicht über die Mittel, um den Regimekritiker unauffällig im Ausland zu eliminieren. Deshalb bat er die Mordspezialisten in der Ersten Hauptverwaltung des sowjetischen KGB um Unterstützung. Und die Moskauer Genossen konnten tatsächlich aushelfen: Sie bastelten einen Regenschirm, dessen Spitze so präpariert war, dass sich damit ei-

Regenschirmattentat auf Georgi Markow

ne winzige Platin-Iridium-Kugel von 1,52 Millimetern Durchmesser per Druckluft verschießen ließ. Dieses Projektil wiederum wies mehrere Bohrungen auf, die etwa 200 Mikrogramm Rizin enthielten.

Das Attentat fand genau am 67. Geburtstag von Schiwkow und wenige Wochen nach einem ganz ähnlich gelagerten, aber misslungenen Anschlag auf den gleichfalls zur Tötung freigegebenen bulgarischen Regimekritiker Wladimir Kostow statt. Markow stand wartend an der Bushaltestelle an der Südseite der Londoner Waterloo Bridge, als er plötzlich einen stechenden Schmerz in der Wade verspürte, während sich ein korpulenter Mann mit Regenschirm eilig vom Schauplatz des Geschehens entfernte. Der Bulgare starb vier Tage später. Bei der Obduktion der Leiche fand man dann das Kügelchen. Der Attentäter wurde nie gefasst, jedoch bestätigte der vormalige KGB-Generalmajor Oleg Kalugin im Jahre 2008, dass das Attentat auf Schiwkows persönlichen Befehl hin erfolgt war. W.K.

Preussische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrot; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – ISSN 0947-9597.

Die Preussische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellun-

gen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0

Telefon Redaktion (040) 4140 08-32

Fax Redaktion (040) 4140 08-50

Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32

Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42

Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de

anzeigen@preussische-allgemeine.de

vertrieb@preussische-allgemeine.de
Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Künstleridyll in Existenznöten

Folge der Niedrigzinspolitik: Der Weiterbetrieb von Schloss Wiepersdorf ist in Gefahr



Kleinod vor den Toren Berlins: Schloss Wiepersdorf war Landsitz des berühmten Romantikerpaars Bettina und Achim von Arnim

Bild: Doris Anthony/CF

Rund 80 Kilometer südlich von Berlin gelegen, hat sich Schloss Wiepersdorf im Laufe der Jahrzehnte einen hervorragenden Ruf als Arbeitsort für Schriftsteller und andere Künstler erworben. Die andauernde Niedrigzinspolitik hat dem Weiterbetrieb des Künstlerhauses allerdings vorerst die finanzielle Basis entzogen.

Die Deutsche Stiftung Denkmalschutz, seit 2005 Besitzerin des Schlosses in Wiepersdorf, steigt nach zehn Jahren als Betreiber des Künstlerhauses aus. Bereits zum 31. Juli wird das Schloss im Landkreis Teltow-Fläming zudem für Sanierungsarbeiten mindestens für anderthalb Jahre geschlossen bleiben. Wie es ab dem Jahr 2020 an dem traditionsreichen Ort weitergeht, ist vorerst ungewiss.

Das im Niederen Fläming gelegene Wiepersdorf war einst Landsitz von Bettina und Achim von Arnim, dem bekannten Dichterpaaar der Romantik. Ab dem Jahr 1946 bot das Schloss Schriftstellern wie Arnold Zweig, Anna Seghers, Christa Wolf und Ulrich Plenzdorf eine Arbeitsmöglichkeit in ländlicher Ruhe. Seit der Wende können sich auch Maler und bildende Künstler beim Land Brandenburg um ein Stipendium für mehrmonatige Arbeitsaufenthalte in Wiepersdorf bewerben.

Betreiber des Künstlerhauses war in den vergangenen Jahren die Deutsche Stiftung Denkmalschutz. Das Land Brandenburg hatte der Stiftung im Jahr 2005 einen Treuhandfonds in Höhe

von rund 764 Millionen Euro eingerichtet, aus dessen Erträgen sowohl der Erhalt der denkmalgeschützten Immobilien, als auch der Betrieb des Künstlerhauses finanziert werden sollte. Die Schlossimmobilie selbst ging für einen symbolischen Betrag an die Stiftung Denkmalschutz über, verbunden mit der Auflage, dass das Schloss bis 2019 für kulturelle und gemeinnützige Zwecke genutzt werden muss.

„Wir haben der Stiftung vor einigen Jahren einen Fonds zur Seite gestellt und sind davon ausgegangen, dass das Geld ausreicht, um sowohl das Schloss und den Betrieb mit Stipendiaten aufrechtzuerhalten“, so Brandenburgs Kulturministerin Martina Münch (SPD) zur damals getroffenen Regelung.

Die globale Finanzkrise und die Null- und Niedrigzinspolitik der Notenbanken haben dem Konzept allerdings die finanzielle Basis entzogen. Die Ministerin wies unlängst darauf hin, dass durch die niedrigen Zinsen der Fonds nicht mehr gewinnbringend arbeiten könne. Der Berliner „Tagespiegel“ zitiert Steffen Skudelny vom Vorstand der Deutschen Stiftung Denkmalschutz mit konkreten Zahlen zur Ertragsentwicklung des Fonds: „Wir hatten mit rund 500 000 Euro im Jahr gerechnet“, so Skudelny, „tatsächlich mussten wir mit 200 000 Euro jährlich wirtschaften.“ Laut Stiftungsvorstand

sei allein für den Erhalt des Ortes viel mehr Geld nötig gewesen.

Die Stiftung für das Schloss Wiepersdorf stellt mit ihrem Problem keinen Einzelfall dar. Gerade Stiftungen mit einem kleinen Grundvermögen kommen durch die andauernde Nullzinspolitik immer stärker in finanzielle Schwierigkeiten. Das angelegte Grundvermögen wirft oft keine nennenswerte Rendite ab, das Antasten des Stiftungskapitals ist wiederum ausgeschlossen. Als Ausweg wird häufig versucht, noch stärker als bisher Spenden einzusammeln. Der Bundesverband Deutscher Stiftungen empfiehlt schon seit Längerem eine Reform des Stiftungsrechts und spricht sich auch dafür aus, dass Stiftungen ihr Vermögen verstärkt in Immobilien, Unternehmen oder Sachgütern anlegen.

Im Fall des Schlosses Wiepersdorf deutet sich nun ein Einspringen des Landes Brandenburg an. Das drohende Aus für das Künstlerhaus hat zum Einen ehemalige und aktuelle Stipendiaten mobilisiert. Auf einer Veranstaltung im Brecht-Haus in Berlin-Mitte versammelten sich am 25. Juni Schriftsteller, Maler und bildende Künstler, um den Erhalt des Künstlerhauses zu fordern.

In seltener Einigkeit sprachen sich inzwischen auch die Abgeordneten sämtlicher Landtagsfraktionen im Fi-

nanzausschuss für den Fortbestand des Künstlerhauses Wiepersdorf aus. Möglich machen sollen dies künftig Landesmittel in Höhe von 650 000 bis zu 720 000 Euro jährlich.

Auch Brandenburgs Kulturministerin Martina Münch (SPD) kündigte auf der Veranstaltung im Berliner Brecht-Haus generell eine Fortsetzung des Künstlerhauskonzepts an. Die Ministerin sagte, nach dem Abschluss der Restaurierung solle es mit dem Künstlerhaus in Wiepersdorf weitergehen. Die Ministerin legte allerdings noch kein neues Konzept für die Zeit nach der Sanierung vor. Angekündigt wurde immerhin, dass die Zeit der Renovierung intensiv genutzt werden soll, um ein Konzept zu entwickeln, damit ab 2020 wieder Stipendiaten im Schloss arbeiten können.

Als Eigentümer soll die Deutsche Stiftung Denkmalschutz offenbar weiterhin mit an Bord bleiben und sich um den Erhalt des Schlosses und des Gartens kümmern. Noch nicht abgeschlossen zu sein scheint die Suche nach einem künftigen Betreiber für das Künstlerhaus.

Ministerin Münch kündigte an, das Haus solle in Zukunft etwas professioneller aufgestellt arbeiten. Aus den Reihen ehemaliger und aktueller Stipendiaten war die Befürchtung geäußert worden, der Betrieb in Wiepersdorf könnte mit einem Wechsel des Betreibers nach der Neueröffnung stärker einer Kommerzialisierung unterworfen werden. *Norman Hanert*

Land Brandenburg will nun Mittel nachschieben

Hier blüht der Osten

Von VERA LENGSELD

Während das politische Berlin gespannt auf das Ende der Politsatire, genannt Streit der Schwesterparteien CDU und CSU, wartete, ging das Alltagsleben weiter. Radio 1, das sich als Projekt vorgenommen hat, die schönen Straßen Berlins vorzustellen, war in meinem Kiez.

Die Pankower Florastraße hat eine bewegte Geschichte. Einst standen hier die Blumenfelder, die das Schloss von Elisabeth Christine, der ungeliebten Frau Friedrich des Großen, belieferten. In der Gründerzeit mussten sie dem Bauboom weichen. Parallel zur S-Bahnstrecke Gesundbrunnen-Bernau entstand eine Wohn- und Geschäftsstraße, die von der Mitte Pankows bis zum Wedding führte. In den Vorderhäusern wohnten die betuchten Bürger, die Hinterhäuser beherbergten die Wohn- und Arbeitsstätten der Handwerker und der Arbeiter. In der einen oder anderen Toreinfahrt sieht man noch Reste der Schiene für die Droschken, die auf den Hof fahren mussten. Aus den ehemaligen Stallungen und Werkstätten sind heute schicke Gartenhäuser geworden.

In den 20er Jahren gab Carl von Ossietzky hier seine „Weltbühne“ heraus. Ihm zu Ehren wurde das hiesige Gymnasium nach ihm benannt. Zu DDR-Zeiten verkam der vordere Teil der Florastraße. Sie geriet in den Ruf, eine Asozialenstraße zu sein. Der hintere Teil verfiel zwar auch, wurde aber zu einem Refugium für Künstler und Schauspieler. Das beste Restaurant Ost-Berlins stand an der Ecke Görtschstraße. Es wurde sogar von Diplomaten besucht, so gut war die Küche, so erlesen waren die Weine.

Als die Mauer fiel, stand das Schicksal der Florastraße auf der Kippe. Die meisten Häuser waren stark reparaturbedürftig, die ehemaligen Läden und Kneipen standen leer, das Haus, in dem sich das Edelrestaurant befand, wurde von der Antifa besetzt. Dann kam viel Geld für den Aufbau Ost, das abgerufen werden musste. Der Stadtbezirk beschloss, aus dem Kiez ein Sanierungsgebiet zu machen. Der Plan glückte, der Erfolg war größer als erwartet. Als die zum Teil leergezogenen Häuser restauriert waren, kamen viele Familien aus dem Prenzlauer Berg hierher. Es war ihnen dort zu laut und zu touristisch geworden. Nach und nach wurden auch die Geschäfte und Kneipen neu eröffnet.

Es riecht wieder nach Blumen in der Florastraße, denn vier Blumenläden haben sich angesiedelt, die einander zu übertreffen suchen. Es gibt sechs Cafés, kleine und größere Restaurants. Der Italiener, der hier aufmachte, ist inzwischen so begehrt, dass man Tische reservieren muss, um einen Platz zu bekommen. Hier gibt es den einzigen Hörbuchladen der Stadt, einen exklusiven Fischladen und einen Fleischer, zu dem man aus anderen Stadtbezirken gefahren kommt.

Hier blüht der Osten, wie Radio 1 staunend und begeistert feststellte.

Bestellen Sie ganz einfach unter (040) 41 40 08 42



Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z.Zt. 132 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name/Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Der Versand ist im Inland portofrei. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.preussische-allgemeine.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

BIC: _____

Datum, Unterschrift: _____

Preussische Allgemeine Zeitung

**Woche für Woche
Orientierung in der Medienflut
Klartext für Deutschland**

vertrieb@preussische-allgemeine.de
Telefon 040-41 40 08 42
Fax 040-41 40 08 51

MELDUNGEN

Jagd auf Roma in der Ukraine

Kiew – In der Ukraine ist es in den vergangenen Monaten zu mehrfachen Überfällen auf Roma gekommen. Die ukrainische Polizei hat erst reagiert, nachdem in Lwiw ein 24-jähriger Roma seinen schweren Verletzungen nach einer Messerattacke erlegen ist. 14 junge Männer im Alter von 16 bis 20 Jahren wurden festgenommen, denen Rechtsextremismus und die Mitgliedschaft in der bislang unbekanntesten rechtsextremen Vereinigung „nüchterne und wütende Jugend“ unterstellt wird. Die Jugendlichen hatten das Lager der Roma mit Mesern und Hämmern angegriffen. In Kiew wurde bereits im April eine Roma-Zeltstadt niedergebrannt. Die Angreifer hatten mit Steinen und Pfefferspray Jagd auf Frauen und Kinder gemacht. Allein in diesem Jahr ist es zu 24 ähnlichen Angriffen gekommen. In der Ukraine leben nach Schätzung des Europarates 260 000 Roma. **MRK**

Atomwaffenlager bei Königsberg

Königsberg – Ein vertiefter Lagerraum, der durch einen Betondeckel versiegelt wurde, sowie ein durch Zäune abgeschirmtes Gelände auf dem Gebiet der Königsberger Exklave, geeignet als Lager für Atomwaffen – die Existenz einer solchen Anlage beobachten Wissenschaftler des Bundesamerikanischer Wissenschaftler (FAS) seit zwei Jahren via Satellit. Neue Satellitenaufnahmen legen nahe, dass die Anlage vor Kurzem erst erweitert wurde. Die FAS-Wissenschaftler sehen einen Zusammenhang mit der Stationierung der Iskander-M-Raketen im Mai dieses Jahres in der Exklave. Die atomar bestückbaren Raketen haben eine Reichweite von 500 Kilometern und können Warschau, Berlin oder Kopenhagen erreichen. **MRK**

Auf dem Weg zur Allmacht

Türken in Deutschland unterstützen Recep Tayyip Erdogan beim Demokratieabbau in der Türkei

Die Stimmen der Auslandstürken, auch und vor allem der in Deutschland, haben wieder einmal die absolute Mehrheit für Erdogan gesichert und ihm damit absurderweise den Weg geebnet für eine Abschaffung der Demokratie im eigenen Land.

Erdogan hat bei der Präsidentschaftswahl in Deutschland, wie schon bei dem Verfassungsreferendum im vergangenen Jahr, ein deutlich besseres Ergebnis als in der Türkei erzielt. Während er im Gesamtergebnis nur eine äußerst knappe Mehrheit mit 52,5 Prozent erzielte, erreichte er in Deutschland eine satte Mehrheit von 64,78 Prozent. Während in türkischen Millionenstädten wie Istanbul oder Ankara Erdogan sogar weit unter der 50 Prozent blieb, erzielte der türkische Präsident gerade in deutschen Großstädten die besten Ergebnisse.

Hier scheinen zwei Trends auseinanderzulaufen. Zwar war die Wahlbeteiligung in Deutschland mit 49,7 Prozent wesentlich geringer als in der Türkei mit 87 Prozent, aber selbst, wenn man annimmt, dass vor allem Erdogan-Kritiker zu Hause geblieben sind, hat Erdogan gerade in den Städten der dritten und vierten Auswanderergeneration in Deutschland, die ihn verkörpern, seine treuesten Anhänger, ob das Cem Özdemir gefällt oder nicht. Erdogans Anhänger in Deutschland wurden sogar mit der Beschneidung des Rechtsstaates und der zunehmenden Autokratisierung, unter denen sie nicht leiden müssen, noch mehr.

So können 2018 in deutschen Straßen Tausende von Menschen mit türkischem Hintergrund, aber deutscher Schulbildung mit Fahnen- und Autocorsozügen einen neuen Führer hochleben lassen.

Die Macht, die Erdogan in Zukunft in der Türkei haben wird, ähnelt der des letzten deutschen Führers, allerdings erst nach dem Ermächtigungsgesetz. Erdogan hat nach der neuen Verfassung



Benötigt künftig kein Parlament mehr für die Ernennung von Ministern: Der wiedergewählte Präsident Erdogan

Bild: pa

kein Ermächtigungsgesetz mehr vornehmen, er hat bereits jetzt so viel Macht, dass er für die Ernennung von Ministern und die Verabschiedung von Gesetzen kein Parlament mehr benötigt. Deshalb wurden die Wahlen für das Parlament, die parallel zu den Präsidentschaftswahlen stattfanden, kaum beachtet, obwohl Erdogans AKP dort mit nur 42 Prozent ihre Mehrheit verloren hat, allerdings im Bündnis mit der rechtsradikalen MRP auch dort noch eine satte Mehrheit von mehr als 50 Prozent haben wird.

Anders als in der Türkei, wo Gegenkandidaten von Erdogan im Gefängnis sitzen und Scharen von Oppositionskandidaten aus dem Gefängnis heraus ihren Wahlkampf führen mussten, und

mehr als 100 Journalisten, die kritisch über Erdogan berichtet hatten, im Gefängnis sitzen, konnten sich die in Deutschland lebenden Türken mit einer freien Presse

Erdogans Programm ist Erdogan selbst

über die Wahlen informieren und sind dennoch zu Hunderttausenden Erdogan auf den Leim gegangen, ebenso wie einige Wochen zuvor die beiden deutschen Nationalspieler Mesut Özil und Ilkay Gündogan. Diese wurden deshalb von Scharen deutscher Fußballanhänger, die mehr de-

mokratisches Gespür zeigten als der DFB, noch während der WM ausgepöfeln.

Erdogan wird jetzt, wie sein großes Vorbild Kemal Atatürk, nur noch im Sarg aus seinem Präsidentenpalast hinausgetragen werden können. Anders als Atatürk hat Erdogan allerdings kein Zukunfts- sondern nur ein Rückwärtsprojekt für die Türkei. Auch im Wahlkampf hatte er kein Programm und kein Konzept, er wirkte bereits müde und versprach, weil er sich in die Ecke gedrängt fühlte, absurde Dinge wie freie Teehäuser für alle. Es schien, als ob das einzige Wahlprogramm von Erdogan seine Person selbst war.

Von daher hatten Analysten bereits, unterstützt von Demosko-

pen, eine Wechselstimmung ausgemacht, die sich jedoch seltsamerweise im Wahlergebnis nicht widerspiegelte. Aber eine Untersuchung des Wahlergebnisses wird es auch diesmal, ebenso wie nach dem knappen Verfassungsreferendum, nicht geben, obwohl es bereits im Vorfeld massive Hinweise auf Fälschungsversuche durch die AKP gegeben hat.

Mit seiner neuen präsidentiellen Vollmacht kann Erdogan bereits jetzt jedwede demokratische Kontrolle verhindern. Nach dem 24. Juni 2018 ist die Türkei auf dem Weg in die Diktatur, jedoch anders als nach den beiden Militärputschen, zu einer Diktatur, die nicht die Absicht hat, die Macht wieder abzugeben.

Bodo Bost

Neue Wende auf »Prager Art«

Tschechische Regierung will wieder mit Kommunisten zusammenarbeiten

Die dunkelroten Schmutzdelinquenten der tschechischen Politik erhaschen wieder einen Zipfel der Macht in Prag. Vergessen sind die Schwüre der demokratischen Revolutionäre im Herbst 1989, den Kommunisten nicht mehr die Hand zu reichen: Die Zweier-Koalition von ANO-Partei und Sozialdemokraten (CSSD) verhandelt mit ihnen über einen Tolerierungspakt. Das heißt, die dem alten diktatorischen System nachtrauernde KP kann, ohne eigene Minister am Kabinetttisch zu haben, den Kurs des Landes mitbestimmen. Eine „Wende“ eigener, tschechischer Art. Die CSSD-Partei hat sich in einem Mitgliedervotum mit 58,5 Prozent für eine Regierungszusammenarbeit mit ANO unter Premier Andrej Babis ausgesprochen 40,2 Prozent stimmten dagegen, die Beteiligung lag bei 65 Prozent.

Der CSSD-Vorsitzende Jan Hamacek sprach von einem „starken Mandat“. Allerdings waren aus seiner Partei auch andere Stimmen zu vernehmen, die vermutlich der politischen Wirklichkeit näher kommen. So warnte der frühere Außenminister Lubomir Zaoral, die Sozialdemokraten seien in einer zu schwachen Position gegenüber dem „Populisten“ Babis. Zusammen

kommen alle drei Parteien (ANO, CSSD und die roten „Tolerierer“) auf 108 der 200 Sitze im Abgeordnetenhaus. Für eine Mehrheit der Bürger ist, das zeigen Umfragen, die Tatsache, dass die ehemalige Regimepartei KP wieder ins Spiel gebracht wurde, kein großes Problem mehr. Die weitgehend unreformierte Partei sei auch fast

30 Jahre nach der „Wende“ Teil des politischen Systems, befand der Politologe Jiri Pehe. Alarm schlugen hingegen die in die Opposition verbannten Bürgerdemokraten (ODS). Ihr Vorsitzender Petr Fiala sprach vom „Überschreiten einer roten Linie“. Er fürchtet vor allem Probleme für die Außenpolitik des Landes. Fiala sieht wie andere Beobachter ein gefährliches Abweichen von einem bislang verteidigten europäischen Konsens.

Die KP rückte zwar von alten Forderungen wie dem Austritt aus der NATO ab, verlangt aber weiter umfassende wirtschafts- und sozialpolitische Zugeständnisse, und sie hat auch in den vergangenen Wochen einige potenzielle Anwärter auf Ministerposten abgelehnt.

Seit Jahrzehnten gegen Kooperation mit Sudetendeutschen

Seit Jahrzehnten agiert sie zudem gegen jegliche Kontakte oder Zusammenarbeit mit den vertriebenen Sudetendeutschen. Dass künftig Mitglieder einer von den Kommunisten tolerierten Prager Regierung an einem Sudeutschen Tag (ST) teilnehmen, dürfte fraglich sein. Anzeichen einer solchen Zurückhaltung waren bereits beim jüngsten ST zu erkennen. Kein tschechischer Offizieller mit Kabinettsrang ließ sich in den Augsburger Messehallen sehen. Allein vorsichtige Hinweise auf die Existenz der Benesch-Dekrete reichten, um nicht nach Augsburg zu reisen.

Und der amtierende Premierminister Babis, der sich im Übrigen gegen den Vorwurf des EU-Subventionsbetrugs verteidigen muss, hat die Möglichkeit eines ST auf tschechischem Boden als Spekulation abgelehnt.

Die sudetendeutsch-tschechischen Beziehungen gehen wieder rauerer Zeiten entgegen. Abzulesen ist das unter anderem an der Prager Reaktion auf eine Bemerkung von Angela Merkel anlässlich des „Weltflüchtlingstages“ am 20. Juni in Berlin. Für

Vertreibung, so Merkel, gebe es „weder eine moralische noch eine politische Rechtfertigung“. Eine sehr zurückhaltende Formulierung, dazu noch eingebettet in ihre bekannte Stellungnahme, Vertreibung und Flucht der Deutschen seien eine unmittelbare Folge des Zweiten Weltkrieges und der NS-Verbrechen gewesen.

Über seinen Sprecher ließ Staatspräsident Milos Zeman dennoch „tiefste Missbilligung“ mitteilen. Und Premierminister Babis sprach von „absolut inakzeptablen“ Äußerungen: „Es ist sehr unglücklich, dass alte Wunden aufgerissen werden.“

Da protestierte selbst der für seine moderate Haltung gegenüber Prag bekannte Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Bernd Posselt, mit einer scharfen Presseerklärung: „Ein Teil des tschechischen Establishments befindet sich auf einer Rutschbahn in die kommunistische Vergangenheit. Vertreibungen sind elementare Menschenrechtsverletzungen, kein Demokrat darf sie beschönigen oder rechtfertigen. Wer so denkt wie die (tschechischen) Merkel-Kritiker, der wird den Weg zu einem freien und menschlichen Europa, das den Nationalismus überwindet, verpassen.“

Gernot Facius

Asylschleuse in EU

Serbien schafft Visumpflicht für Iraner ab

Serbien hat Ende 2017 die Visumpflicht für Iraner abgeplant und plant ähnliche Schritte für Nigeria und Pakistan. Damit wird das Land zum neuen Transitland für Asylsucher in die EU.

Die österreichische Außenministerin Karin Kneissl gab zu, dass durch das Wegfallen der Visumpflicht für Iraner in Serbien seit Ende 2017 die Asylsucherzahlen aus dem Iran in Österreich in die Höhe geschwellt sind. Sogar Serbiens armes Nachbarland Bosnien bekommt den Andrang zu spüren, weil die bosnische die erste Grenze ist, die Iraner auf dem Weg nach Westeuropa überqueren müssen.

Durch den Wegfall der Visumpflicht für Iraner in Serbien ist Asyl jetzt sogar für Mittelklasse-Iraner erschwinglich geworden, vorher war das begehrte Asyl in Europa eher ein Privileg der Oberklasse des Mullahstaates, denn die Schleuserroute durch fast zehn Länder kostete bislang ein Vermögen. Jetzt steigen Iraner für wenig Geld in den Pflieger und landen direkt in Belgrad. Von hier aus ist es dann nicht mehr weit bis in den Schengenraum, wo Asylsucher bekanntlich bei derzeitiger Gesetzeslage nicht abgelehnt werden dürfen.

Der „Super-GAU“ in Serbien soll jedoch noch bevorstehen. Wie

Außenministerin Kneissl im deutschen Fernsehen bekanntgab, plant Serbien, bald auch für Pakistan und Nigeria die Visumpflicht abzuschaffen. Dieser „flüchtlingspolitische Wahnsinn“ des EU-Beitrittskandidaten Serbien wäre dann wohl die Retourkutsche für den von der NATO inklusive der rot-grünen Bundesregierung gegen Serbien geführten Angriffskrieg von 1999, der den Balkanstaat den Abfall von zwei Provinzen kostete.

Trotz deutlicher Reduktion der Zuwandererzahlen befürchtet Kneissl, anders als die deutsche Bundesregierung, ein Wiederholen der Flüchtlingskrise von 2015. Im Nahen Osten und Nordafrika „drängen 60 Millionen Menschen mit einer Ausbildung, aber ohne Aussicht auf einen Job auf den Arbeitsmarkt“, erklärte die von der FPÖ nominierte parteilose Außenministerin, die ein Studium der Islamwissenschaften absolviert und mehrere Jahre im Nahen Osten doziert hat. Der niedrige Ölpreis habe zum Beispiel im Bausektor in den Golfstaaten oder in Libyen zu Massenentlassungen ohne soziale Absicherungen geführt, darunter an erster Stelle Pakistanis und Bangladeschis. Diese zögen jetzt weiter in die EU, wo es soziale Sicherheit auch ohne vorherige Arbeit gibt. **B.B.**

Spiegel der Wirtschaftsentwicklung

Seit 30 Jahren berechnet die Deutsche Börse den deutschen Aktienindex DAX

Der deutsche Aktienindex DAX wurde zum Monatswechsel 30 Jahre alt. Experten sprechen von einer Erfolgsgeschichte, doch einem großen Teil der Bevölkerung ist der Handel an der Frankfurter Börse stets fremd geblieben.

Als bekanntester Index wird der DAX oft als Leitindex für den deutschen Aktienmarkt betrachtet. Er beinhaltet die 30 hinsichtlich Börsenumsatz und Marktkapitalisierung größten Unternehmen der Frankfurter Wertpapierbörse und gilt damit als Indikator für die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft sowie Basiswert für derivative Finanzinstrumente und strukturierte Produkte. Die 30 im DAX enthaltenen Titel repräsentieren rund 75 Prozent des gesamten Grundkapitals inländischer börsennotierter Aktiengesellschaften und etwa 85 Prozent der in deutschen Beteiligungspapieren getätigten Börsenumsätze.

Seit dem ersten Handelstag, dem 1. Juli 1988, mit 1163 Punkten hat der Deutsche Aktienindex kräftig zugelegt. Der Höchstwert lag zwischenzeitlich bei mehr als 13000 Punkten. Anleger, die Geld haben und nicht das schnelle Geld suchen, konnten in der Vergangenheit gut verdienen. Getreu der Weisheit André Kostolansys „Wer gut essen will, kauft Aktien; wer gut schlafen will, kauft Anleihen“, gehören Rückschläge jedoch dazu. Ende August 1988 fiel der DAX auf 1152 Punkte. In den Keller ging es auch um die Jahrtausendwende nach dem Platzen der New-Economy-Blase am Neuen Markt. Bis auf 2202 Zähler am 12. März 2003 sackte der Leitindex. Doch davon hat er sich immer relativ zügig erholt.

Es gibt Experten, die sagen, dass der DAX stark an Bedeutung verloren habe. Andere widersprechen vehement. „Tatsache ist, dass der Schwerpunkt und die wesentliche Stärke der deutschen Wirtschaft in dem Bereich liegen, der als Old Economy bezeichnet wird. Dabei wird unterschätzt, wie groß und mächtig diese Wirtschaftszweige

sind – und wie konsequent sich die meisten der Schwergewichte mit Erfolg auf den traditionellen Geschäftsfeldern behaupten, ohne die künftigen Herausforderungen aus dem Blick zu verlieren“, erklärte Benjardin Gärtner, Aktienchef bei Union Investment, in einem Beitrag für das Nachrichtenmagazin „Focus“. Übersehen werde zudem, wie sehr sich der DAX in den vergangenen 30 Jahren gewandelt habe. Einstmals eminent

giekonzern Eon. Auch aufgelöste Unternehmen wie Mannesmann oder der Papier- und Chemiekonzern Feldmühle Nobel standen lange Jahre auf dem Zettel der Börsenhändler.

Dieser Wandel der Wirtschaft erfolgt manchen Experten noch nicht schnell genug. So schreibt Gärtner im „Focus“: „Die Schwächen des Index und damit der hiesigen Wirtschaft liegen unter anderem in der vergleichsweise schwa-

Analyst Christoph Berger der Berliner Zeitung „Tagesspiegel“. Heute kämen dagegen viele Aktionäre aus dem Ausland. Bei vier DAX-Konzernen halten sie einer Auswertung der Beratungsfirma Ernst & Young (EY) zufolge sogar mehr als 70 Prozent der Anteile. Insgesamt sind von den 30 DAX-Konzernen heute 18 mindestens zur Hälfte im Besitz ausländischer Anleger. „Viele DAX-Konzerne sind inzwischen Weltunternehmen mit

kom-Papiere und das Platzen der New-Economy-Blase hätten viele Anleger in Deutschland nachhaltig verschreckt.

Dabei, so Experten, sei diese Angst eigentlich unbegründet. Selbst wer zum ungünstigen Zeitpunkt vor zehn Jahren und damit kurz vor Ausbruch der Finanzkrise eingestiegen sei, habe bis heute ein Plus von durchschnittlich fünf Prozent im Jahr erzielen können, sagen die EY-Analysten. Eine solide



Mittlerweile ein fester Bestandteil der Frankfurter Börse: Die Anzeige mit der DAX-Kurve

Bild: Imago

wichtige Sektoren wie etwa Banken und Versorger hätten in der Struktur des Index stark an Bedeutung verloren.

An der Besetzung des DAX ist der Wandel der deutschen Wirtschaft ablesbar. In der Anfangsphase waren zum Beispiel noch die Warenhausketten Karstadt und Kaufhof vertreten. Auch der Mischkonzern VIAG und das Energieunternehmen VEBA gehörten zu den ersten Werten im DAX – später fusionierten sie zum Ener-

Stellung der deutschen IT-Konzerne. Ein zweites Silicon Valley wird hierzulande nicht entstehen.“ Dies liege vor allem daran, dass in den USA ein anderer Gründergeist herrsche, der dadurch unterstützt werde, dass unternehmerisches Scheitern nicht als persönliche Niederlage gelte.

Im Lauf der Zeit hat auch die Globalisierung vor dem Aktienindex nicht halt gemacht. „Vor 30 Jahren war der DAX noch sehr viel nationaler“, erklärte Allianz-

Hauptsitz in Deutschland – da sind eine steigende Bedeutung und ein zunehmender Einfluss ausländischer Investoren nur logisch“, erläutert Mathieu Meyer, Mitglied der EY-Geschäftsführung, gegenüber der Deutschen Presse-Agentur.

Der Großteil der DAX-Aktien ist nach Aussage Meyers in der Hand von professionellen Händlern. Privatleute hielten lediglich elf Prozent der Papiere. Der Absturz der als Volksaktie vermarkteten Tele-

Aktienanlage könne eine sinnvolle Ergänzung zur Altersvorsorge sein. „Im Vergleich zu anderen Anlageklassen sind deutsche Aktien nach wie vor attraktiv“, sagte Berger dem „Tagesspiegel“. Das Umfeld für deutsche Aktien werde im kommenden Jahr vor dem Hintergrund der anhaltend lockeren Geldpolitik der Zentralbanken und der robusten Konjunktur der Weltwirtschaft günstig bleiben. Dies sei eine gute Voraussetzung zum Aktienkauf. Peter Entinger

MELDUNGEN

Sonnenenergie auch bei Regen

Peking – Solarzellen erlebten im Laufe der Jahre erhebliche Verbesserungen. Ein Nachteil der Technologie: Sie funktionierte bisher nur bei Sonnenschein, nicht aber bei Regen. Dies hat sich jetzt geändert: In China wurden Solarzellen mit triboelektrischen Nanogeneratoren, sogenannten Tengs, kombiniert, mit denen die Bewegungsenergie von Regentropfen aufgefangen wird. Beide Energiegeneratoren sind mit derselben Elektrode verbunden, wobei sich durch die bauliche Konzeption eine enorme Systemeffektivierung erreichen ließ. Die neuen Allwetterstromgeneratoren gehen bald in die Massenproduktion und könnten dann für eine Revolution der privaten Energiegewinnung sorgen. T.W.W.

Russlands Wirtschaft lahmt

Moskau – Am Rande der Fußball-WM verkündet die russische Regierung unangenehme Nachrichten. Neben der umstrittenen Anhebung des Rentenalters gab das Wirtschaftsministerium zuletzt bekannt, dass das Bruttoinlandsprodukt langsamer steigt als angenommen. Statt 2,2 schaffe die Wirtschaft nur 1,4 Prozent. Grund für den Rückgang sind westliche Sanktionen und die zurückgegangene Investitionstätigkeit. MRK

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.947.683.565.139 €

Vorwoche: 1.963.860.632.484 €

Verschuldung pro Kopf:
23.551 €

Vorwoche: 23.718 €

(Dienstag, 3. Juli 2018,
Zahlen: www.steuerzahler.de)

»Griechische Krise vorbei«

EU-Kommissar jubelt, weil das dritte Kreditprogramm ausläuft

Vor zwei Wochen haben sich Griechenland und die anderen Euroländer in Luxemburg während einer nächtlichen Sitzung über die Auszahlung einer letzten Kreditrate im Zuge des dritten Hilfspaketes geeinigt. Offiziell läuft dieses dritte Kreditprogramm für Griechenland am 20. August aus. Konkret vereinbart wurde, dass Griechenland eine letzte Tranche von 15 Milliarden Euro aus dem seit 2015 laufenden dritten Hilfsprogramm ausgezahlt bekommt. Diese Zahlung soll ein Finanzpolster für die Zeit schaffen, in der sich das Land wieder selbst am Kapitalmarkt finanzieren muss. Vereinbart wurde zudem eine Erleichterung bei der Schuldenbedienung. Bei älteren Krediten kann Griechenland zehn Jahre später als ursprünglich geplant mit den Rückzahlungen beginnen.

Der französische EU-Finanzkommissar Pierre Moscovici kommentierte die Vereinbarung mit den Worten: „Die griechische Krise ist heute Abend vorbei.“ Der CDU-Haushaltsexperte Klaus-Peter Willsch zog in einem Interview mit dem Deutschlandfunk (DLF) vor Kurzem dagegen eine kritische Bilanz der bisherigen Rettungsprogramme für Griechenland. Mit Blick auf Berichte, nach denen

Deutschland seit 2010 fast drei Milliarden Euro an Zinsgewinnen durch die Griechenlandkredite eingenommen habe, wies der CDU-Politiker etwa darauf hin, dass Deutschland allein durch den Schuldenschnitt von 2012 7,5 Milliarden Euro verloren hat. Willsch bestreitet auch, dass die Probleme Griechenlands gelöst seien. Der Haushaltsexperte sagte gegenüber dem DLF: „Schauen Sie sich doch mal die Zahlen an! Griechenland hatte einen Schulden-

Das Programm endet, aber nicht die Überschuldung

stand, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, von 145 Prozent, als 2010 dieser Rettungszirkus begann. Heute stehen wir bei 180 Prozent – und das Ganze, nachdem Pakete ausgereicht wurden in einer Größenordnung von über 300 Milliarden und noch ein Schuldenschnitt in einem Gesamtvolumen, ein Schuldenschnitt, ein Schuldentrückkauf in einer Größenordnung von 64 Milliarden vorgenommen wurde.“

In der Tat sind Zweifel angebracht, dass die Krise Griechen-

lands wirklich vorbei ist und nicht vielmehr mit der erzielten Einigung nur weitere Zeit erkaufte wurde. Insbesondere die jahrzehntelangen hohen Überschüsse im griechischen Staatshaushalt, von denen die Optimisten in ihren Berechnungen ausgehen, erscheinen im internationalen Vergleich unrealistisch. Laut der Regierung in Athen hat das Land im vergangenen Jahr einen Primärüberschuss, also einen Überschuss im Staatshaushalt ohne die Kosten für den Schuldendienst, von mindestens 3,5 Prozent erzielt. Die Vereinbarungen mit den Gläubigern sehen vor, dass Griechenland bis 2022 weiterhin jährlich einen Primärüberschuss, also einen Überschuss im Staatshaushalt ohne die Kosten für den Schuldendienst, von mindestens 3,5 Prozent erzielt. Anschließend soll das Land bis 2060 einen Primärüberschuss von durchschnittlich mindestens 2,2 Prozent vorweisen. Käme es in Griechenland zu keinem überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum, liefe diese Vorgabe auf eine Fortsetzung der Sparpolitik für die nächsten vier Jahrzehnte hinaus. Schon jetzt klagen Oppositionspolitiker im griechischen Parlament über zu hohe Steuern für Unternehmen und private Haushalte. Norman Hanert

Preußische Allgemeine Zeitung

Woche für Woche Orientierung in der Medienflut Klartext für Deutschland

Probabo anfordern:
vertrieb@preussische-allgemeine.de
 Telefon 040-41 40 08 42
 Fax 040-41 40 08 51

Sanktionen

Von Eberhard Hamer

Bisher konnten die Russland-Hasser sicher sein, dass sie mit ihrer Hetz- und Kampfpolitik in US-amerikanischem Interesse und mit Rückendeckung von dort handelten. Für die US-Amerikaner war nämlich Russland das entscheidende Hindernis, um erstens ihre Ölweltmachtpläne durchzusetzen, zweitens das Dollarimperium zu erhalten, drittens ihre Herrschaft in den Osten voranzutreiben, viertens das Schwarze Meer militärisch zu erobern und fünftens Syrien zu erobern.

Der US-amerikanische Kampf gegen Russland nahm deshalb immer neue Formen an. Russland wurde mithilfe der NATO von US-Raketestationen umgeben, die immer dichter an die russische Grenze heranrückten. Die Clinton-Clique behauptete sogar, ihre überraschende Wahlniederlage habe sie

nur Russland zu verdanken, und hetzt seitdem in den USA gegen jeden Russlandkontakt – auch des Präsidenten.

In den von den USA beherrschten internationalen Organisationen wurde sorgfältig darauf geachtet, dass nur Russlandfeinde in Führungspositionen kamen, Russlandfreunde dagegen ausgeschlossen wurden. Und wer Russland am meisten und am lautesten beschimpfte, durfte dafür bisher eine Vorzugsbehandlung der US-amerikanischen Präsidenten erwarten.

Die US-amerikanischen Sanktionen gegen ihre „Verbündete“ genannten Satelliten, die Strafzahlungen gegen unsere Banken und Industrie sowie die Gefährdung des Weltfriedens seitens der USA durch Kündigung des Iran-Vertrages, der Handelsverträge, des Umweltschutzes haben nun auch die

treuesten US-Hofschranzen wie Merkel, Juncker, Macron und May ratlos gemacht. Plötzlich kommt nicht mehr alles Gute aus den USA und sind nicht mehr alle Befehle aus den USA gut, sondern es wird offenbar, dass sie den eigenen Völkern schaden.

Der neue Präsident nimmt keine Rücksicht mehr auf die Interessen und die Demut seiner Gefolgschaft, sondern zieht seinen US-amerikanischen Nutzen durch. Die Phalanx der USA und ihrer Satelliten gerät plötzlich ins Wanken. Die ersten Mahner der Satellitenstaaten, Ungarn, Italien und Spanien rufen plötzlich nach besseren Beziehungen zu Russland, weil die Treue zu den Vereinigten Staaten nicht mehr lohnt, das Ge-

schäft mit Amerika durch die USA zerstört wird.

Noch zwei Tage vor der G7-Konferenz in Kanada hat sich Merkel durch kräftige Hetze gegen Russland beim Präsidenten beliebt machen wollen. Sie wurde aber ebenso wie ihre Kollegen auf der Konferenz abgekanzelt und ihr als neue Richtung eine Zusammenarbeit mit Russland befohlen.

Offenbar haben Merkel und Maas wieder einmal aufs falsche Pferd gesetzt: Die von ihnen betriebene Masseninvasion aus aller Welt in unser Sozialsystem wird inzwischen von der Besatzungsmacht und der Mehrheit des Volkes als Bedrohung empfunden. Die von Merkel akzeptierte Totalspionage

der USA über Deutschland und seine Wirtschaft ist plötzlich nationale Gefahr. Der Ausverkauf der deutschen Technologie durch China ist mit Globalisierung nicht mehr zu rechtfertigen. Die wachsende Kriminalität von Merkels Gästen zeigt die Kehrseite der Umvolkung. Die Schädigung der deutschen Wirtschaft durch die von Merkel betriebenen Russland-Sanktionen und die US-amerikanischen Sanktionen gegen uns werden zum Existenzproblem der Industrie. Ob Merkel will oder nicht, die Forderungen der AfD und Linken, ein friedliches und harmonisches Verhältnis auch zu Russland anzustreben, wird durch das US-amerikanische Verhalten erzwungen.

Merkel hat in den letzten drei Jahren zu häufig die falsche Richtung eingeschlagen, Dauerschäden

für unser Volk verursacht. Sie glaubte, dies in Gefolgschaft oder auf Geheiß der US-amerikanischen Besatzungsmacht leisten zu müssen. Nun sind aber die Befehle anders, hat sie die Interessen ihres Landes nutzlos geopfert.

Der eigentlich politisch seit Langem vernünftige Weg der USA, sich mit Russland auszusöhnen, wird die Anti-Russland-Kämpfer in die Krise treiben und die Sanktionen kippen. NATO-Generalsekretär Stoltenberg wird in Kürze abtreten. Juncker hat zuerst den Schwenk vollzogen. Die neuen Regierungen in Spanien und Italien machen den Boykott nicht mehr mit. Der US-amerikanische Präsident gibt eine andere Richtung vor, die Merkel so kurzfristig nicht glaubhaft nachvollziehen kann. Seit der G7-Konferenz ist der Merkel-Stern am Himmel am verlöschen.

»Nachdenken«

Von Friedrich-Wilhelm Schломann

In Köln konnten bei dem Tunesier Sief Allah H. letzte Vorbereitungen zur Herstellung von Rizinen durch einen mit Gasmasken versehenen Trupp von SEK-Polizisten verhindert werden. Der entscheidende Hinweis kam von der NSA, deren Hauptquartier in Maryland die wohl weltweit größte Ansammlung von Supercomputern und von Mathematikern sowie von Informatikern umfasst.

In Deutschland interessiert sich der Bundesnachrichtendienst im Bereich der „technischen Aufklärung“ im Ausland auch für den dortigen Telefon- und Internetverkehr. Derartige ist dem Bundesamt für Verfassungsschutz im Inland praktisch verboten. Nach Ansicht von zu-

weilen weltfremder Parlamentarier und Juristen wäre das eine „digitale Rasterfahndung“ und ein allzu großer Eingriff in das zweifellos sehr hohe Gut der persönlichen Freiheit.

Man müsse „darüber nachdenken“, meinte dieser Tage ein Berliner Abgeordneter, die Gesetze zu ändern und die Abwehrstellen mit den notwendigen Fähigkeiten auszustatten. Nicht viel anders scheint die Lage in anderen Ländern Europas zu sein. Der Vorfall in Köln war der erste dieser Art auf unserem Erdteil, aber garantiert nicht der letzte. Es ist daher sehr zu hoffen, dass jenes „Nachdenken“ sich eines vielleicht gar nicht so fernen Tages nicht als zu spät erweist.



Die deutsche Kanzlerin kann nicht mehr überzeugen: Angela Merkel im Gespräch mit Donald Trump am Rande des G7-Gipfels in Kanada

Bild: pa

Von feministischer Seite kommt ein neuer Vorstoß: Bei Schönheitswettbewerben soll künftig nicht auf Aussehen und körperliche Beschaffenheit, sondern auf soziale Kompetenz und gesellschaftliche Aufgeschlossenheit geachtet werden. Daher: keine Bikinis mehr, keine Abendkleider mit hochhackigen Schuhen, keine Schminke oder andere trügerische, reaktionäre Mittelchen. Jedes Mädchen, das es will, soll teilnehmen dürfen. Niemand sei ausgeschlossen, so die wahrhaft demokratische Parole.

Szenenwechsel. Es gibt für die Modernen unter den Bildungspolitikern und jenen, die diesen Glauben schenken, ein triumphales Datum: Im Jahr 2017, so die Statistiker, erwarben 53 Prozent der Besucher weiterführender Schulen die allgemeine Studienberechtigung. Das heißt auf Deutsch: Über die Hälfte aller Schüler bekommt das Abitur.

Bevor wir aber die Frage beantworten, was diese beiden thematisch scheinbar weit auseinanderliegenden Belange miteinander vereint, werfen wir noch einen Blick auf jeden Einzelnen von ihnen.

Da ist die Sache mit der Schönheit. Wie die Bezeichnung „Schönheitskonkurrenz“ bereits anzeigt, geht es darum, um nichts sonst. Niemandem würde es einfallen, bei den Ausschreibungen um die Teilnahme bei Olympischen Spielen eine 80-jährige, gehbehinderte Dame zuzulassen. Sie entspricht nicht den Vorgaben, damit ist das Problem klar. Bei der Schönheit aber soll es anders sein. Warum?

Nun zur Bildung. Vor rund 40 Jahren oder mehr forderte eine damals sehr bekannte FDP-Kulturpolitikerin, die Quote der Abiturienten müsse auf 50 Prozent steigen und erntete damit schallendes Gelächter. Heute ist die Zahl überschritten, und man fragt sich: Wie hat das geschehen kön-

Gegenwind



Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der PAZ. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall, „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

nen? Es gibt zwei Möglichkeiten der Erklärung. Die eine ist, dass es einen genialischen Schub gegeben hat, der die Begabungen junger Leute hat ins Kraut schießen lassen, und zwar in einem Ausmaß, wie das die Menschheit zuvor nie erleben durfte.

Die andere Möglichkeit ist, dass die Anforderungen an die Schüler immer mehr gesenkt wurden, bis sie dem allgemeinen Durchschnitt der Bevölkerung entsprachen. Gute Menschen werden die erste Erklärung bevorzugen, Realisten hingegen die zweite.

Was aber das Bindeglied zwischen Schönheit und Bildung angeht, so ist eines offensichtlich: Vorstellungen wie diese, eine Schönheitskonkurrenz auf solche Weise zu reformieren, können nicht nur einen Grund haben. Doch gehört dazu jedenfalls eine spezifisch feministische Art der Paranoia, die sich schließlich gegen das eigene Geschlecht wendet. Mit Sicherheit aber wirkt hier ein ideengeschichtliches Krebsgeschwür, nämlich der Glaube an die Gleichheit der Menschen.

Gleich sind die Menschen im Besitz ihrer grundlegenden Rechte und gleich sind sie – was bedingt in Rechtsstaaten gilt – vor den Schranken des Gerichts. In allem anderen sind sie ungleich. Das ist ja gerade der Grund, warum es Wettbewerbe überhaupt gibt, sei es um ein Krönchen oder ei-

Was die Schönheit mit der Bildung zu tun hat

Von FLORIAN STUMFALL

nen Studienplatz: Weil sich die unterschiedlichen Fähigkeiten oder Eigenschaften verschiedener Menschen miteinander messen, um zu einer Ordnung zu gelangen. Wären alle gleich, könnte ein Wettbewerb zu keinem Ergebnis führen.

Der Wahn der Gleichheit richtet deshalb so viel Schaden an, weil er guter, naiver, dummer Überzeugung entspringt. Prominent dokumentiert wurde er als eine der drei Parolen der Französischen Revolution, und er trug schon damals dazu bei, unendliches Unglück über die Menschen zu bringen. Zudem ist ihm von jeher eine wahrhaft lächerliche Irrationalität eigen: Während jener Französischen Revolution wurden unter anderem Kirchtürme zerstört – aus Feindschaft gegenüber dem Glauben, sicherlich, aber auch, weil die Türme wegen ihrer Höhe gegenüber den umliegenden Häusern das Prinzip der Gleichheit verletzen.

Dieses Prinzip wirkt noch heute mit unvernünftiger Kraft. Es ist der kaum hörbare Basso continuo der Merkelschen Einwanderungspolitik. Diese hat stets vermieden, zwischen kulturell verwandten und kulturfremden Einwanderern zu unterscheiden. Dabei wurde spätestens Ende der 60er-Jahre klar: Schwierigkeiten mit Neubürgern gab es nie, solange diese aus Italien oder Spanien kamen, erst mit der Zuwanderung aus islamischen Ländern wurde ein Problem sichtbar.

Es ist indes kein Zufall, dass zur selben Zeit die Mär vom „selben Gott“ in die Welt

gesetzt wurde, an den angeblich Christen wie Mohammedaner glauben – eines der grotesksten Produkte des Gleichheitswahns überhaupt. Mit einer Asylpolitik aber, die darauf beruht, ungeprüft und unerkannt jeden ins Land zu lassen, den es danach gelüftet, gibt man dem Gleichheitsprinzip freie Hand: Wozu prüfen, wenn es doch grundsätzlich keine Unterschiede gibt?

In der Wirklichkeit aber herrscht das Problem der Integration. Es wird in den politisch korrekten Medien als eine Aufgabe des Staates beschrieben, nicht als Bringschuld der Neuankommlinge. Gegen diese Auffassung spricht die Wirklichkeit. Denn dort, in den konkreten Fällen, wo es Integration tatsächlich gibt, ist dies das Verdienst des Einzelnen, der sich seinem neuen Milieu angepasst hat, nicht die Leistung von Politikern, Bürokraten oder Sozialarbeitern. Allein daran ist zu erkennen, wie Integration geschehen kann – gewollt, nicht verordnet und daher nie einklagbar. Deshalb wird es immer Unterschiede geben, wo Gleichheitsfanatiker alles ebnen wollen. Um es in der Symbolik schwüler Regenbogenfarben auszudrücken: Mischt man sie, wird gar nichts bunt, sondern es entsteht ein hässliches Braun.

Doch der Gleichheitsgedanke wirkt über seine Absicht hinaus. Die globalpolitischen

Fädenzieher wie George Soros oder Tom Barnett betreiben das Geschäft der Migration im großen Umfang. Geht es nach ihnen und Ihresgleichen, so wird die Zuwanderung nach Europa vor allem aus Afrika erst dann ein Ende finden, wenn in den Ländern Europas solche Zustände herrschen wie jetzt in Afrika. Das heißt, wenn Europa nicht mehr attraktiv, weil verschieden von Afrika ist, jedenfalls, was die materiellen Lebensumstände angeht.

Dann entstände Gleichheit und täte es, wie sie es immer tut: orientiert am geringsten Wert. Um es einfacher zu sagen, am Geleitzugprinzip. Es gehört die geistige Dürftigkeit grüner Weltbetrachtung dazu anzunehmen, die Völkerwanderung von Süd nach Nord würde irgendjemandem helfen, und nicht allen schaden. Es gilt hier das marxistische Paradoxon: Dadurch, dass man die Reichen ausbeutet, hat man noch nie einen Armen reich gemacht.

So gesehen wird offenbar: Die derzeitige politische Krise in Deutschland und darüber hinaus ist weit mehr als ein Streit zwischen CDU und CSU, mehr auch als das uneinsichtige Festhalten an der Macht durch eine Kanzlerin, deren Abtreten überfällig ist, und in seinen Folgen weiterreichend über all die

praktisch-politischen Probleme einer unkontrollierten Invasion hinaus. Die Schwierigkeiten, die Deutschland heute und in absehbarer Zukunft bewältigen hat, hätten nie entstehen können ohne den Irrglauben an die Egalität der Menschen, Dinge und Verhältnisse, und da tut es nichts zur Sache, dass dieser Irrglaube von einer vorgeblich bürgerlichen Kanzlerin befördert wurde. Dieser Irrglaube hat als Bestandteil aller politischen Ideologien etwas zutiefst Totalitäres und ist daher schwer auszurotten. Und mit einigen EU-Gipfeln ganz sicher nicht.

Florian Stumfall

Vater-Sohn-Tragödie um den Kurs Russlands

Am 7. Juli 1718 starb Alexej Petrowitsch Romanow in der Gefangenschaft, die sein Vater, Zar Peter I., angeordnet hatte

Zwei Seelen scheinen seit je in der Brust Russlands zu wohnen: So wie es heute anti- und pro-westliche Strömungen gibt, war es schon zu Zeiten der Zaren. Ein tragisches Beispiel dafür ist das Zerwürfnis zwischen Peter dem Großen und seinem Erstgeborenen, das in dessen Ermordung am 7. Juli 1718 mündete.

Zeitlebens gab es Differenzen zwischen Zar Peter I. und seinem Sohn Alexej. Peter war bemüht, Russland aus der Rückständigkeit herauszuführen, es zu modernisieren und zu einer Weltmacht aufzubauen. Auf vielen Reisen hatte Peter, der sich nie für einfache Arbeiten zu schade war, das nötige Wissen kennengelernt und nach Russland gebracht. Er war Europa und der Aufklärung zugewandt, sein Sohn Alexej hingegen stand unter dem Einfluss seiner von Teilen der alten Bojarenkaste und Vertretern der orthodoxen Kirche beeinflussten Mutter Jewdokija Lopuchina, die diese Öffnung Russlands gegenüber Europa ablehnte.

Die frühe Kindheit hatte der am 28. Februar 1690 geborene Zarewitsch in der Obhut seiner Mutter verbracht, doch als Peter diese 1698 wegen deren Verwicklung in den Strelitzenaufstand gegen ihn ins Kloster verbannte, wurde Alexej nach Preobraschenskoje gebracht und von deutschen Lehrern unterrichtet. Nach Beendigung seiner schulischen Ausbildung kam er dort mit Gegnern von Peters Reformpolitik in Berührung. Einer von ihnen war der Geistliche Jakow Ignatjew. Er unterstützte den Zarewitsch dabei, Kontakt mit seiner im Kloster Susdal festgesetzten Mutter zu halten, und schürte in dem Jungen den Hass gegen seinen Vater.

Um Russland aus der Isolation zu führen, aber auch, um Alexej an die westeuropäische Kultur heranzuführen, arrangierte Zar Peter 1707 die Vermählung seines



Peinliches Verhör: Peter der Große (sitzend) nimmt seinen Sohn Alexej ins Gebet

Bild: Gemälde von Nikolaj Ge/Tretjakow Galerie

Sohnes mit Charlotte Christine, Tochter des Herzogs Ludwig Rudolf von Braunschweig-Wolfenbüttel. Am 25. Oktober 1710 fand die Hochzeit in Torgau statt. Die beiden fanden Gefallen aneinander, dennoch verlief die Ehe unglücklich. Die Prinzessin verstand sich gut mit ihrem Schwiegervater, während ihr Gemahl zusehends der Trunksucht verfiel und sie schlug. Als Peter davon erfuhr, stellte er seinen Sohn vor die Wahl, sich entweder zu bessern und sich zu einem würdigen Thronfolger zu entwickeln, oder andernfalls im Kloster eingesperrt zu werden. Charlotte Christine

verstarb bei der Geburt ihres zweiten Kindes 1715 mit nur 21 Jahren.

Peter dem Großen war Alexeys anti-westliche Einstellung ein Dorn im Auge. Er sah seine Reformen in Gefahr. Als Peter den Sohn von der Thronfolge ausschloss, floh dieser 1716 gemeinsam mit seiner Geliebten Jewrosinja nach Wien zu seinem Schwager Karl VI., auf dessen Unterstützung er hoffte. Nach langen Scherereien, Drohungen und Erklärungen gelang es Peters Gesandten schließlich, ihn nach Russland zurückzulockern. Alexej verzichtete zugunsten seines Halbbruders Peter

(Sohn der späteren Katharina I.) auf seine Thronansprüche, gab die Namen einiger Gleichgesinnter preis und hoffte, dass ihm der Rückzug ins Privatleben genehmigt würde. Jewrosinja erzählte in der Gefangenschaft indessen von den Plänen des Zarewitschs, der von der Thronbesteigung nach dem Tod Peters träumte, seiner Angst vor der Stiefmutter Katharina sowie seiner Hoffnung auf einen Aufstand und die Ermordung des Vaters. Nach diesem Beschuldigungen, die Alexej bestätigte, wurde er wegen der Verschwörung gegen seinen Vater angeklagt. In einer extra einberufenen

Sondergerichtsverhandlung mit einem Richtergremium, bestehend aus hohen Würdenträgern, wurde der Zarewitsch am 5. Juli 1718 zum Tode verurteilt. Die Entscheidung über die Vollstreckung überließ das Gericht dem Zaren. Noch bevor Peter sich zu dieser Entscheidung durchgerungen hatte, verstarb Alexej am 7. Juli 1718 in der Peter-und-Paul-Festung, offiziell an einem Herzinfarkt, den er erlitten habe, als er das Urteil vernahm. In der Peter-und-Paul-Festung gefundene Niederschriften legen allerdings nahe, dass Alexej den Folgen der Folter erlegen ist.

Alexej bezahlte mit seinem Leben dafür, dass er sich den Reformen des Vaters widersetzte. Das politische Programm des Zarewitschs sah vor, die zahlreichen Kriege zu beenden, die Armee und die Flotte drastisch zu verkleinern, die Steuern zu senken sowie Moskau wieder zur Hauptstadt des Reichs zu erklären. Jedoch war Alexej nur mäßig begabt, und ihm fehlte die Willensstärke seines Vaters für die Umsetzung seiner Pläne.

Seine Verbündeten hofften indes, mit einem Umsturz die alte Ordnung wiederherstellen zu können. Mit Peters Reformen waren die Vertreter der unterschiedlichsten Stände unzufrieden. Besonders schwer hatte es das einfache Volk, das den Sinn der Reformen nicht verstand und durch die vielen Kriege sowie die endlos erscheinenden Neuerungen ermüdet war. Der Klerus war empört über die Verletzung traditioneller Werte und die totale Kontrolle durch den Staat. Auch waren Vertreter der Elite der neuen Verpflichtungen überdrüssig, die der Kaiser ihnen auferlegt hatte. Die Opposition gegen Peter richtete sich gegen das Tragen deutscher Kleidung, gegen die Bevorzugung von Emporkömmlingen und Fremden. Die Reformen hatten Ressentiments des alten Adels und den Widerstand der Kirche hervorgerufen. Die Unzufriedenheit mündete immer wieder in Aufständen, wie in den Kosakenaufstand 1707/1708, den Baschkirenaustand und die Erhebung der Bauern des mittleren Wolgabereichs 1709/1710.

Die Tragik der Vater-Sohn-Tragödie besteht darin, dass sowohl Peter als auch Alexej im Grunde Europäer waren, doch während Peter sich an der aufgeklärten westlichen Tradition orientierte, hielt sein Sohn an einer vom alten Adel und der orthodoxen Kirche geprägten Lebensstil fest.

Manuela Rosenthal-Kappi

»Einer muss den Bluthund machen!«

Mit Gustav Noske kam vor 150 Jahren der unter Linken bestgehasste Weimarer SPD-Politiker zur Welt

Für die einen ist er ein „Retter Deutschlands“, für die anderen ein „Arbeitverräter“. Gustav Noske polarisiert bis in die Gegenwart, vor allem in seiner eigenen Partei. Dabei verliefen die ersten Jahrzehnte der Vita dieses am 9. Juli 1868 in Brandenburg an der Havel geborenen SPD-Politikers der Kaiserzeit so unspektakulär wie die von unzähligen anderen. Er entstammte der Arbeiterschaft. Sein Vater war Weber und seine Mutter Arbeiterin. Er selber wurde nach dem Besuch der Volks- und Bürgerschule von 1874 bis 1882 Korbmacher. 1884 trat er in die SPD ein, in der er bis 1892 bis zum Vorsitzenden der Partei in Brandenburg aufstieg.

Für ausgewiesene Sozialdemokraten bot das Kaiserreich nicht sonderlich viele berufliche Aufstiegsmöglichkeiten. Neben den SPD-nahen Gewerk- und Genossenschaften sind hier insbesondere die Redaktionen sozialdemokratischer Zeitungen zu nennen. Auch der Korbmacher Noske wurde Journalist. 1892 arbeitete er in der Redaktion des SPD-Blattes seiner Heimatstadt, der „Brandenburger Zeitung“, 1893 wechselte er an die Pregelmetropole zur „Königsberger Volkstribüne“, und 1897 wurde er Chefredakteur der „Volkstribüne“ in Chemnitz.

Als Abgeordneter des Wahlkreises Chemnitz zog Noske 1906 in den Reichstag ein. Dort zeigte sich

seine für einen Sozialdemokraten bemerkenswerte Affinität zum Militär und zu Kolonien. Bereits in seiner ersten Reichstagsrede äußerte er den Wunsch, „dass Deutschland möglichst wehrhaft ist“, und bezeichnete es als „unser verdammte Pflicht und Schuldigkeit ... dafür zu sorgen, dass das deutsche Volk nicht etwa von irgendeinem Volk an die Wand gedrückt wird“. Noch zu Friedenszeiten erschien sein Buch „Kolonialpolitik und Sozialdemokratie“, in dem er sich für koloniale Erdwerbungen aussprach. Nach dem

Ausbruch des Ersten Weltkrieges schrieb er: „So ist denn Krieg im Land. Uns alle beherrscht jetzt nur eine Frage: Wollen wir siegen? Und unsere Antwort lautet: Ja.“

Dies alles macht Noske bei der Linken unbeliebt, doch zum Hassobjekt wird er durch sein ent-

schiedenes Vorgehen gegen die Versuche, die Novemberrevolution in ein Sowjetsystem münden zu lassen. 1918 ließ er sich von dem auch von seiner Partei unterstützten, demokratischen legitimierten kaiserlichen Reichskanzler Max von Baden nach Kiel schick-

ken, um zu verhindern, dass von dort der revolutionäre Funke auf das Reich übergreift. Das gelang Noske zwar nicht, doch tat das seiner politischen Karriere keinen Abbruch. Als ausgewiesener Fachmann für militärische Fragen, der die Nähe zu den Waffentragern

ne zuständige Volksbeauftragte. Bei der Bildung der ersten Weimarer Reichsregierung übernahm er das Reichswehrministerium. Mit den berühmten Worten „Meinetwegen! Einer muss den Bluthund machen! Ich scheue die Verantwortung nicht!“ übernahm er die Verantwortung für die militärische Verteidigung der parlamentarischen Demokratie gegen links.

Der enge Kontakt zu den Freikorps und den alten militärischen Eliten, die ihm beim Spartakusaufstand, den Berliner Märzämpfen und diversen lokalen Aufständen halfen, wurde ihm schließlich zum Verhängnis. Als seine Verbündeten selber 1920 putschten, wurde das von seinen Parteifreunden nicht zuletzt ihm vorgeworfen. Er sei zu nachsichtig, blauäugig, auf dem rechten Auge blind gewesen, habe sich täuschen lassen, statt dem Lüttwitz-Kapp-Putsch vorzubeugen. Nach dem Scheitern des Putsches verlor Noske nicht nur seinen Ministerposten, sondern wurde von seiner Partei auch nicht mehr als Kandidat für den Reichstag aufgestellt. Er wurde politisch kaltgestellt und auf den Posten des Oberpräsidenten der preußischen Provinz Hannover abgeschoben, wo er den Rest der Weimarer Republik verblieb. Politisch trat Noske in der Weimarer Zeit nicht mehr hervor, abgesehen davon, dass er nach



Mit seinem Freund Friedrich Ebert (2.v.r.) beim Baden in der Ostsee: Gustav Noske (3.v.r., stehend)

Bild: Bundesarchiv, Bild 146-1987-076-13 / Wilhelm Steffen / CC-BY-SA 3.0

dem Tode Eberts 1925 im Gegensatz zu seiner Partei nicht etwa den Zivilisten und Volksblockkandidaten Wilhelm Marx, sondern den Generalfeldmarschall und Reichsblockkandidaten Paul von Hindenburg bei den Präsidentschaftswahlen unterstützte. Im sogenannten Jahr der Machtergreifung wurde der rechte Sozialdemokrat erst beurlaubt und nach der Vollendung des 65. Lebensjahres entlassen. Noske hielt Kontakt zu vormaligen Genossen und stellte sich 1943 für den Fall eines Staatsstreichs als sogenannter Politischer Beauftragter im Wehrkreis IX (Kassel), in dem er seit 1933 wohnte, zur Verfügung. Nach dem Scheitern des Umsturzversuches vom 20. Juli 1944 wurde Noske verhaftet. Zu einer Verhandlung vor dem und Verurteilung durch den Volksgerichtshof kam es nicht mehr. Am 25. April 1945 wurde er aus dem Berliner Zellengefängnis Lehrter Straße entlassen.

Seine Ablehnung des Sowjetsystems verband ihn zwar mit dem neuen starken Mann in seiner westdeutschen Heimat, doch legte Kurt Schumacher auf seine Rückkehr auf die politische Bühne keinen Wert. Noske stand bei Kriegsende immerhin bereits im 77. Lebensjahr. Am 30. November 1946 erlag Gustav Noske in Hannover einem Schlaganfall.

Manuel Ruoff

Die »Puppenmutter der Nation«

Käthe Kruse schuf Puppen als kleine Persönlichkeiten

Käthe Kruse schuf Puppen, die mehr als ein Spielzeug waren: lebensechte Wesen, die wie Kinder aussahen. Sie sollten in kleinen Mädchen die Mutterliebe wecken. Die Künstlerin und Unternehmerin starb am 19. Juli 1968, vor 50 Jahren.

Der Monte Verità, eine Aussteiger-Kolonie bei Ascona, bot Katharina Simon und ihrer unehe-lichen Tochter Maria Zuflucht. Die junge Schauspielerin hatte Berlin verlassen müssen. Ihr Lebensge- fährte, der Bildhauer Max Kruse, war Marias Vater. Als er plötzlich keine Aufträge mehr erhielt, glaubte er den Grund zu kennen. Die Berliner Gesellschaft missbil- digte die Liaison des über 50-Jäh- rigen mit der erst 17 Jahre alten Kä- the. Die Geliebte, nun schon ein zweites Mal schwanger, musste von der Bildfläche verschwinden. Sie fügte sich und reiste 1904 ins Tessin.

Auf dem 321 Meter hohen „Berg der Wahrheit“ führten Künstler, Naturfreaks und Verächter aller bürgerlichen Zwänge ein alternat- ives Leben. Viele trugen lange Haare, liefen im Sommer nackt und im Winter in selbstgewebten wallenden Gewändern herum. Freie Liebe gehörte zur Gruppen- dynamik. Käthe malte und kochte Marmelade. Gelegentlich kam Kruse vorbei. Wohlgefühl hat er sich dort anscheinend nicht. Er meinte, „unter Urwaldmenschen“ zu sein.

Die kleine Maria, Mimerle ge- nannt, wünschte sich zum Weih- nachtsfest eine Puppe. Kruse soll- te sie in Berlin kaufen. Die Puppen mit ihren kalten, starren Porzel- lanköpfen im Kaufhaus Tietz ge- fielen ihm nicht. Er schrieb an Kä- the: „Ick koof euch keene Puppen. Ick find se schießlich. Macht euch selber welche.“

Käthe nähte für Maria eine Pup- pe. Die Urahne aller Käthe-Kruse- Puppen, das „Sandbaby“, hatte ei- nen Kopf aus einer Kartoffel. Den Bauch aus einem Stück Tuch füllte sie kugelig rund mit Sand. Maria war begeistert. Aber das Puppen- kind alterte rasant. Die Kartoffel

schrumpelte, begann zu stinken, und aus einem Loch im Bauch rie- selte der Sand. So schwand sie da- hin. Maria weinte.

Katharina Simon, genannt Kä- the, wurde 1883 als uneheliches Kind in Breslau geboren, sie wuchs in ärmlichen Verhältnissen auf. Ihr Traum, als Schauspielerin auf der Bühne zu stehen, ging in

Stoffen, Drahtgeflecht für den Torso und kam ihrer Vision lang- sam näher. Die Puppenmacherin war inspiriert vom Geist der Re- formpädagogik, die das Kind als kleine Persönlichkeit betrachtete, in dessen Entwicklung die Mutter die wichtigste Rolle spielte. Käthes Puppen sollten im Arm liegen wie ein Baby, der Körper ein bisschen

Frankfurt und Breslau und erhielt überall Preise. Aufträge des Spiel- zeugfabrikanten FAO Schwarz in New York zunächst über 150, dann über 500 Puppen konnte sie nicht mehr allein bewältigen. Die Fami- lie verließ Berlin und zog nach Bad Kösen in Sachsen-Anhalt. Ei- ne Werkstatt mit Näherinnen, Mo- delleuren und Malern fertigte die

bende Eltern konnten diesen Wunsch erfüllen. Die Künstlerin konnte nicht verhindern, dass die Konkurrenz ihre Puppen nach- ahmte und billig verkaufte. Als die Nürnberger Firma Bing ganz offen mit „Imitationen von Käthe-Kruse- Puppen“ warb, klagte sie. Bing mit über 500 Mitarbeitern galt in den 20er Jahren als größter Spielwa-

nach. Nur die Hand kann erzeu- gen, was durch die Hand wieder zum Herzen geht.“ Das Unterneh- men expandierte. Ab 1916 entwarf die Chefin Mini-Puppen für Pup- penstuben und Puppenkleidung. Ihre Schaufensterpuppen standen in den feinsten Modegeschäften der europäischen Hauptstädte.

Bei aller Herzenswärme erhiel- ten die Puppenmodelle neben Na- men auch Nummern, wie das seit 1922 hergestellte „Schlenkerchen“ (Nummer II), das „Träumerchen“ von 1925 (Puppe V) und „Du Mein“ (Puppe VI, 1928). Die erste Puppe mit echtem frisierbarem Haar, Puppe VIII, das „Deutsche Kind“ (1928) genannt, hatte die Gesichtszüge von Friedebald. Der reizende Fratze mit dem Locken- kopf stand auch für ein unpassen- des Mitglied der Puppenfamilie Pate, als Puppenjunge in SS-Uni- form. Kruse wird von Zeitgenos- sen als unpolitische Frau beschrie- ben. Ihr ging es um den Erhalt ih- res Lebenswerks wie anderen Unternehmern dieser Zeit auch. Friedebald kehrte aus dem Krieg nicht zurück.

Bis 1950 blieb die Produktion in Bad Kösen bestehen. Als die Ent- eignung drohte, ging Kruse in den Westen nach Donauwörth und baute hier mithilfe ihrer Kinder ei- ne neue Manufaktur auf. Viele ih- rer Mitarbeiter blieben zurück, und die Produktion ging dort wei- ter. Der Fortgang Kruses hinderte die DDR nicht daran, diese Pro- dukte als Käthe-Kruse-Puppen zu vermarkten. Sie trugen auf der Sohle des linken Fußes die Buch- staben VEB für Volkseigener Be- trieb. In ihrem westdeutschen ei- genen Unternehmen war die Pup- penmacherin noch als Seniorin aktiv. Sie starb kurz vor ihrem 85. Geburtstag in Murnau. Ihre Tochter Hanne Adler-Kruse wurde ihre Nachfolgerin. 2013 übernahm die Schweizer Hape Holding die Käthe Kruse Produktions- und Vertriebs-GmbH. Seltene antike Puppen erzielen heute enorme Preise. Das „Träumerchen“ ging für 24 000 Euro in eine Sammlung, das „Schielböckchen“ für 40 000 Euro. Klaus J. Groth



Im Kreise ihrer Puppen: Käthe Kruse

Bild: Imago

Erfüllung. Sie wurde festes Mit- glied im Ensemble des Lessingthe- aters. In der Berliner Künstlersze- ne lernte sie den arrivierten Max Kruse kennen. Fünf Jahre lang pflegte das Paar eine Fernbezie- hung, er in Berlin, sie im Tessin.

Käthe, immer noch Simon, ex- perimentierte mit Nesselstoff, Pappmaché und Rehhaar zum

schwer, weich und anschnieg- sam, Arme und Beine beweglich.

1909 heirateten Käthe und Max Kruse. Das Kaufhaus Tietz zeigte 1910 eine Ausstellung mit Käthe- Kruse-Puppen. Eine Zeitung nannte die kleine Gesellschaft be- geistert das „Ei des Kolumbus“. Die Puppenmacherin reiste zu, Ausstellungen nach Florenz,

Puppen nach Entwürfen der Künstlerin. Vorbilder gab es ge- nug. Käthe Kruse bekam sieben Kinder, Maria, Sofie, Hanne, Mi- chael, Jochen, Friedebald und Max.

Als „Puppenmutter der Nation“ wurde sie berühmt. Jedes Mäd- chen wünschte sich eine Käthe- Kruse-Puppe, aber nur wohlha-

renhersteller der Welt. Nach ei- nem fünf Jahre dauernden Rechts- streit gewann Käthe Kruse in letz- ter Instanz. Zum ersten Mal sprach ein Gericht 1925 einem Spielzeug Urheberrecht zu.

Käthe Kruse lehnte eine indu- strielle Fertigung ab. Sie blieb bei der Handarbeit, getreu ihrem Mo- to „Die Hand geht dem Herzen

Noch in sechs Kilometer Entfernung barsten Scheiben

Vor 50 Jahren ereignete sich in Bitterfeld einer der schwersten Chemieunfälle Europas mit 42 Toten und über 200 Verletzten

Der marode Zustand der In- dustrieanlagen in der DDR führte immer wieder zu dramatischen Havarien. Eine da- von ereignete sich vor einem hal- ben Jahrhundert in Bitterfeld. Sie zählt bis heute zu den schwersten Chemieunfällen in der Geschichte Europas.

In der DDR war der Plan Gesetz – seine konsequente Erfüllung ran- gierte in aller Regel vor Sicher- heits- und Umweltschutzbelangen. Gleichzeitig fehlte Geld und Mate- rial für die Instandhaltung der In- dustrieanlagen, weshalb diese per- manent auf Verschleiß gefahren wurden. Das stieß zwar auf vielfa- che Kritik, darunter sogar von Sei- ten der Staatssicherheit, doch de- ren Warnungen verhalten genauso wirkungslos wie die der Arbeiter. Es musste produziert werden, koste es, was es wolle.

Das galt auch für das Elektroche- mische Kombinat Bitterfeld (EKB), das zu den Grundpfeilern der DDR-Chemieindustrie gehörte und dessen Bedeutung in dem Maße zunahm, wie sich der Ost-West- Konflikt verschärfte und die SED- Führung auf wirtschaftliche Ab- grenzung vom Westen setzte. Mitte der 1960er Jahre arbeiteten im EKB auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Sachsen-Anhalt des-

halb um die 14 000 Menschen, vie- le davon im volkswirtschaftlich be- sonders wichtigen Kunststoffwerk.

Dort wurden unter anderem 40 000 Tonnen Polyvinylchlorid (PVC) pro Jahr produziert, aus dem man seinerzeit Fußbodenbeläge, Rohrleitungen und diverse Kon- sumgüter herstellte. Als Ausgangs- material diente das narkotisieren- de und in hoher Konzentration ex- plosive Vinylchlorid (VC). Obwohl der Umgang mit dem Gefahrstoff hohe Anforderungen an die Si- cherheit stellte, befanden sich die zwölf Autoklaven der Roll-Reaktoren, in denen das Gas zur Verar- beitung kam, in einem miserablen Zustand. Beispielsweise hatte man mangels anderen Materials Papp- Dichtungen in die Zuleitungen der Druckbehälter eingebaut, die ihren Zweck nur sehr mangelhaft erfül- len. Deshalb trat immer wieder VC aus, was dazu führte, dass die be- treffenden Autoklaven notentleert werden mussten.

So auch in der Frühschicht des 11. Juli 1968. Um defekte Dichtun- gen an einem bereits mit vier Ton- nen Vinylchlorid befüllten Behäl- ter auszutauschen, ließen die Ar- beiter das Gas in die Umgebungs- luft entweichen, was extrem ge- sundheitsschädlich und riskant, aber durchaus üblich war. Wäh-

rend dieses Prozesses erfolgte der Schichtwechsel. Aufgrund der Ur- laubszeit halfen damals viele Schüler und Rentner in der Pro- duktion aus. Deshalb bestand die Spätschicht aus weniger quali- fizierten Arbeitern. Einer davon ge-

14.02 Uhr – erschütterte eine ge- waltige Detonation das EKB sowie ganz Bitterfeld und die umliegen- den Orte. Noch im sechs Kilometer entfernten Muldenstein barsten Fensterscheiben. Anschließend stieg eine atompilzähnliche



Vor der Katstrophe, am 24. Oktober 1957: EKB

riet dann wohl in Panik, weil der Druck in dem undichten Autokla- ven anstieg, und öffnete ein weite- res Ablassventil. Dadurch strömte das Vinylchlorid in nunmehr ex- plosiver Konzentration ins Freie und breitete sich über das Werks- gelände aus. Kurz darauf – um

Rauchwolke über der Unglücks- stelle auf.

42 der 57 Arbeiter in der Auto- klavenhalle, in der die Trümmer nun fünf Meter hoch lagen, waren auf der Stelle tot, der Rest erlitt schwere Verletzungen – so wie auch rund 250 andere Beschäftigte

des Werkes. Der direkte Sachscha- den lag bei 120 Millionen Mark, der indirekte durch Produktions- ausfälle und hierdurch nötig ge- wordene Importe aus dem nichtso- zialistischen Wirtschaftsgebiet so- gar bei einer Milliarde. Und dabei hatte man letztlich noch Glück im Unglück gehabt. Wenn der junge Arbeiter Peter Krüger aus der 500 Meter entfernten Schlagpres- se- und einige Feuerwehrleute nicht unter akuter Lebensgefahr für die sichere Entleerung der anderen Autoklaven gesorgt hätten, wäre vermutlich ganz Bitterfeld zerstört worden.

Als Konsequenz aus der schwe- ren Havarie verschärfte die DDR zahlreiche Bestimmungen des Ar- beits- und Brandschutzes auf zum Teil rigorose Weise, was nach vor- ausgegangenen Katastrophen wie der Grubengasexplosion vom 22. Februar 1960 im Zwickauer Steinkohlenbergwerk „Karl Marx“ mit 123 Toten sowie dem Feuerin- ferno am Bahnübergang in Lan- genweddingen, bei dem am 6. Juli 1967 ein Tanklastenfolge des Versagens einer Schranke mit dem Personenzug von Magdeburg nach Thale kollidierte, wodurch 44 Kin- der und 50 Erwachsene verbrann- ten, noch nicht der Fall gewesen war.

Die gesetzgeberische Kampagne nach dem Chemieunglück von Bit- terfeld brachte bis 1971 zehn neue Verordnungen sowie auch ein Lan- deskulturgesetz hervor, das für hö- here Standards im Natur- und Um- weltschutz sorgen sollte. Letztlich änderte das aber nichts an der systembedingten riskanten Pro- duktionsweise in Bitterfeld und anders- wo in der DDR-Industrie. Trotz der Katastrophe von 1968 erhielt das im Folgejahr aus der Fusion des un- zerstückt gebliebenen Teils des EKB mit der Farbenfabrik Wolfen her- vorgegangene Chemiekombinat Bitterfeld (CKB) keine ausreichen- den Mittel zur Modernisierung sei- ner teilweise extrem verschlissenen und umweltverpestenden Anlagen. Dadurch mutierte Bitterfeld bald zur „dreckigsten Stadt Europas“.

Die als Folge der Katastrophe er- lassenen neuen Sicherheitsvor- schriften brachten wenig, da sie zwar streng waren, aber nicht streng befolgt wurden. Die abneh- mende Motivation der Beschäftig- ten in der DDR führte zu Schlamperei und Ignoranz. Deshalb kam es auch in der Folgezeit immer wieder zu schweren Unfällen. Im letzten Kalenderjahr vor der soge- nannten Wende waren es 3899, 31 Menschen verloren dabei ihr Leben. Wolfgang Kaufmann



MELDUNGEN

Lyck mit neuem Strandbad

Lyck – Ende Juni wurde in Lyck rechtzeitig zum Beginn der Badesaison ein neues Strandbad eröffnet, dessen moderne Einrichtung mit Freibad, Sportplätzen, Duschen, Stellplätzen für Wohnwagen wie Anglerstellen aufwartet. In der Nähe des Strandbades gibt es auch feste und schwimmende Wasserstege. Das alte Strandbad an der Parkowej-Straße, das für die touristischen Bedürfnisse zu klein geworden war, wird weiter für musikalische Veranstaltungen genutzt. Das neue Strandbad an der Jeziorna-Straße im Neubaugebiet des eingemeindeten Stadtteils Walden wird unter anderem Sportveranstaltungen dienen. Neben den Sanitäreinrichtungen gibt es auch Fahrrad-Ständer, Bänke und Informations-Tafeln. PAZ

Weniger Schüler erwartet

Königsberg – Zum Schuljahresende gab der neue Königsberger Bürgermeister Alexej Silanow bekannt, dass in den kommenden sechs Jahren mit einem deutlichen Rückgang der Schülerzahlen an den allgemeinbildenden Schulen der Stadt zu rechnen sei. Zurzeit seien noch 54 000 Schüler registriert, was einer durchschnittlich guten Auslastung der Schulen entspreche, in sechs Jahren werde es aber zu einem Einbruch der Schülerzahlen infolge der demografischen Entwicklung kommen. MRK

Saisonauftritt mit Königin Luise

Drei Tage Feiern in Cranz – Das Seebad ist bei Russen der beliebteste Ferienort an der Ostsee

Erstmals wurde die Badesaison in Cranz mit einer großen Feier eröffnet. Unter dem Motto „Cranz ist die Hauptstadt der russischen Ostsee“ wurde drei Tage lang ausgiebig gefeiert.

Die angereisten Badegäste erwarteten anlässlich der Saisonöffnung zahlreiche Attraktionen. Über die Promenade defilierte „Königin Luise“, begleitet von „Adligen“, auf dem Wasser wurden Theateraufführungen unter Beteiligung von Neptun dargeboten, Taucher und Surfer zeigten ihr Können. Zum Fest in Cranz waren auch Dutzende Motorradfahrer gekommen, und die sportlicheren Gäste konnten sich am Triathlon „Supersprint Amberman“ beteiligen. Höhepunkt des Fests war jedoch die Einweihung neuer Kunstobjekte: ein hölzernes „Zeitraum“ und eine Skulpturenkomposition einer „Nixe“ waren neben der „Windrose“ eingerichtet worden.

Zum Saisonauftritt wurde im Westen der Stadt auch der erste Campingplatz an der nordostpreußischen Küste eröffnet. Dort gibt es unzählige kleine Hütten, die mit moderner Haushaltstechnik ausgestattet sind. Jedes dieser Ferienhäuser ist von einer Grünfläche umgeben. Sie werden vor allem für Familien mit Kindern angepriesen. Die Häuser sind für sechs Personen ausgelegt, es gibt eine Küche, einen Wohnbereich und zwei Schlafzimmer. Es ist der erste Versuch, im Königsberger Gebiet Camping-Urlaub anzubieten. Die Lage ist günstig: In nur



Immer wieder gerne gesehen: Eine Darstellerin der Königin Luise beim Cranzer Stadtfest Bild: J.T.

200 Metern Entfernung befindet sich der breiteste Strandabschnitt des Seebads Cranz und in unmittelbarer Nähe des Campingplatzes gibt es einen Parkplatz.

Weil in den vergangenen Jahren die Zahl der tragischen Todesfälle von Badegästen zugenommen hat, wurden zu Beginn der diesjährigen Badesaison entlang der Strandabschnitte drei Schulbusse als Rettungsstationen eingerichtet. Je einer ist in den Orten Strobjehnen [Kulikowo] und Lesnoj stationiert, und der dritte dient als Reserve. In Cranz selbst

gibt es vier Rettungsstationen. Eine zusätzliche Maßnahme, um die Sicherheit der Schwimmer zu gewährleisten, sind an Tauen be-

Erster Campingplatz am Strand eröffnet

festigte Bojen, an denen die Badegäste sich festhalten können, sollten sie von der Strömung mitgerissen werden. Diese einfache, aber wirkungsvolle Maßnahme hat man aus der Vorkriegsge-

schichte des Seebads übernommen.

Während der Festtage fand auch die offizielle Eröffnung des städtischen Stadions nach einer gründlichen Modernisierung statt. Unmittelbar danach starteten auch die ersten Sportveranstaltungen.

Das Veranstaltungsprogramm erhielt die Bezeichnung „Kulturraum Cranz“. Auf der Kurpromenade traten Straßenmusikanten auf, während auf dem Königin-Luise-Platz die Sommerbibliothek eröffnet wurde und im Heimatmuseum Kurse in Malerei und

Bildhauerei angeboten wurden. Die Feier endete mit einem fulminanten Feuerwerk und einer Feuervorführung, die am Strand in der Nähe der Windrose stattfand.

Es ist erwähnenswert, dass Cranz in diesem Jahr in die Liste der besten Gemeinden des Landes aufgenommen wurde und die Stadt zu den Gewinnern im Wettbewerb um das beste Projekt zur Bildung einer komfortablen städtischen Infrastruktur in kleinen Städten und historischen Siedlungen zählte. Dieser Wettbewerb war auf Initiative des russischen Bauministeriums ausgelobt worden. Das Königsberger Gebiet war in der Kategorie „kleine Städte“ mit einer Einwohnerzahl von bis zu 100 000 Einwohnern durch die Städte Gumbinnen, Neuhausen, Cranz, Tilsit und Rauschen vertreten.

Cranz hatte ein Konzept für die Verbesserung des zentralen Teils der Stadt entwickelt, einschließlich des Bahnhofs, des zentralen Platzes und der Königsberger Straße [Leninstraße]. Für die Verwirklichung der Pläne erhält der Kurort nun umgerechnet rund 680 000 Euro. Übrigens gehörte Cranz dieses Jahr zu den fünf Kleinstädten, in denen die meisten Russen während der langen Märzferien ihren Urlaub verbracht haben.

Die Saisonöffnung war gleichsam auch das erste Wochenende, an dem neben russischen Gästen auch viele von außerhalb der Russischen Föderation gekommen waren, die schon vor dem Beginn der Fußball-Weltmeisterschaft ange-reist waren. Jurij Tschernyschew

Tag der nationalen und ethnischen Minderheiten

Die Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit veranstaltete am Dirschausee ihr diesjähriges Fest

Anfang Juni hat die Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit bereits zum 27. Mal den Tag der nationalen und ethnischen Minderheiten veranstaltet. Genauso wie in den letzten Jahren wurde für die Feierlichkeiten ein einzigartiger Ort gewählt – die Kosakensiedlung Ataman, die in einer wunderschönen Umgebung am Dirschausee gelegen ist. Nicht ohne Bedeutung für die Organisatoren war die Tatsache, dass die Besitzer der Kosakenniederlassung, Justyna Mozol-Kuper und Włodzimierz Kuper, eine sehr gelungene Zusammenarbeit mit nationalen Minderheiten verkörpern. Die Eheleute sind nämlich Vertreter der lemkschen und der ukrainischen Minderheit. Deswegen ist es beinahe zur Tradition geworden, dass sie Jahr für Jahr Gastgeber des Festes sind und dass ihr zu einer kosakischen Staniza stilisierter Treffpunkt und zugleich Unterhaltungsort eine wunderschöne Atmosphäre vermittelt und alle Gäste einfach verzaubert.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen die Musikauftritte der eingeladenen Minderheitengruppen, die ihr Können auf einer großen Bühne zeigten. Für die Musik sorgten hauptsächlich die jugendlichen Mitglieder der

ukrainischen Minderheitengruppe des Ensembles Harazd sowie die litauische Tanz- und Gesangsgruppe Seina, die beim Litauischen Haus in Seine tätig ist. Während die Ukrainer dem Publikum mit energetischen Klängen von Folk-Rock viel Vergnügen bereiten, unterhielten die litauischen Künstler die Teilnehmer des Festes mit ihren Volkstänzen und Gesängen, die von Instrumentalmusik begleitet wurden. Den kulturellen Teil des Festes bereicherten auch andere Gruppen, die verschiedene Minderheiten vertraten. Das waren unter anderem die deutsche Gruppe Companieros aus Oppeln oder die Tanz- und Gesangsgruppe Ermland. Zu sehen auf der Bühne waren auch die Tanzgruppe Saga aus Bartenstein, die in ostpreußischen Trachten auftrat, die Gruppe Wodohraj der ukrainischen Schule in Bartenstein, die Kindergruppe Roma von der Grundschule Nr. 2 in Allenstein und der Chor der Neidenburger Gesellschaft der Deutschen Minderheit.

Abgesehen von den Bühnenauftritten waren auch Zelte aufgestellt, in denen verschiedene Minderheitengruppen ihre Informationsstände hatten. Dank der präsentierten Publikationen und



Engagierter Nachwuchs: Auftritt einer Tanzgruppe Bild: D.K.

Flugblätter konnte man sich mit der Tätigkeit der einzelnen Organisationen vertraut machen. Manche von ihnen stellten ihre Trachten, Bilder, Handwerksarbeiten vor, sodass man vieles hautnah zum Anfassen erleben und neue Erfahrungen durch das Ausprobieren von leckeren Regionalgerichten gewinnen konnte.

Es stellt sich die Frage, was man mit solch einem Tag, an dem mehrere Minderheitengruppen zusammenkommen, zu erzielen beabsichtigt. Es geht vor allem darum, die Integration

der Minderheiten voranzubringen, was in der gegenseitigen Unterstützung und Kooperationsbereitschaft münden soll. Die Darstellung des kulturellen Schaffens, der gemeinsame ökumenische Gottesdienst, der Informations- und Erfahrungsaustausch, die Begegnungen von Aktivisten regionaler Minderheiten mit allen Gästen, Gespräche über die aktuellen Fragen in der regionalen Minderheitenpolitik machen den Tag der nationalen und ethnischen Minderheiten zu einem einzigartigen Ereignis, das

schon längst in der ganzen Woiwodschaft auf große Resonanz stößt, wovon die steigenden Besucherzahlen zeugen.

Besonders erfreulich war die Anwesenheit zahlreicher Vertreter lokaler Behörden. Es erschienen unter anderem der stellvertretende Oberbürgermeister der Stadt Allenstein Ryszard Kuc, die Sejmabgeordnete Urszula Pas-lawska, der Honorarkonsul der Bundesrepublik in Allenstein Wojciech Wrzecionkowski, der Beauftragte des Marschalls der Woiwodschaft Ermland-Masuren für nationale und ethnische Minderheiten, Wiktor Marek Leyk, und der Vorsitzende der Stadtgemeinschaft Allenstein, Gottfried Hufenbach. In ihren Reden zur Eröffnung des Festes betonten sie einstimmig, dass die kulturelle Vielfalt von Ostpreußen einzigartig und nicht zu unterschätzen sei. Jahrhunderte der komplizierten Geschichte sowie zahlreiche menschliche Schicksale von hervorragenden Persönlichkeiten hätten dazu geführt, dass auf diesem Gebiet so viele Minderheiten, so viele Menschen unterschiedlicher Glaubensrichtungen und reicher Kulturen miteinander friedlich auskämen.

Es sei an der Zeit, das kulturelle Mosaik von Ostpreußen weiter zu pflegen, wozu die Durchführung des Festes der nationalen und ethnischen Minderheiten in Allenstein einen wichtigen Beitrag leiste.

Zweifelsohne ist der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit das Wohlergehen der Minderheiten eine Herzenssache. Seit 27 Jahren verfolgt sie die Mission, die nationale Identität von unterschiedlichen Minoritätengruppen zu stärken sowie sich für die kulturelle Differenzierung des südlichen Ostpreußens zu engagieren. An dieser Stelle muss man erwähnen, dass das jährlich wiederholte Projekt ohne finanzielle Förderung des polnischen Ministeriums für Inneres und Verwaltung, der Kommunalverwaltung der Stadt Allenstein sowie des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen nicht zustande gekommen wäre. Das ist ein Hinweis darauf, dass die Behörden sowohl auf der lokalen als auch auf der staatlichen Ebene die Entwicklung von Minderheiten begünstigen und bei der Umsetzung ihrer Unternehmungen behilflich sind.

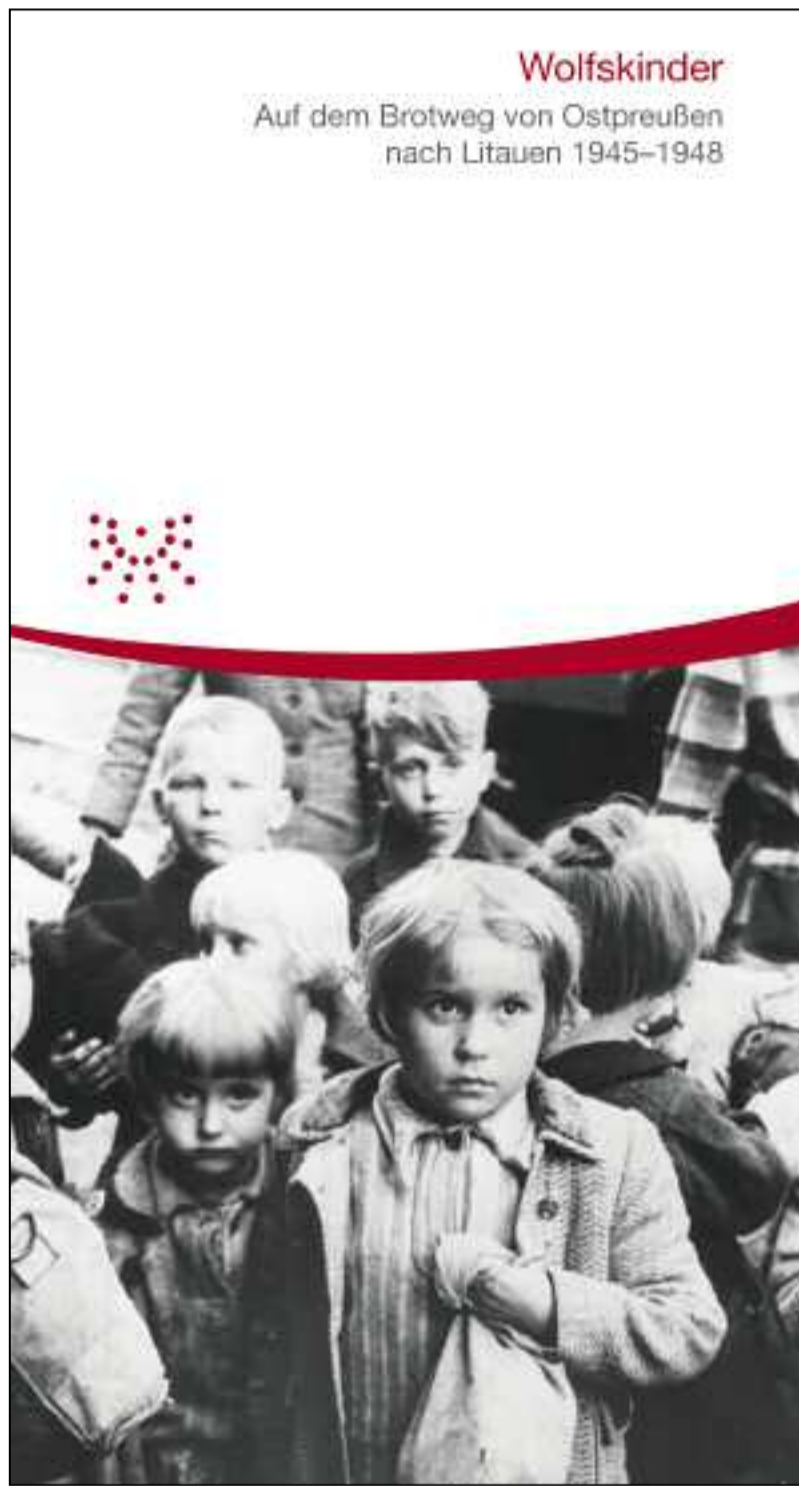
Dawid Kazanski

Auf dem Brotweg

Wolfskinderausstellung in Brandenburg

Die Ausstellung besteht aus 22 mobilen Ständen und zehn Video-Monitoren. Basierend auf authentische Berichte ehemaliger „Wolfskinder“ und ergänzt durch Familienfotos und Dokumente, werden geschichtliche Er-

eignisse in Ostpreußen dargestellt. Die Ausstellung ist noch bis Donnerstag, 27. September, im Foyer des Landtages Brandenburg zu sehen. Alter Markt 1, 14467 Potsdam, Öffnungszeiten: Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr.



Schicksal der Wolfskinder

Der Brandenburger Landtag zeigt im Foyer eine litauische Ausstellung

Zur Eröffnung der Ausstellung „Wolfskinder. Auf dem Brotweg von Ostpreußen nach Litauen 1945-1948“ sprach der litauische Botschafter in Deutschland S.E. Darius Jonas Semaška folgendes Grußwort:

Die Geschichte von Wolfskindern gehört zu einem der tragischsten Kapitel des 20. Jahrhunderts. Sie verkörpert die Schrecken des Zweiten Weltkrieges und ist zu dem Inbegriff der totalitären Terrorherrschaft geworden. Es ist deshalb wichtig, die Erinnerung an die Schicksale der ehemaligen Wolfskinder wach zu halten und sie als Mahnung an die künftigen Generationen weiterzugeben.

Ich freue mich sehr, dass die heutige Ausstellung in dem mit der Geschichte Preußens eng verbundenen Landtag Brandenburg eröffnet wird. Es ist zu begrüßen, dass das Thema Wolfskinder immer stärker in dem Bewusstsein der Menschen verankert wird. Davon zeugt auch die Tatsache, dass der litauische Schriftsteller Alvydas Šlepikas für seinen den Wolfskindern gewidmeten Roman „Mein Name ist Maryt“ in diesem Jahr mit dem renommierten Georg Dehio-Buchpreis ausgezeichnet wird.

Wie schmerzvoll das auch sein mag, aber das Schicksal von Wolfskindern steht auch stellvertretend für den Untergang Ostpreußens und den Abriss direkter Nachbarschaft zwischen den Litauern und den Deutschen. Nicht jedem ist zum Beispiel bekannt, dass die Litauer und die Deutschen rund 700 Jahre lang eine gemeinsame Grenze hatten. Das meist gute nachbarschaftliche Verhältnis zeigte sich nicht zuletzt darin, dass diese Grenze fast 500 Jahre unverändert bestehen blieb und damit zu den ältesten und stabilsten Grenzen in ganz Europa zählte.

Der Zweite Weltkrieg bedeutete eine schmerzliche Zäsur in unserem Zusammenleben als Nachbarn. Während Litauen durch die Sowjetunion besetzt wurde, ist aus dem ehemaligen Ostpreußen das Kaliningrader Gebiet geworden.

Das Ende des Krieges brachte in den von uns bewohnten Teil Europas weder Frieden noch Freiheit. Ganz im Gegenteil: die brutale Verfolgung Andersdenkender, willkürliche Hinrichtungen und Deportationen von unschuldigen Menschen zählten in Litauen zum Alltag der Nachkriegsjahre unter sowjetischer Herrschaft.

Nicht zu vergessen ist auch, dass bis zu 14 Millionen Deutsche unter anderem aus Ostpreußen ab 1945 ihre Heimat verlassen mussten. Auch etwa 80 000 litauische Bürger haben die Zuflucht im damals zerstörten Deutschland gefunden. Wir sind bis heute dankbar für die Menschlichkeit und Anteilnahme, die unseren Menschen damals hierzulande erwiesen wurde.

Mit der Bundesrepublik Deutschland sind wir auch bis heute in tiefer Dankbarkeit verbunden für ihre konsequente und standhafte Haltung zur litauischen Souveränität. Die im Jahre 1940 erfolgte militärische Besatzung und spätere Annexion der Baltischen Staaten durch die Sowjetunion wurde von Deutschland de jure nie anerkannt. Diese weitsichtige Entscheidung hat auch in den dunkelsten Stunden sowjetischer Herrschaft unseren Freiheitsgeist befeuert und letztendlich zu der Wiedererlangung unserer Unabhängigkeit vor rund 28 Jahren beigetragen.

Ja, es gab in unseren Beziehungen verschiedene, auch dunkle Perioden, aber ohne Zweifel kann ich behaupten, dass in dieser langen gemeinsamen Vergangenheit die positiven Elemente deutlich überwiegen.

Wir erinnern uns in Litauen gerne daran, dass in den deutschen Gebieten jenseits der Memel im 16. Jahrhundert das erste litauische Buch gedruckt wurde. Dort wurde zum ersten Mal die Bibel ins Litauische übersetzt und die erste Grammatik der litauischen Sprache verfasst. In Königsberg wurde auch das erste klassische Werk der litauischen schreibenden Literatur geschrieben, das Poem „Die Jahreszeiten“ von Kristijonas Donelaitis.

Es gibt unheimlich viele interessante und nennenswerte Beispiele unseres Zusammenlebens als Nachbarn. Aber das Wichtigste, womit ich persönlich heute den Begriff Ostpreußen verbinde, ist der Freiheitsgeist dieses Landstriches. Denn dort erschienen während des zaristischen Presseverbots in Litauen im 19. Jahrhundert die ersten litauischen Volkszeitungen. Damals wurden in Ostpreußen massenweise auch Bücher, Zeitschriften und Broschüren in litauischer Sprache gedruckt und von den sogenannten Bücherträgern unter Lebensgefahr über die Grenze nach Litauen geschmuggelt.

Man kann also ohne Weiteres behaupten, dass Ostpreußen einen wichtigen Beitrag zur Wiederbelebung der litauischen Sprache und zur Stärkung unserer nationalen Identität geleistet hat. Und wohin das geführt hat, ist uns in diesen Tagen bewusster denn je. Denn Litauen feiert in diesem Jahr den 100. Jahrestag seit der Wiederherstellung seiner Staatlichkeit. Der Unabhängigkeitsbeschluss des Litauischen Rates vom 16. Februar 1918 steht sinnbildlich für den Wunsch des litauischen Volkes nach Freiheit und Selbstbestimmung.

Es ist daran zu erinnern, dass Deutschland damals das erste Land war, das die Unabhängigkeit Litauens völkerrechtlich anerkannte. Es spielte auch eine be-

deutende Rolle bei der Konsolidierung der jungen litauischen Republik. Wenn man den Bogen zu der heutigen Zeit spannt, wird man eindeutige Parallelen feststellen: Wie vor 100 Jahren bei der Wiederherstellung der Unabhängigkeit, so steht auch heute Deutschland ganz vorne bei der Verteidigung der litauischen Souveränität. Damals half es, uns vor den Angriffen der Roten Armee zu schützen. Heute spielt Deutschland eine zentrale Rolle im Rahmen der verstärkten Vorpräsenz der NATO. Die nun seit anderthalb Jahren laufende Bundeswehr-Mission in Litauen steht auch für Freiheit und Solidarität. Und dafür sind wir unseren deutschen Freunden von Herzen dankbar.

Liebe Gäste, ich freue mich sehr, dass die Litauer und die Deutschen anlässlich unserer Jubiläumsfeier noch enger zusammenrücken. Die vielfältigen gemeinsamen historischen Erfahrungen stellen heute eine wichtige Grundlage, die den Ausbau unserer Beziehungen erleichtert und fördert.

Ich bin zuversichtlich, dass auch die Ausstellung über die Wolfskinder zu einem noch besseren Verständnis und Annäherung zwischen unseren beiden Völkern beitragen wird. Ich möchte deshalb abschließend die Gelegenheit nutzen, um allen Beteiligten, vor allem der Präsidentin des Landtages Brandenburg, Britta Stark, dem Landtagsvizepräsidenten Dieter Dombrowski, und dem Abgeordneten Henryk Wichmann sowie der Familie Pansenau ganz herzlich für die Ermöglichung dieser wichtigen Ausstellung zu danken.

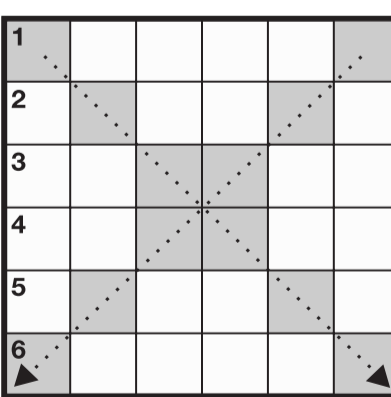
Ich wünsche Ihnen viele interessante Erkenntnisse bei der Besichtigung der Ausstellung. Vielen Dank!

Stadt in der Schweiz	Trag-, Lade-fähigkeit	kleines Nagetier	Angeber	starr-köpfiger Wider-stand	veraltet: Land-straße	zuste-hende Menge, Quantum	römi-scher Kaiser	franzö-sischer Maler (Auguste)	Portier, Tor-wächter	Stimm-zettel-behälter	An-sprache, Vortrag	tsche-chische Haupt-stadt	mit Me-tallbol-zen be-festigen
Erwid-erung					Getreide-art			leiten, den Weg weisen					
weiches Inneres von Brot; Brosame		Ent-schlie-ßung, Beschluss	schwerer Sturm				Höchst-leistung	Tatkraft, Spann-kraft			germa-nisches Schrift-zeichen	Vorsilber: zwischen (lat.)	
Ansie-dlung durch Wechsel d. Wohnung	japani-scher Farb-karpen	franz. Stadt an der Mosel	Samml-ung alt-nord. Dichtung		ägypti-sche Halb-insel		foppen	nordi-sche Wäh-rungs-einheit		Dar-lehen		Binnen-staat in Ost-afrika	
Papagei				unter-weisen; auf-klären	Ge-schäfts-zimmer, -stelle				Kletter-pflanze	Peitsche			
Verkaufs-stand auf dem Jahrmarkt		Bewohner einer Ita-lienischen Insel		teuf-licher Geist, Unhold		Gefährtin	tapfer, frei von Furcht	Feier, Party (ugs.)		ab-wegig, fälsch-lich			Vor-schlag, Ersuchen
					Abkür-zung für Mister	linker Neben-fluss der Fulda	her-vorragend; außer-ordentlich	eiweiß-haltige Nutz-pflanze	aus ge-branntem Ton gefertigt				konzen-trierte Lösung
								Gewürz-knospe	Edel-stein-imitation aus Glas				
					über-sichtlich	Pflanzen-kunde	glätten, planie-ren	Schallum-wandler (Kurz-form)	alt-römi-sche Unter-welt	zaun-artige Absper-rung			
					Spiel-klasse beim Sport			einen Dauer-lauf machen					
							Zauberin, Märchen-gestalt	getrock-netes Gras	zwei Dinge, Men-schen	Fluss zur Donau			
					Vor-nehm-ter	röm. Dichter, Philo-soph	indi-scher Staats-mann	Standort-bestim-mer (Schiff)	schänd-lich, nieder-trächtig	Sitz-möbel-stück	knabbern		
					Bäume, Holz zer-schneiden			hoch-ziehen (Segel, Flagge)				Bier-zutafel, Brau-gerste	
					schnelles Kraft-fahrzeug	langer, dünner Speise-fisch	schmal; begrenzt	wirtschaf-tlicher Zusam-menbruch		Straßen-bahn (süddt.)		chem. Zeichen für Gallium	
								fasanen-artiger Vogel					
					kulturell im Verfall begriffen	be-strafen			Bruchteil				
					der Aristokratie ange-nörend			Sahne		poetisch: Frühling			

Sudoku

		2	8	3	6		
3	5		4			7	8
6							3
	6	7	1		8		
			5				
	7	4	9		2		
7							2
8	4		2			9	6
		5	6	4	1		

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!



Diagonalrätsel

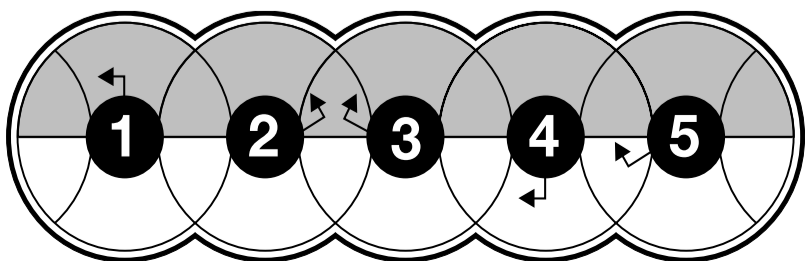
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Arten von Geräuschen.

- 1 Bote, Ausrufer im Mittelalter
- 2 Lehrer, Berater
- 3 dt. Biathletin (Magdalena)
- 4 ohne Klang (Stimme)
- 5 sich Wissen, Kenntnisse aneignen
- 6 sich balgen, prügeln

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Münchener Volksvergnügen.

- 1 gefallsüchtig, 2 klobige Schuhe, 3 Fluss zur Moldau, 4 Saiteninstrument (Mehrzahl), 5 griechischer Sagenheld



Museumsschätze

Aus dem Ostpreußischen Landesmuseum: Kopfschmuck im Ermland, und der ADAC fährt nach Ostpreußen

Das Ostpreußische Landesmuseum ist das einzige Museum in Deutschland, das die reiche Kultur und Geschichte der ehemaligen deutschen Provinz Ostpreußen in Gänze thematisiert.

Aufgabe des Museums ist die Bewahrung und Erforschung der Geschichte und Kultur Ostpreußens sowie die museumsgemäße Darstellung seiner vielgestaltigen Jahrhunderte währenden Realität. Zukünftig werden wir in einer eigenen Abteilung auch die Kulturgeschichte der sogenannten Deutschbalten thematisieren, welche als deutschsprachige Minderheit im heutigen Estland und Lettland lebten. Der genaue Auftrag ergibt sich auf Grundlage des Paragraphen 96 des Bundesvertriebenengesetzes und der Satzung der Ostpreußischen Kulturstiftung.

Die museale Arbeit geschieht in Zusammenarbeit mit polnischen, russischen und litauischen Museen und Kulturinstitutionen, die heute im ehemaligen Ostpreußen

tätig sind sowie entsprechenden Partnern in Estland und Lettland für die deutschbaltische Abteilung.

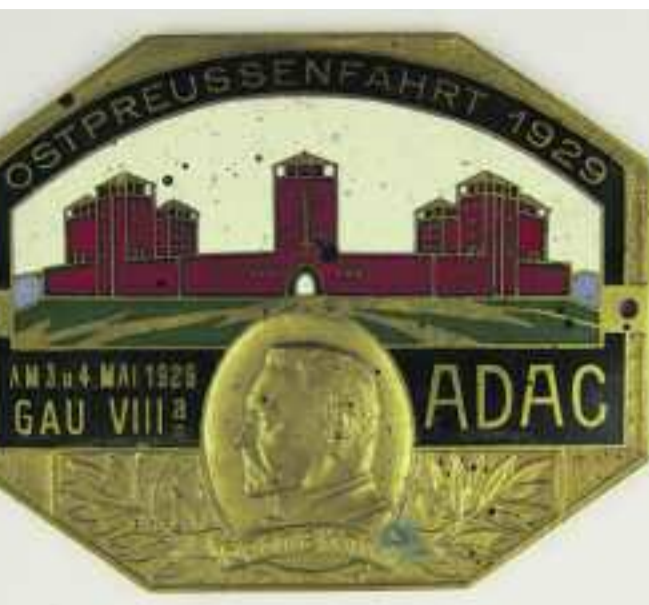
Die Dauerausstellung des Museums wird erweitert und ist daher derzeit geschlossen. Die Wiedereröffnung erfolgt am 26. August 2018. Bis dahin werden in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* besondere Objekte aus dem Bestand des Museums vorgestellt.

Ermländische Trachtenhaube

Aus Ostpreußen sind nicht sehr viele ältere Bekleidungsformen erhalten geblieben. Gegen 1900 versuchten verschiedene Vereine auf dem Land, oft von Lehrern initiiert, aus vorhandenen Resten die letzte Trachtenform zu erhalten und zu festlichen Angelegenheiten zu präsentieren. Dabei wurden Tanzgruppen gebildet und entsprechend ausgestattet mit alten oder nach alten Vorbildern neu geschneiderten Trach-

tenteilen. Auf diesem Weg rettete man in einigen Gegenden alte Textilien und das Erscheinungsbild der Tracht, wie sie bis Anfang oder Mitte des 19. Jahrhunderts noch in Gebrauch gewesen war. Auch die hier gezeigte Trachtenteil *h a u b e* stammt vermutlich aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Das Ermland als katholisch geprägte Region mitten im evangelischen Ostpreußen hatte aufgrund seiner eigenen kulturellen Prägung länger traditionelle Bekleidungsformen behalten. Zu der Sonntags- und Festtracht der Frauen, vor allem auf dem Land,



Auf großer Fahrt: Erinnerungsplakette des ADAC an seine Ostpreußenfahrt 1929

gehörte im frühen 19. Jahrhundert eine besonders aufwendig gearbeitete Haube mit gold- oder silberfarbenen Faden und langen seidnen Bändern. Später galt sie als eines der bekanntesten Trachtenteile Ostpreußens überhaupt und wurde seit 1900 wieder ge-

tragen und nachgearbeitet. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde diese Tradition im Westen weiter gepflegt.

Wie eine solche Trachtenhaube getragen wurde, zeigt das Gemälde von Kurt Matern aus der Zeit um 1950.

Erinnerungsplakette an die Ostpreußenfahrt des ADAC 1929

Der bekannte Automobilclub wurde bereits 1903 gegründet. In den Jahren vor 1933 fanden Überlandfahrten statt, die die Verbundenheit mit den Regionen stärken sollten. Die Ostpreußenfahrt 1929 wurde als Leistungsprüfung im Sportprogramm des Vereins durchgeführt. Die Plakette zeigt das Porträt Paul von Hindenburgs, des Siegers über die Russen im Ersten Weltkrieg und damaligen Reichspräsidenten sowie das Tannenbergnationaldenkmal.

Wir erhielten dieses seltene Stück als Geschenk von Wolf Eichstädt, dessen Vater an der genannten Fahrt teilgenommen hatte. Er war vor 1934 Polizeioffizier in der ostpreußischen Hauptstadt Königsberg. Die Erinnerungsplakette wird in der Abteilung Wirtschaft in der Weimarer Zeit gezeigt. *OL*

Ostpreußisches Landesmuseum, Heiligegeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 759950, E-Mail: info@ol-ig.de, Internet: www.ol-ig.de.



Aufwändig: ermländische Trachtenhaube

Bilder (3): OL



Sonntagsfest: Ermländische Katholikin in Festtagskleidung

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Ihm konnte man nichts abschlagen

Der Gründervater der deutschen Minderheit wäre dieser Tage 100 Jahre alt geworden

Die Deutschen in Polen feiern Johann Kroll, der am 25. Juni 100 Jahre alt geworden wäre, als mutigen Menschen, der in der Wendezeit die Chance ergriff und trotz offizieller Behauptungen bewies, dass es noch Deutsche in Polen gibt. Er trug maßgeblich dazu bei, dass am 16. Februar 1990 die Sozial-Kulturelle Gesellschaft der Deutschen im „Oppelner Schlesien“ (SKGD) entstand, die bis heute die größte Organisation der Deutschen Minderheit in Oberschlesien ist.

Der Frührentner aus Gogolin, einer Kleinstadt bei Oppeln, hat ab 1988 Menschen in Oberschlesien überzeugen können, ihre Ängste zu überwinden und mit ihrer Unterschrift ihr Deutschtum zu bekunden. Mehr als 250000 Unterschriften hat er mit Mitstreitern sammeln können. Sein Überzeugungstalent war enorm, erinnert sich der Gogoliner Professor Joachim Piecuch. Der damals noch junge Geistliche begleitete Kroll auf seiner Zugreise in die deutsche Botschaft nach War-

schau. „Im Gepäck hatten wir die Unterschriften von Menschen, die mit ihren Namen ihr Deutschtum dokumentierten. Es war kein ungeschickliches Unterfangen und natürlich hatten wir Angst. Wir sind alle in dieser Atmosphäre der Angst aufgewachsen. Mit klopfenden Herzen haben wir es damals gemacht, schließlich wussten wir nicht, wie es ausgeht, ob die Deutsche Minderheit anerkannt wird. Dazu gehörte gewiss viel Mut, aber man hat viel Hoffnung im Herzen getragen“, so Pfarrer Piecuch, der sich selbst nicht als sonderlich mutig bezeichnet. „Johann Kroll konnte man kaum etwas abschlagen. Er war ein zutiefst herzlicher Mensch, dem man vertraute“, so Piecuch.

Das Überzeugen war sein großes Talent, sagte der ehemalige Sejmabgeordnete der Deutschen in Polen und Sohn des 2000 verstorbenen „Mannes der Ersten Stunde“ im „Wochenblatt.pl“. „Als Kind, erinnere ich mich, dass er sich vor diesem Land und dem herrschenden System fürchtete.

Aber er schaffte es, sich aus den Fängen der Angst loszureißen“, so Johanns Sohn Henryk Kroll, der unter anderem von 1991 bis 2008 als Abgeordneter die Organisation der Deutschen in der Woiwodschaft Oppeln anführte. Neben seinem Überzeugungstalent war Kroll senior auch ein hervorragender Organisator. Er gründete in Gogolin eine prosperierende landwirtschaftliche Produktions-

genossenschaft. „Manch einer sagte damals, was tust du da, es ist ja eine kommunistische Erfindung Aber ohne diese Genossenschaft hätten viele Menschen in der Gemeinde Gogolin damals nichts zu beißen gehabt und heute hätten sie auch keine hohe Altersrente! Doch mein Vater suchte dafür und für weiterer Unternehmungen keine Danksagungen und Ehrungen. Sein Ziel war es, hier

in unserer Heimat etwas zu schaffen, was für seine Mitmenschen nützlich und brauchbar war. Das war für ihn Ehre genug und so erinnere ich mich an meinen Vater“, sagte Henryk Kroll.

Die Deutschen in Oberschlesien sind Kroll senior dankbar und drücken es auf unterschiedliche Weise aus. Pfarrer Piecuch, durch Kroll bestärkt, organisierte 1990 die ersten deutschsprachigen Messen in der Gogoliner Pfarrkirche und Maiandachten im Freien. „Ich hoffe, dass die Gläubigen nach der Messe mit einem Gerechtigkeitsgefühl nach Hause gehen und Freude an ihrem Deutschtum, der deutschen Sprache ausleben“, so Piecuch, der ohne Johanns Bestärkung und mutiges Handeln sein eigenes Deutschtum vielleicht nie offenbart hätte.

Im September vergangenen Jahres erhielt eine kleine Straße in Gogolin den Namen ulica Johanna Krolla. Es geschah im Zuge der Umbenennungen kommunistischer Namenspatrone gemäß des „Entkommunisierungsgesetzes“.

Nur gleicht sie eher einem Feldweg. Dabei bemühen sich die Deutschen in Gogolin seit 2010 eine Straße nach dem Gründervater der Organisation in seiner Heimatstadt zu benennen. 2014, als eine neue Einfamilienhaus-Siedlung entstand, machten sie den Vorschlag, dort eine Straße nach Johann Kroll zu benennen, stießen in der Gemeinde jedoch auf taube Ohren. Nun scheint das Thema in der Gogoliner Gemeinde vom Tisch zu sein. Einen wirklichen Ehrenplatz erhielt Kroll in der Publikation „Berühmte Deutsche aus Schlesien“. Johann Kroll reiht sich in eine 14-köpfige Galerie zwischen Bernhard Grzimek, der Heiligen Hedwig, Edith Stein und Janosch ein. Am 30. Juni fand in Gogolin eine Debatte in memoriam Johann Krolls statt. Diskutiert wurde das Erbe der Organisationsgründerväter, an der neben Zeitzeugen und deren Nachkommen auch Wissenschaftler des Schlesischen Institutes aus Oppeln teilgenommen haben. *Chris W. Wagner*



Erinnert in Gogolin an seinen Vater: Henryk Kroll

Foto: Wagner

Fregatte SHTANDART auf Stippvisite

Historischer russischer Dreimaster erstmals in Stralsund

Für einen Tag hat die russische Fregatte SHTANDART nach einem Besuch in Stettin zum ersten Mal am Sund festgemacht – ein maritimes Schmankerl, das Flaggschiff des Zaren Peter des Großen. Eine Replika der Fregatte von 1703. Den ganzen Tag konnte man sie besichtigen und echtes Hanse-Feeling erleben. Oder für 150 Euro eine Woche bis als Trainee mitsegeln (www.shtandart.eu). Ein echter Traum!

Die Crew um Kapitän Vladimir Martus hat am Montag auch der an der Ballastkiste gegenüber liegenden GORCH FOCK (I) einen Besuch abgestattet.

Am Dienstag früh hat der stolze russische Dreimaster Stralsund über die Nordansteuerung wieder verlassen Kurs Aalborg in Nordjütland.

Martus, ein echter vollbärtiger Seebär, hat die Geschichte des Großseglers kurz umrissen:

Die Fregatte SHTANDART ist das erste Kriegsschiff der Russischen Ostseeflotte. Sie wurde 1703 in nur fünf Monaten erbaut, und zwar nach eigenhändigen Zeichnungen und unter unmittelbarer Teilnahme von Peter dem I. Am Fluss Swir wurde extra die Olonetskaja Werft angelegt (heute Lodejnoe Pole). Es waren insgesamt fünf Schiffe, die zum Schutz der im Nawa-Delta neu gegründeten Festung Sankt Peters-

burg vorgesehen waren. Das größte davon war die 28-Kanonen-Fregatte SHTANDART, die zum Flaggschiff der neuen Ostseeflotte wurde. Die Flotte wurde seit dem Frühling 1704 nicht nur zum Schutz der Stadt eingesetzt, sondern nahm auch an der Meerestiefen-Vermessung für den Festungsbau von Kronstadt teil.

Die erste Schlacht, an der die SHTANDART teilnahm, schlug sie 1705 bei der Abwehr schwedischer Angriffe auf St. Petersburg. 1711 wurde das Schiff bereits reparaturbedürftig, denn es war wegen der Kürze der Bauzeit aus nicht getrocknetem Holz gebaut worden. Planken und Spanten mussten daher teilweise ersetzt werden. Das rund erneuerte Schiff diente noch bis 1719 und bekam dann nach Peters Befehl, es „ewig aufzubewahren, als der Flotte Erstgeborenes und der Schiffsbaukunst ein Denkmal“, einen Liegeplatz als Museumsschiff im Kronwerk-Kanal. Ohne Pflege nagte der Zahn der Zeit an den dort liegenden Schiffen. Als 1727 eine nach dem Befehl von Katharina I. einberufene Kommission die Schiffszustände geprüft hatte, wurde beschlossen, die SHTANDART an Land zu ziehen und zu reparieren. Sie war aber schon dermaßen beschädigt, dass die Schlepptau sie praktisch durchschnitten und in Stücke zerfallen ließen. Die histori-



SHTANDART von der GORCH FOCK (I)-Back gesehen
(Foto Peer Schmidt-Walther)

sche SHTANDART wurde schließlich demontiert. Schließlich gab es einen Erlass: „Zum Gedenken seines Namens, von Seiner Majestät Peter I. gegeben, ein neues anzulegen und zu bauen“. Dieser Erlass blieb aber bis in die jüngste Zeit unerfüllt, und den Namen SHTANDART trugen nur die Zarenjachten.

Eine Gruppe von Enthusiasten aus St. Petersburg hatte 1994 die Idee, das erste Schiff der Baltischen Flotte nachzubauen. Das Projekt sollte auch Interesse bei jungen Leuten für die russische Seefahrt und Marinegeschichte wecken. Innerhalb von sechs Jahren wurde die Fregatte SHTANDART an den Ufern der Nawa nachgebaut. Zu den heutigen Aufgaben des Projektes zählen vor allem die Vermittlung von Seemannschaft, Führungsqualitäten und Teamgeist sowie internationalen Kontakten. Der Bauplan, selbst entworfen von Kapitän Vladimir Martus, teilte das Schiff in zwei Zonen: die historische (über dem Kanonendeck) und die moderne (im ehemaligen Laderaum). Wo zu Peters Zeiten Wassertonnen, Anker-taue, Kanonenkugeln und Schwarzpulver aufbewahrt wurden, ist heutzutage alles Lebensnotwendige untergebracht, d.h. zwei Dieselmotoren je 560 PS, ein Elektrogenerator, Wasserpumpen, Wassertanks sowie Kombüse, Messe und Kojen. So originalgetreu wie möglich

nachgebaut wurden auch Masten, Tauwerk, Kanonen, Ankerwinde, Holzschnitzereien, Steuerrad, Treppen und Luken. Eine echte maritime Augenweide nicht nur für Schiffsliebhaber. Die heutige SHTANDART – der realisierte Traum von einst.

Peer Schmidt-Walther

Infos:

Typ: Dreimast-Fregatte, 28 Kanonen;
Baujahr: 1703/2000;
Tonnage: 220 t;
Länge: 34,5 m;
Breite: 6,9 m;
Tiefgang: 3,3 m;
Höhe Großmast: 33 m;
Decks: 3;
Maschine: 2x 420 kW Volvo Penta;
Geschwindigkeit: 11 kn (max.)
Segelfläche: 620 qm;
Crew: 40 (1703: 120)

Einst wurden in Stralsund auch solche Schiffe gebaut. 1428 besitzt die Hansestadt 21 Werftplätze für den Bau von Koggen, die zum Symbol Stralsunds werden. 1948 wird mit dem Bau der Volkswerft begonnen. 1990 entsteht die Volkswerft Stralsund GmbH. Sie ist der größte Arbeitgeber der Region und beschäftigt ca. 1 200 Mitarbeiter.

Die 1997 von der Werft erbaute 32 400 Quadratmeter große und 70 Meter hohe Schiffbauhalle ist ein neues Wahrzeichen der Hansestadt.

200 Jahre Hochzeitsreise Caspar David Friedrich

Ausstellungen an 3 Standorten



Das Pommerische Landesmuseum Greifswald zeigt das Aquarell „Der Greifswalder Marktplatz mit der Familie Friedrich“ von Caspar David Friedrich im Original (erstmalig seit 2010) sowie die Neuinterpretation von Hiroyuki Masuyama und zwei weitere seiner Arbeiten. Seien Sie neugierig, welche heutigen Greifswalder in die Rollen der Brüder, Frauen und Kinder der Familie Friedrich geschlüpft sind!

Die Präsentation findet statt im Rahmen der Ausstellung „200 Jahre Hochzeitsreise – Caspar David Friedrich, Hiroyuki Masuyama: 1818 | 2018“ (Pommerisches Landesmuseum Greifswald, Galerie CIRCUS EINS Putbus und Nationalpark-Zentrum KÖNIGSSTUHL).

Der japanische Künstler Hiroyuki Masuyama hat sich auf die Reise gegeben und Orte aufgesucht, die auch Caspar David Friedrich während seiner Hochzeitsreise 1818 passierte. Aus Hunderten von Aufnahmen komponierte er digitale Fotomontagen, die er als Lichtkästen im Rahmen der diesjährigen Jubiläumsausstellung „200 Jahre Hochzeitsreise – Caspar David Friedrich, Hiroyuki Masuyama – 1818 | 2018, Fotografische Arbeiten zu Caspar David Friedrich“ an drei Standorten präsentiert.

Die Galerie CIRCUS EINS am Rondellplatz „Circus“ der fürstlichen Residenzstadt Putbus zeigt eine umfassende Schau mit rund 20 Werken Masuyamas. Darunter auch seine Interpretation des verschollenen Gemäldes „Landschaft mit Regen-

bogen“ sowie Fotomontagen zu den Gemälden „Mondaufgang über dem Meer“ und „Auf dem Segler“, die erstmalig zu sehen sind.

Ein weiterer Standort der dreiteiligen Schau ist das Nationalpark-Zentrum KÖNIGSSTUHL auf der Insel Rügen – einem der Originalschauplätze von Caspar David Friedrichs Gemälden. Friedrichs zahlreiche Studien an der Kreideküste resultieren 1818 in dem heute weltberühmten Gemälde „Kreidefelsen auf Rügen“, dessen Verarbeitung des Künstlers Masuyama im Besucherzentrum des Nationalparks Jasmund ausgestellt wird. Nach Besuch eines der Ausstellungsorte gilt für die anderen Orte auf Nachweis der ermäßigte Eintritt.

(Foto: Pommerisches Landesmuseum)

Flieg, Adler, flieg!

Geschichte der Luftfahrt u. Luftfahrt-Anfänge in Stolp und Pommern

Am 23.05.1848 wurde der Pionier der Luftfahrt Ing. Otto Lilienthal in Anklam/ Vorpommern geboren. Er lehrte die Menschheit das Fliegen und wurde am 10.08.1896 am Gollenberg bei Rhinow das erste Opfer der Fliegerei.

Hans Grade, geb. am 17.05.1879 in Köslin, gest. 22.10.1946 – Er gewann 1909 den Lanz-Preis für den ersten Streckenflug über 1 km. 1910 baut er auch Flugmotoren. 1912 Spätsommer: Erste Flugzeuge in Stolp auf dem Exerzierplatz am Neiderziner Weg, an der Abdeckerei. Hier fanden eines Sonntagnachmittags die ersten Vorführungen und Rundflüge statt. Ein Doppeldecker und zwei Eindecker luden zum Mitfliegen ein.

Der Luftschiffhafen Seddin/ Stolp wurde während des Weltkrieges 1914/18 für Kriegsluftschiffe, mit einem Kostenaufwand von rund 10 Millionen Mark gebaut. In den Jahren 1915/16 fertiggestellt und umfasste eine große und eine kleine Luftschiffhalle, eine Flugzeughalle, eine vollständige Wasserstoffgas- Erzeugungsanstalt, ferner Funk- Telegraphie- Gebäude, Bombenkeller, Werkstätten, Lagerräume, unterirdisches Benzinlager, Anschlussgleise, Wohnkolonie und alles, was sonst noch dazu gehört. Am 08.06.1915 traf als erstes das Zeppelin-Luftschiff L 5 ein.

Seit dem I. Weltkrieg war unsere Stadt Stützpunkt für die jüngste Waffengattung des Reiches: der Luftwaffe. Im Jahre 1916 stellte die Stadt der Heeresverwaltung an der Stettiner Bahnstrecke eine Fläche von 500 Morgen zur Anlegung eines Flugplatzes zur Verfügung. Auf dem Flugplatz lag eine Flieger-Funker- Lehrabteilung, zu der oft Ungarn, Österreicher, und viele Süd- und Westdeutsche kommandiert wurden.

Am 14. November 1917 wurde auf Befehl des LLO (Luftschiffleiter-Ost) die Kriegstätigkeit der Ostsee-Luftschiffe eingestellt,

und es begannen die Abrüstungsarbeiten, jedoch mussten später nach dem Versailler Vertrag zwei Luftschiffe aus Seddin sowie die große Luftschiffhalle an die Entente-Mächte abgegeben werden. Auf Befehl der Entente mussten übrigens fast alle Luftschiffhäfen in Deutschland dem Boden gleichgemacht werden; zu den drei Ausnahmen gehörte Seddin, wo wenigstens die kleine Halle sowie der größte Teil der Gebäude stehen blieb. Bei dem Belassen der kleinen Halle hatte die Internationale Kontrollkommission im Auge gehabt, dass bei einem Luftschiff-Weltverkehr Seddin als Stützpunkt im Osten Deutschlands einmal von Vorteil sein könnte.

Während des II. Weltkrieges war hier eine Produktionswerkstatt für Schlauchboote und Fallschirme.

Die Volksabstimmung von 1920 sollte über das Schicksal der südlichen und westlichen Randbezirke entscheiden. Die Polen bereiteten den aus dem Reich anreisenden Abstimmungsberechtigten auf dem international „garantierten“ Eisenbahnweg durch den Korridor nicht nur Schwierigkeiten, sondern suchten sie mit Schikanen von der Erfüllung ihrer vaterländischen Pflicht abzuschrecken. Aus diesen Gründen wurde damals der „Seediens Ostpreußen“ geschaffen, der von Pommerns Seebad Swinemünde seinen Ausgang zum ostpreußischen Seehafen Pillau nahm. Im Frühsommer 1920 entstand auch auf pommerischem Boden die erste Luftbrücke der Weltgeschichte zu dem gleichen Zweck. Vom Flughafen in Stolp aus wurden Flugzeuge eingesetzt, die in regelmäßigen Flügen die Abstimmungsberechtigten über See zur Insel Ostpreußen beförderten. Es waren alte deutsche Doppeldecker aus dem Ersten Weltkrieg, die die Alliierten „wegen Überalterung“ den Deutschen belassen hatten. Mit diesen „alten Kisten“, die sich aber als recht flugtüchtig erwiesen,

wurde der erste Luftbrückendienst der Weltgeschichte aufgenommen, und es wurden viele Hunderte heimattreuer Deutscher mit ihm zur Abstimmung geflogen.

Der Ausbau des Verkehrsnetzes erfuhr seine Krönung durch die Einbeziehung Stolps in das nationale Luftverkehrsnetz. Der Flugplatz Stolp-West war während des ersten Weltkrieges entstanden. Auf Grund des Diktates der Siegermächte von Versailles mussten die Flugzeughallen und die Baulichkeiten 1919 niedergedrückt werden. Später richtete die Stadt einen Teil des Gebäudes wieder her und 1929 baute sie eine eigene Flugzeughalle für sechs Verkehrsflugzeuge.

Im Jahre 1921 wurde die Gesellschaft Luftverkehr-Pommern GmbH gegründet und in deren Streckennetz der Flughafen Stolp aufgenommen.

In dem Jahr setzt auch die Stadt Stettin eine Kommission zur Beratung zum Bau eines Flugplatzes ein. Dezember 1924 – Gründung der „Flughafen Stettin GmbH“. Durch den Hafen stand erst ein Wasserflughafen zur Debatte. Man einigte sich dann aber auf eine kombinierte Lösung eines Wasser- u. Landflughafens am Dammscher See, zwischen Stettin u. Altdamm, 7 km vom Stettiner Hauptbahnhof entfernt. Um den Land- und Seeflughafen Stettin in das deutsche und internationale Luftverkehrsnetz einzubinden, wurde im April 1925 die „Luftverkehr Pommern GmbH“ gegründet und ab 1926 kein eigener Luftverkehr mehr durchgeführt.

Ab 1926 wurde der Flugplatz von der „Deutschen Lufthansa“ befliegen. Der Flughafen Stettin, einer der größten in Deutschlands, hatte am 1.4.1927 eine Ausdehnung von 273 ha (Rollfeld 800 x 900 m).

Vom 12. Oktober 1925 an bestand eine durchgehende Verbindung Stettin - Stolp - Danzig - Königsberg.

Wolfgang Noffke und Tanja Thode

Zirkusveranstaltung mit Fußballern

Zu: Hypothek für die WM (Nr. 24)

Das hat ja ganz hervorragend geklappt mit der Integration. Sehr vorbildlich, wie die Herren Özil und Gündogan die vielen Millionen Euro der deutschen Fußballfans jahrelang in ihre privaten Taschen integriert haben und über die laufende Fußball-Weltmeisterschaft noch weiter integrieren.

Und dann dieser Fußballverein DFB mit seinem Präsidenten Grindel und seinen Abteilungsleitern Bierhoff und Löw: Getrieben von unbändiger Geldgier und lächerlich anmutender Eitelkeit sind diese Vereinsführer längst so weit von der Basis der Fußballanhänger entfernt wie weite Teile

unserer Bundespolitiker von ihren Wählern. Charakter sucht der Zuschauer vergeblich, die öffentlichen Rechtfertigungsversuche geraten zur stümperhaften Posse und verdeutlichen die Unfähigkeit, durchdachte Entscheidungen zu fällen.

So am Rande dieser mittelmäßigen Zirkusveranstaltung lässt sich dann auch noch der Bundespräsident Frank-Walter-Steinmeier am DFB-Zügel durch die Manege führen. Das ist einfach würdelos, abgehoben, arrogant – und auch nutzlos.

Diese DFB-Fußballtruppe als Nationalmannschaft zu bezeichnen, kommt einer Entwürdigung aller früheren deutschen Natio-

nalmannschaften gleich. Und so planlos, wie die DFB-Granden in den letzten Wochen Krisenmanagement betrieben haben, so planlos hat die DFB-Fußballtruppe nicht nur ihr Eröffnungsspiel gegen Mexiko verloren, sondern auch das gegen Südkorea und ist nach der Vorrunde aus dem WM-Turnier ausgeschieden. Schade? Mitnichten: Der Fisch stinkt immer vom Kopf, und nun beginnt auch noch der Körper zu bröseln.

Ob die Herren Müller und Hummels auch an der Fußball-Weltmeisterschaft hätten teilnehmen dürfen, wenn sie für Herrn Gauland von der AfD posiert hätten? **Klaus-Peter Steinwender, Kamputschien**

EU-Keule als Argument im Asylstreit

Zu: „Endspiel“ auf Zeit (Nr. 25)

In diesen Tagen ist immer wieder von einem „Asylstreit“ die Rede. Doch bei nüchterner Betrachtung erscheint es zunehmend als inszeniert, fast wie eine groteske Schmierkomödie.

Wie oft schon hat der CSU-Vorsitzende und heutige Bundesinnenminister zunächst die Bundeskanzlerin kritisiert und am Ende klein beigegeben, sozusagen den „Drehhofer“ gemacht? Als bayerischer Löwe gebrüllt und als Bettvorleger geendet. Am Ende ging immer die Kanzlerin gestärkt aus der angeblichen „Auseinandersetzung“ hervor. Es wirkt immer irgendwie abgesprochen.

Es sollte schon verwundern, wenn das jetzige „Kompromissangebot“ Merkels nicht genauso aus dem Drehbuch stammt. Fakt ist, dass der Bundesinnenminister nur den Erlass seines Vorgängers aufzuheben bräuchte, wonach jeder Weltenbürger, mit oder ohne Papiere, ehrlicher Mensch oder Bandit, Aufnahme findet und alimentiert wird. Dazu benötigt er keinen Beschluss des Parteivorstandes und auch nicht die Erlaubnis der Regierungschefin.

Aber das wird nicht passieren, zumal die nächste Flüchtlingswelle über Bosnien bereits auf uns zurollt. Weil sich die Nazikeule zwar immer noch als wirkungsvoll erweist, aber inzwischen

doch recht abgedroschen wirkt, wurde eine neue Wunderwaffe erfunden. Nämlich die durch interessierte Kreise geschürte Angst vor einem Auseinanderbrechen der EU. Das ist noch deutlich wirkungsvoller als die stets bewährte Empörungsmaschine. Der Koalitionspartner gießt noch ein wenig Öl ins Feuer durch Gerüchte über die Vorbereitung auf Neuwahlen.

Man muss nur genügend Nebelkerzen werfen, damit der Bürger das „weiter so wie bisher“ klaglos hinnimmt. Es ist kaum zu erwarten, dass das Dublin-Abkommen hierzulande jemals wieder angewandt wird – weil es ja nicht im EU-Interesse ist. **Ralf Möllering, Melle**

Troll-Legenden

Zu: Schmutziger Krieg im Netz (Nr. 22)

Die PAZ widmet dem Krieg im Netz eine ganze Seite und prangert in erster Linie angebliche Trolle, vornehmlich russische, aber auch andere an.

Kein Wort in den Berichten über die zwar nicht mehr in den Schlagzeilen befindliche, aber mit Sicherheit noch weiterlaufende Kontrolle des gesamten Internetverkehrs durch US- und britische Geheimdienste inklusive der Abhörung eines Großteils europäischer Politiker. Nehmen Sie vielleicht an, dass die USA und die Briten nur Informationen sammeln? Es ist eher davon auszugehen, dass die Informationen auch ausgewertet und gegen uns auch in der Beeinflussung von Meinungen eingesetzt werden. Dass es so ist, wissen wir seit Edward Snowden sicher. Russische Trolle, die Wahlen beeinflussen, sind bis dato noch größtenteils Legende.

Dr. Peter Schimmelpfennig, Weinsberg



Ein Haufen Schullektüre: Wenn der Staat für Lernmittelfreiheit sorgt, dann soll das die Eltern von schulpflichtigen Kindern bei den Ausgaben entlasten. Dafür wird womöglich an anderer, oft viel empfindlicherer Stelle gespart

Bild: action press

Lernmittelfreiheit macht wenig Sinn

Zu: Statt Geschenk droht Kahl-schlag (Nr. 22)

So sehr ich dem Artikel über die Anschaffung von Schulbüchern zustimme, so fehlt ihm ein wesentlicher Aspekt vollkommen. Zwischen einer völligen Lernmittelfreiheit und einer pauschal erhobenen, symbolischen Steuer oder Gebühr besteht grundsätzlich gar kein Unterschied. Zu meiner Grundschulzeit wurden noch alle Bücher vor Beginn des Schuljahres von meinen Eltern im

Buchhandel erworben. Das hatte zwei Folgen und eine Folge nicht.

Erstens entwickelte sich für die nach dem Schuljahr nicht mehr gebrauchten Bücher sofort ein reger Gebrauchthandel. Die Erstkäufer bekamen einen Gutteil ihres Aufwandes zurück, und die Zweitkäufer (und folgende) bezahlten nur einen Bruchteil des Neupreises.

Zweitens bestand gerade in den Familien, in denen Bücher nicht ohnehin um ihrer selbst geschätzt wurden, ein finanzielles Interesse

daran, sie pfleglich und sorgsam zu behandeln. Schutzumschläge waren die Regel und Kritzeleien die große Ausnahme.

Was nicht passierte, war, dass die Anschaffung zur finanziellen Belastung der wenig verdienenden Eltern wurde. Bücher in dem heruntergekommenen und verfallenen Zustand, der heute nach nur einem Jahr vollkommen „normal“ geworden ist und der das Aufbauen eines „Bücherbestandes“ an den Schulen von vornherein illusorisch erscheinen

lässt, waren praktisch umsonst zu haben.

Das einzige, was man mit der hochgelobten „Lernmittelfreiheit“ sinnvollerweise tun kann, ist, sie abzuschaffen. Wo für alles Geld da ist, nur für Bücher nicht, da war für interessierte und willige Schüler schon immer Hilfe aus dem direkten Umfeld nicht weit. Es ist nicht die Aufgabe des Staates, alles zu entwerfen und vor aller Augen kosten- und wertlos erscheinen zu lassen. **Axel Berger, Köln**

Die SPD ist unterhalb der Bundesebene längst nicht »todkrank«

Zu: Die SPD ist „todkrank“ (Nr. 22)

Der Artikel wird durch die Realität vollkommen ad absurdum geführt. Es ist sicherlich richtig, dass einige Stammwählergruppen andere Präferenzen bei Wahlen setzen. Von einer gewaltigen Schwungmasse kann allerdings nicht die Rede sein. Diese Tatsache gilt allerdings nur für Bundestagswahlen. In den Ländern steht die SPD festgefügt, stellt mehrere Ministerpräsidenten oder bildet einen Teil der Koalitionsregierung.

Ganze Landtagsverwaltungen (oft mehr Personal als manche Ministerien) sind fest in den Händen von Besitzern des roten Parteibuches. Bei der Bundestagsverwaltung (etwa 3000 Beschäftigte) wird man ohne SPD-Parteibuch noch nicht mal Papierkorb-ausleerer. In der Kommunalpolitik beherrscht die SPD zahlreiche Landrats- und Bürgermeisterämter. Lukrative Posten sind hier zu vergeben. Hausmeister von Schulen oder öffentlichen Einrichtungen besitzen ihr rotes Parteibuch – quasi als Voraussetzung der beruflichen Existenz.

Die politischen Vorfeldorganisationen (Anti-Abschiebe-Industrie) sind komplett von Anhängern der Grünen und SPD/Linkspartei geprägt. Über Jahrzehnte verfolgte die SPD eine sehr geschickte Personalpolitik, die auch Personen ohne entsprechende Qualifikation auf gut bezahlte Posten verhalf. Ein Beleg unter vielen. Vor 33 Jahren befand sich die Lehrerarbeitslosigkeit in Westdeutschland mit rund 60000 und mehr auf dem Höhepunkt. Trotzdem wurden im überschuldeten Saarland Juso-Funktionäre unter Oskar Lafontaine nach dem zweiten Staatsexamen auch in aussichtslosen Fachkombinationen (Deutsch/Geschichte, Erdkunde/Sport) eingestellt und zwischenzeitlich in einer neu errichteten Lehrerbildungsakademie geparkt. Die Leute sind heute noch im Dienst und sehen genüsslich ihrer Pension, beginnend bei A14, entgegen.

Mitte der 80er wurden bundesweit selbst Leute mit den allerbesten Examina und heute gefragten Fächern wie Chemie, Mathe, Physik nicht eingestellt. SPD-geführte Kultusministerien machten dies möglich. Bei der damals noch

starken CDU hieß es: „Hättest du mal was Anständiges gelernt.“ Diese planmäßige, vorausschauende SPD-Politik dürfte auch einigen CDU-Obersten nicht entgangen sein. Passiert ist nichts.

Die SPD verfügt über ein gewaltiges Vermögen samt dazugehörigen Immobilien, bestenfalls übertrifft von der Linkspartei, die im Wendejahr – niedrig geschätzt zirka sechs Milliarden Ostmark beiseite geschafft hat. Über die fast vollständig in SPD-Hand befindliche Presse- und Medienlandschaft brauche ich der Redaktion nichts zu erzählen.

Wie Phönix aus der Asche kam die SPD bei der letzten Landtagswahl in Niedersachsen unter Ministerpräsident. Denn es gab kaum eine Wählerwanderung zur AfD. Diese – heillos zerstritten und ohne personellen Unterbau – schaffte mit Mühe die Fünfprozenthürde. Feixend werden von SPD- und Grünen-Funktionären die berufliche Vernichtung und soziale Ausgrenzung von AfD-Funktionären quittiert.

Die in ihrem Sinne kluge Personalpolitik bindet auch durchaus kritische Geister unwiderruflich

an die SPD. Auch heute noch bildet das rote Parteibuch eine sichere Grundlage für einen gut bezahlten Arbeitsplatz. Man könnte dies noch endlos ausführen – der Optimismus der PAZ dürfte in keinsten Weise gerechtfertigt sein. Nicht zuletzt auf Druck der SPD wurden ab 1998 die Vertriebenorganisationen komplett ausgetrocknet, jeder obskure muslimische Verein bekam mehr. Das Kulturreferat des BdV mit interessanten Seminaren musste 1999 alle Mitarbeiter entlassen – die SPD-Personalpolitik schlug zu.

Die neuerlichen Einlassungen des „Medienprofis“ Gauland sind Wasser auf die Mühlen der üblichen Verdächtigen, die bei weiterem Erfolg den Verfassungsschutz (ebenfalls SPD-Domäne) auf die AfD hetzen werden. Dann würden sicherlich wieder Beamtenstellen für verdiente SPD-Mitglieder frei.

Zusammengefasst: Der Seite-1-Aufmacher in der PAZ schürt einen völlig falschen Optimismus bezüglich der Veränderung der Parteienlandschaft – nicht zum ersten Mal. **Markus Krämer, Allendorf**

Bärendienst à la Gauland

Zu: Den Horizont erweitern (Nr. 23)

Autsch! Das ging wieder einmal daneben. Wer „NS-Zeit“ und „Vogelschiss“ Höcke-artig in einem Atemzug nennt, müsste eigentlich wissen, dass er Systemmedien und Politmitbewerbern eine Steilvorlage liefert. Diese Begriffe werden von den politischen Gegnern anschließend dankbar aufgenommen und unweigerlich aus dem gesagten und gemeinten Zusammenhang gerissen.

„Verharmlosung und Relativierung der deutschen Ursünde“ schallt es öffentlichkeitswirksam aus allen Ecken. Nach der Boatteng-Debatte nun eine weitere Glanzleistung des Fraktionsvorsitzenden. Der vermeintliche Politfuchs Gauland hat seiner Partei erneut einen Bärendienst erwiesen und den politisch interessierten Beobachtern gezeigt, dass die AfD selbst alles dafür tut, die Bäume nicht in den Himmel wachsen zu lassen. **H. Dieter Albers, Hanstedt**

Merkels uneuropäische Lösung

Zu: „Endspiel“ auf Zeit (Nr. 25)

Dieses Land ächzt an so vielen Stellen so laut, dass das schon dem Langmütigsten auffällt. Viermal hat Angela Merkel inzwischen als Bundeskanzlerin geschworen, stets dieses Land und seine Bürger vor Schaden zu bewahren. Wenn sie das endlich beherzigen würde, müsste sie selbst auf die Idee gekommen sein, woanders Registrierte an der Grenze abzuweisen. Diese laut Wolfgang Bosbach zutiefst europäische Lösung, ist ihr plötzlich nicht mehr europäisch genug. Mit Sicherheit auch deshalb nicht, weil sie ihr nicht genug Asylbewerber nach Deutschland bringt. Asylbewerber, deren Widersprüche gegen ihren abgelehnten Asylantrag schon jetzt einen großen Teil des Rechtswesens dieses Landes auf Jahre belasten werden.

Wäre diese Kanzlerin ihrem Eid gemäß darauf bedacht, Schaden von diesem Land fernzuhalten, würde sie dem Vorschlag des Innenministers dankbar aufgreifen, wenigstens die bereits woanders Registrierten und wieder einreisende Migrationstouristen abzuweisen. Es ist geradezu grotesk, dass sie stattdessen diese Abzuweisenden mutwillig ins Land kommen lassen will, um das Rechtswesen zu überlasten und das Heer der abgewiesenen Asylbewerber mutwillig zu erhöhen.

Es ist deshalb zu hoffen, dass Seehofer als Innenminister diesmal standhaft bleibt und nicht wieder als Bettvorleger landet. Das wäre der Fall, wenn die Flüchtlinge weiterhin ohne Kontrolle ins Land strömen könnten, wie sich dies die Kanzlerin offenbar wünscht. **Gerolf Fritsche, Offenbach**

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Kleinod am Rande Berlins

Pfaue im Garten, Mätressen im Bett und Panzer in Sichtweite – Die Pfaueninsel hat schon viel erlebt

Die Pfaueninsel im Südwesten Berlins gilt als gärtnerisches und architektonisches Kleinod. Die Lieblingsinsel der Preußenherrscher zählt schon seit 1990 mit zum UNESCO-Welterbe.

Wer sich hier aufhält, wähnt sich nicht mehr in Berlin. Und doch gehört das paradiesische Eiland der 67 Hektar großen Pfaueninsel zum Bezirk Berlin-Zehlendorf am südwestlichen Stadtrand. Schon wer sich zu Fuß, per Bus, Auto oder Fahrrad durch den dichten Wald schlängelt, atmet auf. Natur soweit das Auge reicht, bekränzt am Rande von der blau schimmernden Havel. Schon von dieser Seite des Ufers hört man die Pfauen rufen. Wer ihrem Ruf folgt, muss sich auf eine Fähre begeben. Anders ist die Insel nicht zu erreichen.

„Wie ein Märchen steigt ein Bild aus meinen Kindertagen vor mir auf: Ein Schloss, Pfauen sitzen auf hoher Stange oder schlagen ein Rad, Springbrunnen, überschattete Wiesen, Schlängelpfade, die überall hinführten und nirgends“, schwärmte bereits Theodor Fontane über die Insel. Tausende Besucher jedes Jahr tun es ihm gleich. Besonders bei gutem Wetter ist das Eiland gut besucht. Doch lohnt sich ein Ausflug dorthin zu jeder Jahreszeit. Gerade, wenn es stürmt, regnet oder schneit, kommen einem die geschwungenen Wege, alten Bäume und Parkanlagen wildromantisch vor.

Lange bevor die Berliner hier lustwandeln, war die Insel in der Havel besiedelt. Schmuck aus der Eisenzeit und Haarspiralen aus Bronze belegen eine Besiedlung vor 2500 Jahren. Im Nordosten fanden sich Spuren einer slawischen Siedlung.

Danach blieb das Eiland lange Zeit unbewohnt. Erst im 17. Jahrhundert zog der deutsche Alchimist und Glasmacher Johannes Kunckel hierher auf Geheiß des Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg. Dieser hatte Kunckel 1685 die Insel geschenkt, damit er hier in einem geheimen Labor ungestört experimentieren konnte. In der Abgeschiedenheit der Insel stellte er kostbares Goldrubinglas her. Das Labor und weitere Gebäude, auch die Ergebnisse der Experimente, fielen nach dem Tod des Großen Kurfürsten einer Brandstiftung zum Opfer. Vermutlich waren Neider dafür verantwortlich.

Hinterher fiel die Insel für 100 Jahre in einen Dornröschenschlaf. Als Friedrich der Große 1786

starb, übernahm mangels eigener Nachkommen sein Neffe Friedrich Wilhelm II. die Amtsgeschäfte. Als junger Kronprinz hatte er sich auf die märchenhafte Insel zu Schäferstündchen mit seiner Geliebten aus dem Volk, Wilhelmine Enke, spätere Gräfin von Lichtenau, zurückgezogen. Das einfache Mädchen wurde zu seiner engsten Vertrauten und war bis 1782 die Mätresse des Königs, mit dem sie sechs Kinder bekam.

unter dem alten König entstanden ein separater Küchenbau, die Meierei, ein Kastellanhaus und der Jagdschirm.

Mit Hinblick auf die 20 Jahre zuvor entdeckten Südseeinseln, wurden etliche fremdländische Bäume und Pflanzen auf der Insel angesiedelt. Und auch die prächtigen Pfauen. Fortan hieß das Fleckchen Erde nun Pfaueninsel. Dazu gehörte auch eine Menagerie mit fremden Tieren, die 1842

haus, sind später entfernt worden. Charakteristisch war und ist vielen Gebäuden, eine auf Verschmelzung mit der Landschaft ausgerichtete Architektur.

Seit 1924 ist das Gelände Naturschutzgebiet. Das Schloss überstand den Zweiten Weltkrieg unbeschadet. Aus dem Kuriositätenkabinett der Geschichte sei erwähnt, dass sich zu Zeiten der Teilung Deutschlands die Pfaueninsel in West-Berlin befand, das

Seit dem „Luisenjahr 2010“, als man des 200. Todestages der beliebten preußischen Königin gedachte, gibt die SPSP einer kleinen Gruppe Wasserbüffel auf der Pfaueninsel ein Sommerdomizil. Die Beweidung hat sich als Alternative zur maschinellen Mahd bewährt. Die Tiere halten die artenreichen Feuchtwiesen von Gehölzaufwuchs frei und fördern somit seltene Pflanzenarten. Besuchern wird so auch die frü-



Nur noch bis 19. August für Besichtigungen geöffnet: Schloss Pfaueninsel wird danach umfassend saniert

Bild: SPSP/Leo Seidel

Die Insel, damals noch Kaninchenwerder genannt, konnte der König von seinem Sommer Schloss, dem Marmorpalais in Potsdam am Heiligen See gelegen, aus sehen. Die Insel war leicht mit dem Ruderboot zu erreichen. So erwarb der Regent dieses Stück Land und ließ dort ein Schlosschen bauen. Die auch als „preußische Pompadour“ betitelte Wilhelmine durfte sich an der Planung des Schlosses, das als romantische Ruinenarchitektur konzipiert wurde, beteiligen und die Inneneinrichtung, Möbel sowie Dekorationen bestimmen.

Doch sie hatte nicht mehr viel davon. Als es fertig war, starb ihr Gönner, und Wilhelmine wurde verbannt. Nun nutzte es der Sohn des Königs, Friedrich Wilhelm III. von Preußen mit seiner Königin Luise und den Kindern. Noch

jedoch als Grundstock für den Zoologischen Garten Berlin weitergereicht wurden.

Friedrich Wilhelm und Luise wandelten die Insel zu einer auf Erträge ausgerichteten Felderwirtschaft um. Es kamen weitere Bauten hinzu, ein Gutshof sowie Stall- und Schuppenbauten. Ab 1816 gestaltete Gartenarchitekt Peter Joseph Lenné das Gebiet zu einem Landschaftspark. Ein Gedächtnistempel zur Erinnerung an die verstorbene Königin Luise für die Familie wurde errichtet.

Da sich die königliche Familie im Sommer häufig hier aufhielt, entstanden zahlreiche Anlagen für Vergnügungen, von denen sich nur der Fregattenhafen mit Matrosenküche von 1832 und Reste einer russischen Rutschbahn von 1819 erhalten haben. Viele Häuser, darunter auch das Palmen-

Marmorpalais auf dem Gebiet der DDR. Das einst so edle Marmorpalais wurde zu einem Museum der Nationalen Volksarmee mit Panzer im Vorgarten.

Die Sichtachse zum Schloss auf der Pfaueninsel wuchs auf östlicher Seite in den Jahren der Mauer und Teilung des Landes völlig zu. Ostbürger, die ohnehin nicht mehr das Gebiet West-Berlins betreten durften, sollten vergessen, dass es da mal ein Schloss und eine Insel gegeben hat.

Heute untersteht das weiße Ruinen-Schloss der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSP, siehe Artikel unten). Die Pfaueninsel mit ihren reizvollen Wegen, Sichten, über 400 alten Eichen, dem ältesten Rosengarten Berlins und historischen Gebäuden ist Teil des UNESCO-Welterbes.

here Weidenutzung der Insel bewusst gemacht.

Ab 1801 wurden Wasserbüffel auf der Pfaueninsel als „Zootiere“ gehalten. Die jetzt dort weidenden Büffel stammen vom Ökohof Darß in Mecklenburg-Vorpommern und werden jedes Jahr feierlich Ende Mai auf der Fähre zur Insel überführt. Bis Mitte Oktober sind die Tiere auf der drei Hektar großen Feuchtwiese und auf einer Freifläche neben der Meierei anzuschauen. Dann geht es per Fähre und Transport wieder ins Winterquartier.

Wer einmal abtauchen möchte in eine Welt, die uns beinahe verloren gegangen zu sein scheint, sollte sich für einige Stunden auf die Pfaueninsel begeben. Man kommt ein bisschen wie verwandelt wieder in die Gegenwart zurück. *Silvia Friedrich*

Mit Rosenduft parfümierte Insel

Der Besuch der Pfaueninsel wird bald nur noch eingeschränkt möglich sein. Zumindest Schloss Pfaueninsel wird letztmals am 19. August im Rahmen eines Inselfests geöffnet sein. Danach wird es umfassend saniert, was durch das Sonderinvestitionsprogramm für die preußischen Schlösser und Gärten ermöglicht wurde, das der Bund sowie die Länder Berlin und Brandenburg aufgelegt haben.

Das 1794/95 als künstliche Ruine und fast gänzlich aus Holz erbaute Pfaueninselschloss ist heute, rund 45 Jahre nach der letzten großen Sanierung, vor allem durch Witterungseinflüsse stark gefährdet.

Mit dem Sonderinvestitionsprogramm 2 für die preußischen Schlösser und Gärten setzen der Bund und die Länder Berlin und Brandenburg die Bewahrung der Berliner und Potsdamer Schlösserlandschaft weiter fort. Nachdem bereits im ersten Sonderinvestitionsprogramm 155,03 Milli-

onen Euro erfolgreich investiert wurden, sieht das zweite Abkommen weitere 400 Millionen Euro vor, welche die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSP) bis 2030 in die Rettung nationaler Kulturgüter investieren kann. Der Bund trägt 200 Millionen Euro bei, das Land Brandenburg 131 Millionen Euro und das Land Berlin 69 Millionen Euro.

Auch wenn bald das Schloss nicht mehr besichtigt werden kann, so laden andere Attraktionen zu einem Besuch auf die Insel ein. Derzeit schillert der Rosengarten in vielerlei Farben. Mehr als 1000 Rosen blühen hier, davon zirka 200 verschiedene historische Sorten. Die kugelförmigen Rosenhochstämme sorgen mit den Rosenbüschen für eine einzigartige Blütenpracht. Witterungsbedingt ist die Rosenblüte in diesem Jahr

besonders intensiv. Die historischen Rosen verzaubern mit einem Blütenduft, der den modernen Rosenarten oft fehlt.

Die Inselgärtner sorgen dafür, dass sich die Rosen von ihrer prächtigsten Seite zeigen. Die Rosenpflege zählt zu den aufwendigsten gärtnerischen Kulturen, da die Pflanzen auf Trockenheit, zu hohe Feuchtigkeit, Schädlinge und Frost empfindlich reagieren.

Der preußische Gartenarchitekt Peter Joseph Lenné legte 1821 den Rosengarten auf der Pfaueninsel an. Dieser war der erste seiner Art in Preußen. Die mit labyrinthar-

tig verschlungenen Wegen gestaltete Anlage galt im 19. Jahrhundert als eine der eindrucksvollsten in Europa. Sie wurde 1989 umfangreich restauriert. Im gleichen Jahr entstand anlässlich des 200. Geburtstages Lennés ein weiterer Rosengarten auf der Pfaueninsel. In diesem Schaugarten wurden die bis 1870 verfügbaren Rosen nach Klassen und Züchtungsjahr jeweils paarweise als Hochstamm und Busch gepflanzt. Hier sind über 300 Rosensorten zu bestaunen. Im Rosen-Ergänzungsgarten wurde 2007 außerdem eine Wildrosensammlung von mehr als 50 Arten angelegt, um die Vielfalt der Verfahren der heutigen Kulturrosen zu präsentieren.

Die Rosengärten auf der Pfaueninsel zählen zu den bedeutendsten gärtnerischen Anlagen der SPSP. Der Bestand an historischen Rosen gehört zu den wichtigsten in Deutschland. Sie parfümieren die Insel mit einem zauberhaften Duft. *H. Tews/SPSP*



Blütenpracht: Rosengarten auf der Pfaueninsel

Bild: SPSP/Jan Uhlig

Alte Spinnerei aus Bocholt

Kleider machen Leute. Seit der gleichnamigen Erzählung von Gottfried Keller ist dies allgemein bekannt. Wer wissen möchte, wie zumindest in früheren Tagen Bekleidung, die nicht aus Asien stammt, hergestellt wurde, erhält im Textilwerk in Bocholt einen lebendigen und anschaulichen Eindruck davon. Nach einem fünfmonatigen Umbau und einer Runderneuerung der Dauerausstellung ist die Weberei des Textilwerks seit dem 30. Mai wieder für die Allgemeinheit eröffnet worden.

Das Textilmuseum ist einer von acht Standorten des LWL-Industriemuseums Westfälisches Landesmuseum für Industriekultur, das 1979 vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) eingerichtet wurde, um nach eigenen Angaben „die Kultur des Industriealters von den Anfängen bis zur Gegenwart“ zu bewahren und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Es ist wohl das erste und größte Industriemuseum in Deutschland.

Die zum Münsterland zählende Stadt Bocholt gehörte einst zu den wichtigsten Standorten der westfälischen und deutschen Textilindustrie. In seiner Blütezeit beschäftigte die Branche bis zu 10 000 Menschen. Als der Strukturwandel einsetzte, eröffnete der Landschaftsverband 1984 am Bocholter Aasee das Textilmuseum. Eine Fabrik stand damals allerdings nicht zur Verfügung – also wurde eigens eine Weberei nach historischem Vorbild aufgebaut.

In einem Maschinenhaus arbeitet eine große, zweizylindrige Dampfmaschine aus dem Jahr 1917, die das Herz der Weberei ist. Im großen Saal sind die Webstühle tätig. Hier kann der Besucher den Webvorgang nachvollziehen,



Alte Webkunst im Textilwerk

der mit jedem sogenannten Schuss „wächst“.

Das Arbeiterhaus hat Schlafräume, eine gute Stube und Vorratskeller. In der engen Wohnküche soll der Alltag nach der Schicht in der Fabrik lebendig werden. An Hörstationen erzählen Zeitzeugen vom Waschen, Kochen und der Arbeit im Garten hinter dem Haus. Draußen im Gemüsegarten wachsen auch heute noch Kohl und Kartoffeln, während Hühner nach Futter picken.

In der Spinnerei Herding haben sich in früheren Tagen über 20 000 Spindeln gedreht. Heute als Forum für Textilkultur genutzt, sind in dem Gebäude, das sich nicht auf dem eigentlichen Museums Gelände, sondern in einem eigenständigen Komplex ganz in der Nähe befindet, Sonderausstellungen zu sehen.

Ein umfangreiches museumspädagogisches Angebot für Kinder, Jugendliche und andere Personengruppen sorgt dafür, dass sich hier viele Familien und Schulklassen einfinden. Doch auch als individueller Besucher taucht man hier in eine (Industrie-)Geschichte ein, die zwar noch nicht allzu lange her ist, trotzdem aber schon irgendwie fremd geworden ist. Gut, dass sie hier aufbewahrt wird. *Andreas Rüdiger*

MELDUNGEN

Mehr Betrug
beim Kindergeld

Berlin – Die Betrugsfälle beim Kindergeld nehmen zu. „In den letzten Jahren war im Rahmen von Überprüfungen und Stichproben ein Anstieg des Missbrauchs in organisierter Form zu beobachten“, gab die Bundesregierung auf Nachfrage der AfD-Fraktion zu, die sich nach dem Missbrauch von Kindergeldzahlungen an EU-Ausländer erkundigt hatte. Als Gegenmaßnahme sei ein verbesserter Informationsaustausch zwischen Meldebehörden und Familienkassen angeordnet worden. Wie hoch der Schaden durch den Kindergeldbetrug ist, weiß die Regierung nicht. tws

ZUR PERSON

Trumps liebster
Mexikaner

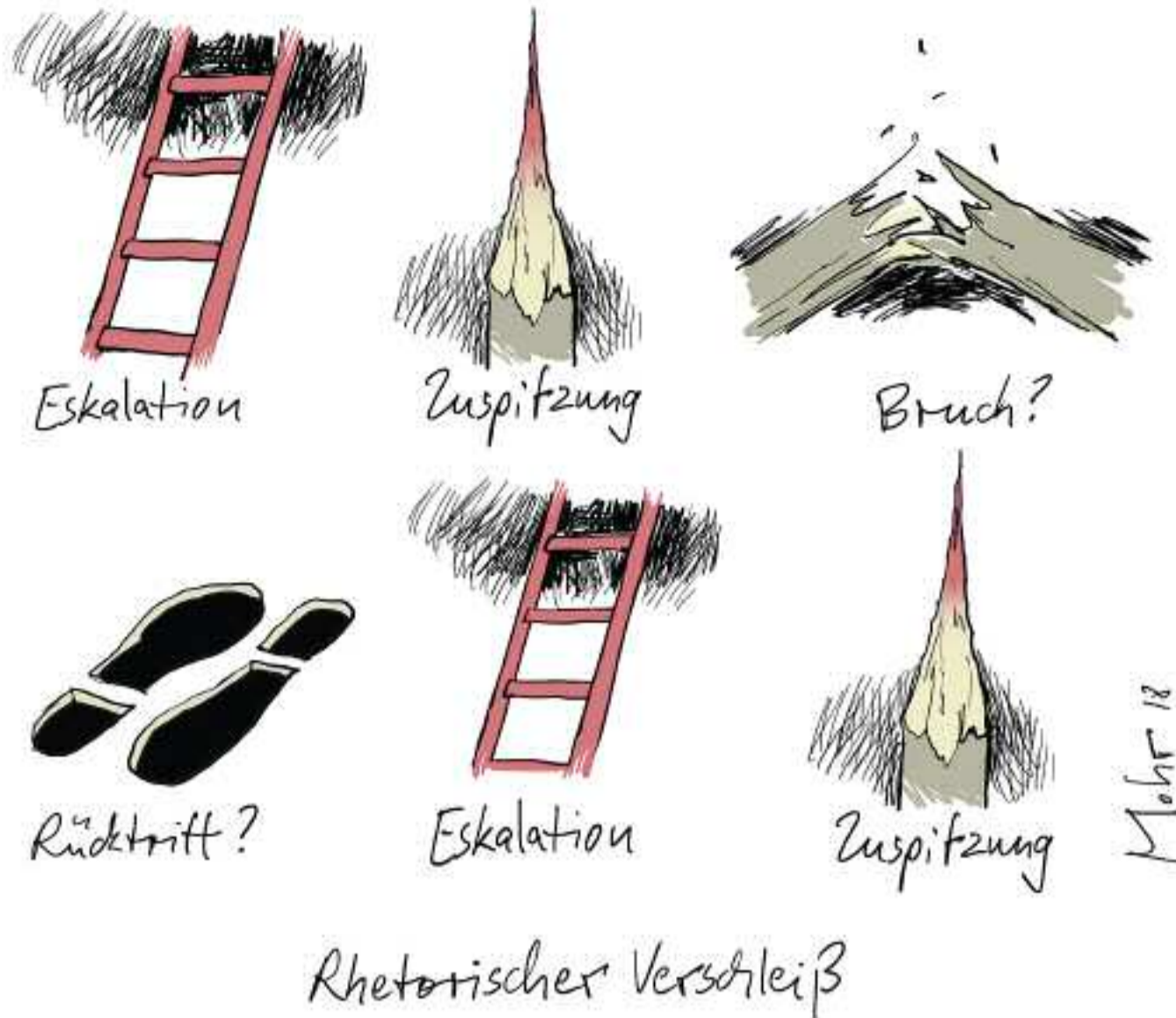
US-Präsident Donald Trump hatte mit den Mexikanern zuletzt nichts als Ärger. Die Familientrennungen, die er bei illegalen Einwanderern durchsetzen ließ, führten zu einem emotionalen Protestschrei im Land. Da wird es entweder Zeit, dass der Zaun an der mexikanischen Grenze endlich fertig wird oder dass ein mexikanischer Politiker kommt, der dafür sorgt, dass nicht noch mehr Mexikaner durch die Grenze schlüpfen.

Mit **Andrés Manuel López Obrador**, den die Mexikaner jetzt zu ihrem neuen Präsidenten gewählt haben, schöpfen alle neue Hoffnung. Sogar Trump, und dass, obwohl AMLO, wie man Obrador in der Kurzform nennt, ein Linker ist – oder besser Linksnationalist. Denn der frühere Bürgermeister von Mexiko-Stadt, der 1989 die linke Partei der Demokratischen Revolution mitgründete, ist gegen Freihandel und für weniger Import aus dem Ausland.

In Obradors „Mexiko first“ erblickt Trump so etwas wie einen Seelenverwandten. Er twitterte dann auch prompt, er freue sich, mit dem neuen Präsidenten zusammenzuarbeiten: „Es gibt viel zu tun, wovon die USA und Mexiko profitieren werden.“

Trump wird den 64-jährigen Obrador gerne bei der Bekämpfung von Drogenkriminalität unterstützen. Die mexikanische Grenze ist das Hauptfalltor von Drogen in die USA. Für dieses Jahr schätzt man in Mexiko 32 000 Morde, vor vier Jahren waren es halb so viele. Und seit September wurden 132 Politiker getötet. Diese Gewaltorgie unter dem abgewählten Präsidenten Enrique Peña Nieto, die Korruption und die Tatsache, dass fast die Hälfte der 125 Millionen Mexikaner in Armut lebt, locken viele in das gelobte Land USA. Das will Obrador zu Trumps Freude stoppen.

Als Bürgermeister von Mexiko-Stadt von 2000 bis 2005 hatte sich Obrador einen Ruf als Helfer für die Armen erworben. Bei zwei Präsidentschaftswahlen half ihm das als Kandidat nichts, denn er kann mit Reden die Massen kaum begeistern. Dann gründete er 2014 die gemäßigt auftretende linke Sammlungsbewegung Morena, die sich mit ihm als starken Mann der Mitte zuwandte – und schon waren aller guten Wahl-Dinge drei. Vom 1. Dezember an, wenn er sein Präsidentschaftsamt antritt, kann er Trumps bester Freund werden. H. Tews



Das Endspiel abgepfiffen

Warum Seehofers Harakiri scheiterte, Mali für eine Deponie gut ist und Boko Haram prima Wachpersonal bietet / Der satirische Wochenrückblick mit KLAUS J. GROTH

Er war gekommen, um zu bleiben. Nein, nicht der Horst Seehofer. Der hat ein Bleiberecht, und das hat er genutzt. Der ehemalige Leibwächter von Osama bin Laden hat kein Bleiberecht, aber er bleibt mit Frau und Kindern ebenfalls. Seit Jahren schon. Nachdem das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge das Abschiebeverbot des Gefährders kürzlich aufgehoben hatte, ist er dennoch geblieben. Weil er wieder einmal klagt. So viel zu Wunsch und Wirklichkeit im Asylstreit. Diese Lücke wird wohl auch noch klaffen, wenn die bereits vor drei Jahren vereinbarten Transitzentren stehen, die jetzt Angela Merkel und Horst Seehofer als Kompromiss ausbuddelten.

Nochmal nein, das Kuddelmuddel zwischen Berlin und München war nicht das Endspiel. Noch nicht. Was die Löw-Elf nicht geschafft hat (darauf kommen wir später, wenn die Randereignisse der Vorwoche kurz betrachtet werden), das schaffte die Merkel-Elf gegen die Seehofer-Elf locker: die totale Zerlegung des Gegners. Spätestens seit die Kanzlerin sehr nachdrücklich und wiederholt auf ihre Richtlinienkompetenz verwiesen hatte, war klar, dass das nicht ohne Antwort bleiben konnte. Aber gleich so ein Harakiri? Da bekam selbst Horst Seehofer Angst vor der eigenen Courage. Gerade noch rechtzeitig zum Ende der „denkwürdigen“ Sendung „Anne Will“ ließ er durchsickern, er schmeiße der Kanzlerin den Bettel vor die Füße, um dann noch einmal den Drehhofer zu machen: Er kam nach Berlin, um dort zu bleiben.

Kurz zuvor war die Kanzlerin hoch beglückt von dem EU-Notgipfel heimgekehrt. Da werde sich der Seehofer, Horst, aber freuen. Was sie mitbringe, das sei mehr als wirkungsgleich zu den Wünschen des Seehofer, Horst. Doch auch eine Kanzlerin kann sich erstaunlicherweise mal irren. Er freute sich nämlich gar nicht, der Seehofer, Horst. Trotzig mäkelte er, was die Merkel da anbiete, das sei „kein wirkungsgleiches Surrogat“. Kein was? Na eben ein Surrogat, ein minderwertiger Ersatzstoff. Nicht einmal das.

Wo er recht hat, da hat er recht. Was an Absichtserklärungen und

Versprechungen offeriert wurde, beträfe allenfalls eine fernere Zukunft, vorausgesetzt, es bliebe nicht bei Absichtserklärungen. Das allerdings wäre nach hinlänglichen Erfahrungen ziemlich wahrscheinlich. Und warum sollte man eine Sache einfach machen, wenn es auch kompliziert geht? Von heute auf morgen marschierte auch Seehofers Grenzpatrouille nicht, aber etwas mehr Aussicht auf Realisierung als ein Sammellager in Mali hätte sie schon. Ähnlich unrealistisch dürften die Abkommen über die Rücknahme von Immigranten durch die europäischen Partner sein. Volltönend hatte die Kanzlerin dies als ihren Erfolg beim EU-Gipfel verkauft. Erst als die Vise-grád-Staaten heftig protestierten, mit ihnen sei überhaupt nicht verhandelt worden, das sei „der übliche politische Bluff“, ruderte Merkel zurück, es sei um politische Absprachen gegangen. Mit anderen Worten: um Muster ohne Wert. Aber wer wird denn da kleinlich sein? Muss man nicht einfach ein bisschen mehr Vertrauen haben und über den Dingen stehen? So wie Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier. Der mahnt, den „bemerkenswerten Erfolg“ des EU-Gipfels nicht zu zerreden, sich „nicht in alle Details zu verknäueln“. So zeigt sich wahre Größe, wenn es auf das Kleingedruckte nicht ankommt. Vielleicht sollte Volker Bouffier einmal die auch von seinem Bundesland mitfinanzierte Verbraucherberatung aufsuchen. Dort kann man ihm erklären, warum das Wichtigste häufig gerne im Kleingedruckten versteckt wird. Was bleibt dann noch von dem Gipfel außer Schauergerichten? Was dort beredet wurde, durfte vor zwei Jahren nicht einmal gedacht werden. Jetzt wird es als Erfolg hochgejubelt. Vergessen die Zeit der Flüchtlings-Selfies. Vergessen das Willkommenspalier an der Bahnsteigkante. Vergessen die verantwortungsbewusst geführte Diskussion, ob Menschenfischer nicht den Drang aufs Mittelmeer förderten. Die wurde abgewürgt. Menschenver-

achtend sei es, so etwas nur zu denken. Wenn die Bremse nicht rechtzeitig gezogen wird, bleibt nur die Notbremse. Auf die hat niemand mehr Einfluss. Sie ist brutal. Sie ist heftig. Egal, Hauptsache, sie wirkt.

Es ist schon eine besondere Begabung notwendig, von diesem EU-Gipfel mit der Feststellung „Alles gut“ heimzukehren. Darunter fallen Fernziele wie Sammellager in Nordafrika, aus unseliger Vergangenheit auch bekannt als Internierungslager. Darunter fallen „kontrollierte Zentren“, die Migranten vor Abschluss ihres Verfahrens nicht verlassen dürfen. Darunter fallen „regionale Ausschiffungsplattformen“ irgendwo im Niemandsland. Lauter Lügen, die nicht notwendig gewesen wären, hätten sich die politischen Wortführer rechtzeitig zur Wahrheit bekannt.

Jetzt werden die Entsorgungsplätze für die Fracht aus dem Mittelmeer verzweifelt gesucht. Kaum jemand schämt sich mehr, die abenteuerlichsten Deponien vorzuschlagen. Marokko wäre fein, will aber nicht. Geht auch nicht, weil Marokko was gegen Schwule hat, unvorstellbar, was dort passieren könnte. Gegen Tunesien wäre auch nichts einzuwenden, obgleich nach Tunesien bekanntlich nicht einmal ein früherer Leibwächter von Osama bin Laden ausgewiesen werden kann. Macht nichts. Wir haben ja noch Libyen. Das ist eine besonders empfehlenswerte Adresse. Ach, Afrika ist groß. Mali sollte man sich auch mal anschauen. Oder Nigeria. Oder Sudan. Merkwürdigerweise ist die Demokratische Republik Kongo noch nicht im Gespräch. Deren Kindersoldaten gelten als besonders empfindsam. Man könnte bei der Kooperation mit diesen Staaten doch eine Win-Win-Situation herstellen. Wenn die Ursachen der Migration vor Ort bekämpft werden sollen, wenn den Menschen eine Perspektive geboten werden soll, dann wären solche Lager doch das Ei des Columbus. Dem geschulten Wachper-

sonal des Boko Harams böte sich endlich eine gesicherte Zukunft, vielleicht mit Rentenanspruch. Auch vom Islamischen Staat sind einige gerade auf Jobsuche. Hier könnte man auch helfen. Im Sinne der Menschenrechte.

Glücklicherweise hatte die Woche noch andere Überraschungen parat. Aber schön waren die auch nicht. Die Löw-Elf reiste als Weltmeister an und landete als Bettvorleger. Immerhin, beim Fußball ist die Sache klar, ein Tor ist ein Tor. Na ja, meistens. Auch nach mehr als 50 Jahren ist für manchen noch nicht zweifelsfrei geklärt, ob 1966 beim Weltmeisterschafts-Endspiel Deutschland gegen England der Ball im Tor war oder nicht. Deutschland verlor das Spiel, hatte aber anschließend eine tröstliche Legende: Ohne die falsche Entscheidung des sowjetischen Linienrichters wäre das Spiel vermutlich nicht verloren gewesen. Daraus lassen sich feine Verschwörungstheorien spinnen. Der Löw-Elf, die in Kasan schon aus der Vorrunde flog, stand so eine feine Erklärung für ihr Versagen leider nicht zur Verfügung. Es stand überhaupt keine Erklärung zur Verfügung. Nur allgemeine Sprachlosigkeit. Verbal das gleiche Unvermögen wie beim Spiel zwischen den Toren. Es war ja nicht einmal der Torwart im Tor, geschweige denn der Ball im gegnerischen Tor. Der Torwart stand am Ende in einem Akt der Verzweiflung an der Mittellinie. Dort fängt man keine Bälle. Nun ist der Erklärungsnotstand groß. Wer will schon eingestehen, dass der Erdogan uns diese WM vermässelt hat? Wie, der hat nicht mitgespielt? Und wie der mitgespielt hat. Seit er sich von Özil und Gündogan hofieren ließ, spielt er mit. Da konnten der Deutsche Fußballbund und der Bundestrainer noch so sehr die Methode „Schwamm drüber“ bemühen, solch eine Entgleisung wirkt langsam, aber nachhaltig. So etwas trägt Spannungen und miese Stimmung in die Mannschaft. Von wegen „elf Freunde müsst ihr sein“. Es ist lange her, dass ein solcher Satz eine deutsche Mannschaft formte. Aber elf Millionäre in naiver Freundschaft vereint? Da ist schon eher an das Tor von Wembley zu glauben, das vielleicht doch keines war.

MEINUNGEN

Malte Pieper, ARD-Korrespondent in Brüssel, fordert Bundeskanzlerin Angela Merkel in einem Kommentar für die „Tagesschau“ (25. Juni) auf eine für einen Mitarbeiter des Staatsrundfunks ungewöhnlich deutliche Weise zum Rücktritt auf:

Ihr Name ist in vielen Ländern Europas zu einem ‚Nicht-Namen‘ geworden, bei dem schlechte Stimmung garantiert ist, sobald man ihn ausspricht. Wie konnte es so weit kommen? Im Grunde genommen ist die Sache einfach: Sie liegt im Politikstil Angela Merkels begründet. Dem von Teilen ihrer Anhängerschaft frenetisch gefeierten ‚Pragmatismus‘, mit dem sie an die Probleme herangeht. Bei unklaren Situationen, bei Nebel, schaltet Merkel seit eh und je einfach die Nebelscheinwerfer ein. Sie fährt auf Sicht und hofft, dass der Wind das Problem schon löst. Bei dichtem Nebel, wie hier bei der Flüchtlingskrise, nützt das Vorantasten aber nichts, man kommt höchstens vom Weg ab, weil man nichts sieht, und ist dann verloren. ... Merkel hinterließ also verbrannte Erde, wohin man schaut. ... Geschätzte Angela Merkel, nach fast 13 Jahren Kanzlerschaft gibt es auf europäischer Ebene für Sie, außer spürbarer Abneigung, nichts mehr zu gewinnen. Das haben alle Treffen der letzten Monate gezeigt. Helfen Sie deshalb mit, den scheinbar unabwendbaren Trend nach europäischer Spaltung statt Einigung endlich aufzuhalten! Räumen Sie das Kanzleramt für einen Nachfolger, dessen Name nicht so belastet ist, wie es der Ihre ist.“

Der Hamburger Verleger Wolfgang E. Buss kritisiert im Hamburger „Alstertal Magazin“ die mangelnde Funktionsfähigkeit der Demokratie in Deutschland:

Als Journalisten sollen wir derzeit bevorzugt über die AfD, über Trump, Putin und die Siedlungs-politik der Regierung Netanjahu herziehen. Was auch brav befolgt wird. Das einfache Volk soll Gut und Böse zuordnen können. Nicht erwünscht: Schmiergeldzahlungen, links-indoktrinierte Gewalttäter, eine Kanzlerin, die plötzlich Staatsgrenzen öffnet, ein lüglicher Olaf Scholz, wirr-kriminelle Führungskräfte im Bamf scharf zu verurteilen. Das wird als Nestbeschmutzung verstanden und gerne unterdrückt. ... Und wieder schießen mir diverse Sonntagsreden in den Sinn, in denen beispielsweise ein gewisser Norbert Lammert, exzellent ausgebildet in Demagogie, vor 100 ‚wichtigen‘ Hamburgern eben diese Demokratie hochjubelte. Mit genau jenen plumpen Tricks: Zweiter Weltkrieg, Hitler-Faschismus, autoritäre Despoten und Diktaturen seien die Alternative! Gedankt mit Standing Ovations!

Die Philosophin und „Mee-Too“-Gegnerin Svenja Flaßpöhler beklagt im „Spiegel“ (30. Juni), dass sich Frauen in der aktuellen Kampagne gegen sexuelle Belästigung nicht selbstkritisch sehen. Es herrsche stattdessen eine „Vergeltungslogik“:

„Da wird in Kauf genommen, dass es auch mal den Falschen erwischt, dass die Karriere von jemandem zerstört wird, der sich nichts hat zuschulden kommen lassen. Die Botschaft lautet: Männer, haltet euch zurück! Und wenn ihr nicht aufpasst, werdet ihr ruiniert. Für mich ist das eine männliche Politik der Abschreckung ... Ich finde, da müssen Frauen anders, weitsichtiger handeln. Es muss uns gelingen, zu einem Miteinander zu kommen, das den Unterschieden zwischen den Geschlechtern Rechnung trägt.“